

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beläge "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungsbefreiung für 1886 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepalte Seite ober deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Jant 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 5. März 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Zu den Gegnern der Forderung, daß weibliche Fabrikinspektoren angestellt werden, hat sich nun auch Dr. Wörishoffer gestellt, der oberste Gewerbe-Inspektor für Baden, dessen objektives Auftreten ihm das Vertrauen weiter Arbeiterkreise geschafft hat. In der neuesten Nummer der "Ethischen Kultur" (vom 29. Februar) will er in einem Artikel: "Die Frauen der höheren Stände und die Arbeiterinnen" nachzuweisen, daß nicht Beamte, sondern "ethische" Frauen geeignet wären, die Läden auszufüllen, die, wie er auch zugiebt, heute in der Gewerbeinspektion vorhanden ist.

Bei der Begründung seiner Ansicht verwickelt er sich in Widersprüche, die ganz charakteristisch sind für den Gedankengang all jener Ethiker, die den Interessengegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen und den infolge dessen naturnotwendigen Klassenkampf nicht anerkennen, sondern verneinen, ein ethisches Gefühl des Mitleids mit den Unterdrückten, des Widerwillens gegen das Unrecht können eine Bevölkerungsschicht zum Aufgeben ihrer Klassenrechte bewegen.

Zunächst macht er gegen die Anstellung weiblicher Beamten den Einwand, daß sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen seien, da der Vollzug der Arbeiterchutz-Gesetze auch eine Vertretung des Standpunkts der Fabrikaufsicht gegenüber den Behörden und den Gerichten erfordere.

Wir bezweifeln nicht, daß dazu Energie gehört; aber daß es auch energische wie geschäftsgewandte Frauen giebt, beweisen doch die zehntausendfachen Kämpfe des wirtschaftlichen Lebens, in denen Frauen als Unternehmer, Geschäftsleiter, im Auslande auch als Ärzte und Advokaten sich tüchtiger wie mancher Mann zeigen. Die formalen Kenntnisse, die speziell gegenüber bürokratischen und gerichtlichen bösen Willen notwendig sind, werden sich selbstverständlich die Frauen, welche Beamte werden sollen, erwerben müssen — wer die geistige Begabung so vieler unferer Juristen kennt, weiß, daß nicht viel Verstand dazu gehört.

Ferner, sagt Wörishoffer, kommen die Arbeiten in betracht, die mit der Weiterbildung der Arbeiterchutz-Gesetzgebung verbunden sind. Auch dazu sei, wie die Dinge jetzt bei uns liegen, eine Frau im allgemeinen weniger tüchtig als der Mann.

Das ist wieder nicht richtig; so gut die Frau Arbeiterin und Betriebsleiterin sein kann, so gut kann sie auch die Betriebs-Aufsicht ausüben und Schlussfolgerungen zu Nutzen der Arbeiterinnen aus derselben ziehen. Wird doch jetzt schon in vielen Werkstätten und Fabriken die Aufsicht im Interesse der Unternehmer von Frauen ausgeübt.

Und kein geringerer als Dr. Wörishoffer selbst schreibt im badischen Jahresbericht für 1894: "Weibliche Aufsicht ist noch nicht in genügendem Maße dort eingeführt, wo sie wünschenswert ist." Er selber also spricht sich zu gunsten der weiblichen Aufsicht aus. Auch der Beamte für Lothringen fordert dieselbe; andere Beamte lassen freilich auch entgegengesetzte Meinungen laut werden.

Der Hinweis auf die erfolgreiche Tätigkeit der in England angestellten weiblichen Beamten will Dr. Wörishoffer damit abschwächen, daß er sagt, man berufe sich irrtümlich meist auf einzelne Veröffentlichungen des Labour Department im Board of Trade, in dem auch einzelne Damen beschäftigt sind, nicht auf die Leistungen der amtlichen weiblichen Inspektoren.

Wenn diese Verwechslung passiert ist, wissen wir nicht; gegen die Befähigung der Frauen als Inspektorinnen beweist sie nichts. Wir berufen uns auf den amtlichen Bericht des Chief Inspector of factories and Workshops, der 1894 über die beiden weiblichen Beamten schreibt:

Ihre Besuche der Fabriken haben sicherlich dazu beigetragen, daß das Fabrikgesetz strenger durchgeführt wurde, und sie haben sich dadurch als wohl geeignet (well qualified) für das Amt, dem sie sich unterzogen, erwiesen."

Dr. Wörishoffer wendet ein, es handele sich hier um Spezialaufträge, welche ausschließlich die Arbeiterinnen betreffen und die besser von einer Frau als von einem Manne besorgt werden.

Nun, der sehr ausführliche Bericht, den Miss Abraham, Miss Paterson und Miss Anderson auf 34 eng bedruckten Seiten liefern, zeigt eine solche Fülle theoretischer wie praktischer Kenntnisse, daß wir nur wünschen, all unsere deutschen männlichen Beamten verfügten über dieselben wie über den Eifer, den jene Frauen bei Erfüllung ihrer Aufgabe zeigten.

Nun giebt Dr. Wörishoffer selbst zu, daß die weitere Entwicklung zur Anstellung solcher weiblichen Beamten auch im Reich der hinkenden Sozialreform führen, ja drängen werde. Aber, meint er, diese Frage könne ihre Lösung nur im Zusammenhange mit der weiteren Entwicklung der Frauenfrage überhaupt finden und nur im Zusammenhange mit der weiteren Ausgestaltung der Gewerbe-Aufsicht, durch welche dieser neue eigenartige Aufgaben zugewiesen werden.

Mit Verlaub! Der englische amtliche Bericht beweist das Gegenteil! In demselben theilen die Inspektorinnen ihre Wahrnehmung über folgende Beobachtungsobjekte mit: Ueberstundenarbeit, Sonntagsarbeit, Beschäftigung von Arbeiterinnen als Ladenverkäuferinnen nach beendeten vollen Arbeitstagen, Beschäftigung von Kindern, Truggesetz, Ventilation und Ueberfüllung der

Werkstätten, Fürsorge für Entinnen bei Feuergefähr, ungenügende Heizung der Werkstätten, Gesundheitszustand der Arbeiterinnen, gefährliche und gesundheitschädliche Beschäftigungen. Dazu giebt Miss Anderson noch einen neun Druckseiten umfassenden Bericht über die Verordnungen in Frankreich, betreffend Gesundheit und Sicherheit der geschützten Personen in Industrie-werkstätten.

All diese Aufgaben können bei uns auf dem Boden der jetzigen Gewerbe-Ordnung ebenfalls gelöst werden — ein Warten, bis die lahme Sozialreform des Reichs wieder etwas weiter gehumpelt sein wird, ist nicht notwendig. Und unbefreitbar können nur weibliche Beamte sich Kenntnis verschaffen über gewisse Vorkommnisse im Leben der Fabrikarbeiterinnen, bezüglich über den Zusammenhang der schlechten Lohnlage mit der offenen und versteckten Prostitution und über das in leider sehr großem Maßstabe vorhandene "Gesälligkeitsverhältnis", das zwischen Werkführer und Arbeiterinnen vorhanden ist.

Dieser Arbeiterinnenschutz kann und muß baldigst und energisch in Angriff genommen werden — und es kann dies geschehen auf grund der bestehenden Gesetze. Jetzt kommt aber Dr. Wörishoffer mit seinem Haupteinwand: die weiblichen Inspektoren würden doch weniger wie die männlichen Beschwerden der Arbeiterinnen erhalten, weil diese sich fürchten, nicht vor den Beamten, sondern vor Maßregelung seitens der Unternehmer. Er giebt zu, daß diese oft den Verkehr der Arbeiter mit den Beamten übermachen lassen und sich für jede Mitteilung durch Wegjagen des Arbeiters rächen. Weibliche Beamte, die für größere Bezirke angestellt und auf Dienstreisen nach den Fabrikorten kämen, hätten dann noch weniger Gelegenheit, unbeobachtet mit den Arbeiterinnen zu verkehren.

Und deshalb wünscht er Schutzdamen aus den höheren Ständen. Die bürgerlichen Frauenvereine sollen einzelne Mitglieder bezeichnen, an die sich die Arbeiterinnen in allen persönlichen Angelegenheiten zu wenden haben; der Zentralleitung der Vereine sollen die Aufsichtsbeamten mit Rath beistehen!

Also "wohlthätige Frauen" auf dem Gebiete des Wilhelmordens!

Dabei hat Dr. Wörishoffer durchaus keinen übertriebenen Respekt vor der jetzigen Wirksamkeit der Wohlthätigkeitsvereine jener Kreise. In der Einleitung seines Artikels schreibt er: "Für wenige Pfennige im Tage könnte von einer bezahlten Hilfskraft gewiß manchmal eine solche unentgeltliche Leistung einer Frau der höheren Stände beschaft werden."

Trotzdem schwärmt er für die ethische Wirkung einer solchen Einrichtung — und lobt und preist sie, weil —

71

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Er stand auf und trat ans Fenster. War denn das nicht derselbe Wagen, den er heute vor dem Hotel vorgefunden, als er aus der Apotheke kam? Gewiß. Man brachte ihm also die ohnmächtige Kranke nochmals. Nun, jetzt hatte er viel Zeit. Doch nein, das war nicht der dicke, vollbärtige Mann, mit dem er gesprochen, welcher jetzt aufstieg und zu den Fenstern emporfah. Aber die Gestalt war ihm bekannt, die Morgendämmerung ließ ihn das geisterhaft bleiche Gesicht Rüdorf's erkennen. Kam er, als von einem Schusse Verwundeter? Ein Gedanke durchflog sein Gehirn — er verdrängte ihn.

Aber seine Eifersucht erwachte und hieß ihm den Gedanken wieder aufnehmen und ausdenken. Es war nun das dritte Mal, daß er heute des verhassten Rüdorf's ansichtig wurde. Was trieb ihn hierher? Sollte er Clotilde, die er im Kurjaal heute so auffällig betrachtet, nachstellen, sie zu sprechen suchen, um sie zu entführen? Sollte sie mit ihm im Unverständnis sein, sich mit ihm verabreden haben, da er Rüdorf in dieser Nacht schon einmal vom Fenster aus hier gesehen? War sie davongelassen, um mit ihm zusammenzutreffen, zu entfliehen? Nein! das durfte er seiner reinen Clotilde nicht nachsagen. Er kämpfte seine Eifersucht, die ihn in fieberhafte Erregung versetzte, mit Gewalt nieder. Da sah er wieder das Bild, wo Clotilde und Rüdorf sich gegenüberstanden und verlegen hoch errötheten. Doch nein, sie, die heute vor ihm auf den Knien gelegen, die, um ihn nicht unglücklich zu wissen, für ihn zur Ophelia werden wollte, sie konnte nie straukeln. Er verwünschte das Laster der Eifersucht und machte sich bittere Vorwürfe, daß er nicht schon längst nach Clotilden geforscht, gesucht, und eilig griff er nach seinem Dute.

Da klopfte es an seine Thür. Herein! Die Thür öffnete sich. Rüdorf trat ein. Befangen grüßte er wie einer, der eine schmerzliche Nachricht sagen muß und sie mit Schonung vordrängen möchte.

Diese Befangenheit galt Langenberg für Schuldbewußtsein, der eben niedergelampte Haß gegen seinen Nebenbuhler loberte wieder in lichten Flammen empor.

"Sie wagen es — Was wollen Sie hier?" schrie Langenberg. Rüdorf, der zu reden beginnen wollte, erschraf und blickte erzürnt auf, daß der gegen ihn grob wurde, dem er gefällig war.

Es war ein seltsamer Anblick, diese beiden Männer sich gegenüber stehen zu sehen.

Sie maßten sich stumm mit den Augen und warfen stehende Blicke einander zu.

Rüdorf wurde zuerst etwas ruhiger und begann: "Ich komme, Ihnen zu melden, Ihre Frau ist in Ebersheim —"

"Ha! meine Ahnung! In Ihrer Behausung. Wie kommt sie dahin? Durch Sie?"

"Ja —"

"Himmel! Während ich mich um sie ängstigte, um sie jammerte, lag sie in Ihren Armen!"

"Ja, mit meinen Armen hob ich Ihre Frau in den Wagen, um —"

"Sie zu entführen? Sie wußten aber nicht, daß Sie eine Kranke zu einem Stelldichlein verleitet und nun ist sie zusammengebrochen, ist todt —"

"Gebrochen ja, aber sie lebt und —"

"Und wohnt bei Ihnen —"

"Ja, in meinem Zimmer."

"Machen Sie mich nicht rasend mit Ihrem ewigen

"Ja". Stellen Sie sich nicht so tallblütig, ich weiß doch, daß Sie in heißer Liebe für meine Frau glühen. Haben Sie dieselbe nicht heute im Kurjaal beständig fixirt und kein Auge von ihr verdrängt? Sind Sie nicht vor wenigen Stunden hier unter ihren Fenstern auf- und abgegangen, um von ihr einen Blick zu erlauschen, oder ein Zeichen zu erfassen?"

"Mäßigen Sie sich und lassen Sie auch mich endlich zu Worte kommen."

"Sagen Sie mir nur das eine noch: ist meine Frau hier fortgegangen, um mit Ihnen zusammenzutreffen? — und sie ist die Ihre, für mich todt."

"Tödtet würde allerdings diese unlautere Beschuldigung sofort Ihre Frau. Ja, mein Herr, ich liebte sie; jetzt ist sie die Frau eines anderen. Aber ich bin erbötig, mich ihr zu Weibe mit dem Manne zu schlagen, der seine eigene Frau verdächtigt, der eine reine Seele beschuldigt."

"Gut, ich revoziere. Nicht weil ich mein Leben schonen will, meine Tage sind vielleicht knapp gezählt, hier lesen Sie diesen Brief, ich habe ihn mit "Ja" beantwortet. Nein, ich revoziere, weil Sie mir das Leben wiedergegeben haben, denn ich habe mich in meiner Clotilde nicht getäuscht, sie ist rein und treu."

"Und Sie wollen sie doch verlassen und eine so gefährvolle Stellung annehmen?"

"Ich gab mein Wort."

"Ihre Frau ist schwer krank und liegt bewußtlos, der dortige Arzt hat sie in Behandlung genommen, ich habe Arznei ihr besorgt, aber ich wollte auch Sie benachrichtigen."

"Das war brav. Verzeihung. Sie haben als Freund gehandelt, ich freue mich, daß Clotilde in so guten Händen ist. Aber erzählen Sie —"

"Wie es zugegangen ist? Sie selbst haben das alles herbeigeführt. Ihnen brachten wir eine Unbekannte, die wir ohnmächtig am Boden hingestreckt fanden, im Wagen."

"Das war Clotilde? O ich Thor!"

"Was blieb uns übrig, als die Kranke mit nach Hause zu nehmen. Eine Himmelsfügung schickte ihr diese Ohnmacht und solche hilfreiche Herzen. Sie wird diese Krankheit überstehen; es sind mehr innere Schmerzen, Seelenqualen. Sie wissen noch nicht alles. Ich sah im Kurjaal, wie der Polizeirath jedes Wort, jede Ihrer Bewegungen belauschte, beobachtete deshalb Sie beide so genau, ich sah auch denselben Beamten mit Ihnen ins Hotel gehen."

"Dann sollen Sie auch was weiter geschah erfahren, doch jetzt zu ihr und zu Ihren Freunden, diesen Dank, ihr Lebewohl zu sagen."

"Lassen Sie auch uns Freunde werden."

"Wir sind es schon. Wir gehen verfühnt von hier. Wir haben jeder den andern bei einer Schwäche ertappt, ich habe mich durch meine Eifersucht blamirt."

(Fortsetzung folgt.)

sie den Frauen der höheren Stände sehr nützlich wäre!

Scharf und richtig kennzeichnet er aber die soziale Unreife dieser Kreise:

Die Frauen, welche sich einer solchen Thätigkeit annehmen, würden durch eingehende Kenntnisaufnahme derjenigen Verhältnisse und Zustände, unter denen sie zwar täglich leben, an denen sie aber bis jetzt achlos und gedankenlos vorübergehen, ihren Gesichtskreis ganz außerordentlich erweitern und ihr Denken vertiefen. Sie würden erst gewahr werden, wie wenig sie von der geistigen und sittlichen Bewegung ihrer Zeit wissen, und wie inhaltsleer und nichtig ihr eigenes Leben mitten in dieser ganzen Bewegung verfließt. — Wie leicht würden ihnen auf diesem Wege auch die Bedingungen der Erhaltung und der Weiterentwicklung unseres Kulturlebens zum Verständnis kommen. Es ist kein Zweifel, daß das ganze innere Leben, der ganze Gesichtskreis und das ganze Denken und Fühlen der Frauen, die eine derartige Thätigkeit aufnehmen, eine gründliche Aenderung und eine weitgehende Verbesserung erfahren würden.

Möglich — wenn auch nur für ganz vereinzelte Ausnahmen wahrscheinlich! Und bis dieses Durchdringen aus der bisherigen Nichtigkeit und sozialen Unwissenheit erfolgt ist, können diese Schulschwestern doch nicht helfen bringen, sondern nur Hilfe holen de sein! Die Arbeiterinnen müssen doch die Frauen der höheren Stände erst erziehen! Es zeigt zwar eine richtige Erkenntnis der obwaltenden Verhältnisse, daß Dr. Wörishöffer dies zugiebt; aber gerade dadurch beweist er am besten, wie grundfalsch und unbrauchbar sein Vorschlag ist! Zwar glaubt er, daß Zeichen einer beginnenden Versöhnung der Klassengegenstände vorhanden seien, aber ein gelinder Zweifel packt ihn doch selbst, daß diese „Frauen der höheren Stände“ der Aufgabe gewachsen sind, die er ihnen zuweisen will. Darum ruft er elegisch:

Würden die Frauen der höheren Stände trotz aller dieser Angelegenheiten fortfahren, den dabei ihnen zufallenden Aufgaben verständnislos und gleichgültig gegenüberzutreten, so müßte man sagen, daß bezüglich ihrer eine große Zeit ein kleines Geschlecht gefunden hat!

Ja, das wird man schon müssen! Die Mehrzahl der Frauen der höheren Stände ist von Jugend an nicht dazu erzogen, um einer solchen Aufgabe sich unterziehen zu können; und ihre ganze gesellschaftliche Stellung mit allen „Verbindlichkeiten“, die sie auferlegt — den Gesellschafts- und Toilettefragen, und nicht zum geringsten die meist geradezu arbeitserfindliche Gesinnung der Männer solcher Frauen, sie verhindern, daß der ethische Traum Wahrheit werden kann.

Dagegen beweisen die Widersprüche, in die sich Dr. Wörishöffer hierbei verwickelt, daß nur weibliche Beamte mit der nöthigen Vorbildung zu fordern sind — und diese lassen sich auch finden, freilich nicht in den Kreisen der „wohlthätigen Frauen höherer Stände“!

Politische Uebersicht.

Berlin, 4. März.

Der dritte Tag der Zuckersteuer-Debatte fand einen sehr erschöpften Reichstag. Was war noch zu sagen? Höchstens heisende Polemik hätte die ermüdeten Nerven aufstacheln können. Und die Redner, welche heute zum Wort kamen, gehören zumeist in das Genuß der Redner, die auch einen frischen Reichstag ermüden können. Wer ist z. B. im Stande, einen Paasche anzuhören? Oder einen Zimmermann, wenn dieser nicht Juden verspeisen darf?

Bemerkenswerth sind nur zwei der heute gehaltenen Reden: die des Fortschrittlers Barth und des Konservativen Staudy. Ersterer hatte einige sehr glückliche Momente. Er wies nach, daß die deutsche Landwirtschaft, an der nun seit 1878 mit agrarischen Rezepten herumgedoktert wird, nach der Behauptung der Herren Agrarier selbst von Jahr zu Jahr in immer ärgere Nothlage gerathen ist, woraus doch für jeden denkenden Menschen sich der Schluß ergibt, daß die agrarische Kurmethode nichts taugt. Und des weiteren wies Barth an der Hand der amtlichen Statistik nach, daß die englische Landwirtschaft, die von unseren Agrariern bei jeder Gelegenheit als das unglückliche Opfer liberaler Gesetzgebung hingestellt wird, sich thatsächlich einer sehr großen Blüthe erfreut und weit produktiver ist, d. h. einen größeren Ertrag liefert als die Landwirtschaft in den festländischen Staaten Europas, die mit Schutzzöllen gegnet sind.

Eine recht wirksame Rede gegen das Judergesetz hielt Staudy, der, im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Puttkamer, dem gestrigen Redner der Konservativen, das Gesetz für durchaus verfehlt hielt und, unter dem zunehmenden Gelächter des Hauses erklärte, daß es in seiner jetzigen Gestalt niemandem gefalle. Es widerspreche allen Grundsätzen einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und werde mehr Schaden thun als Gutes.

Die Zuckerleute, denen vor einer Fortsetzung der Debatte graut, wollten nun schließen. Allein dem betreffenden Antrag wurde die Anzahlung entgegengesetzt, welche die Beschlussfähigkeit des Hauses ergab. Die Debatte mußte hierauf vertagt werden. Morgen wird noch Richter reden, der während der Debatte hart angegriffen ward, — und unerseits wahrheitslieblich Schippel.

Ist noch Zeit, so wird morgen noch ein „Schmerinstag“ begonnen, und dann steht die Novelle zur Gewerbe-Ordnung zur Diskussion. —

Im preussischen Abgeordnetenhaus kamen bei der am Mittwoch fortgesetzten zweiten Beratung des Kulturbudgets endlich aktuellere Fragen zur Sprache. Nachdem sich bei dem Titel „Unterstaatssekretär“ noch eine kleine Polendebatte entsponnen hatte, erwähnte Abg. Richter bei dem Kapitel „Oberkirchenrath“ die beiden Erlasse des Oberkirchenraths aus dem Jahre 1879 bezw. 1885, von denen der eine ein liebevolles Vorgehen der Geistlichen gegen die Sozialdemokraten empfiehlt, während der andere die jungen Geistlichen vor der Beschäftigung mit sozialen Fragen warnte. Da Abg. Richter auch den bekanntsten Fall Wille zur Sprache brachte, in welchem der damals noch im Amte befindliche Stöcker eine so thätliche Rolle gespielt hat, so war dem Abg. Stöcker Gelegenheit zu einer längeren Rede gegeben, in der er bezeichnenderweise den Fall Wille nicht behandelte, weil sein persönlicher Streit mit Wille nichts mit dessen unglücklicher Lage zu thun habe. Herr Stöcker wird wohl seinen guten Grund haben, aber diese peinliche Angelegenheit zu Schweigen. Selbst die von verschiedenen Seiten gegen ihn erhobenen Vorwürfe, daß man in seiner Rede jedes Mitgefühl für den unglücklichen Wille vermisste, daß es nicht gerade von christlicher Liebe zeuge, wenn er für den am Boden liegenden Gegner kein Wort des Mitgeföhls habe, vermochten nicht, Herrn Stöcker zur

Aussklärung zu bewegen. Diefem hartgesottenen Pfaffen, das schon ganz andere Vorwürfe über sich ergeben ließ, muß man mit schmerzlicher Geduld kommen. Warum hätte er auch sprechen sollen? Die Wahrheit konnte er kaum sagen, ohne sich selbst bloßzustellen, und so zog er der Unwahrheit das Schweigen vor, jedenfalls ein erstrebliches Zeichen von Besserung. Der Gegensatz zwischen Stöcker und seinen früheren Parteifreunden trat heute deutlich hervor. Während Stöcker sich dahin äußerte, daß die Geistlichen zur sozialen Frage Stellung nehmen müßten, um die Sozialdemokraten vor dem Irrthum zu bewahren, als sei die Kirche für kapitalistische Kreise mehr vorhanden, als für die Armen, tadelte Abg. v. Heydebrandt namens der Konservativen unter dem Beifall seiner Freunde die soziale Thätigkeit der Geistlichen und wandte sich mit scharfen Worten gegen die christlich-soziale Partei, die die gesunden sozialen Grundsätze der Konservativen verdreht habe. Die Debatte nahm sodann ein etwas schnelleres Tempo an, so daß noch einige Titel des Etats erledigt werden konnten. Morgen Fortsetzung der Beratung. —

Der Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ fährt in seinem Heberfeuer fort, die Eintheiligkeit der sächsischen Wahlrechtsbewegung zu stören. Eine von ihm gestern veröffentlichte Notiz gegen den „Vorwärts“ hatte zur Folge, daß der „Leipziger Volkszeitung“ nachstehendes Schreiben zugeing, das uns von dem Verfasser übersandt ward:

Zur Mandatsniederlegungsfrage. Ich habe seit Beginn der Aktion zum Behufe, Mandatsniederlegung von unseren Vertretern in der zweiten sächsischen Kammer zu erzwingen, privatim des öfteren erklärt, daß ich diese Aktion für verfehlt halte. Andererseits Arbeit machte mir unendlich, in der Festsitzler-Versammlung zu Plagiaten das öffentlich auszusprechen, was hiermit geschieht, da die Volkszeitungsleitung in ihrem Eifer alle, die schweigend dieser meiner Meinung sind, der Freigebit beirächtigt. Meine Ansicht geht dahin, daß nur die Wähler der Wahlkreise Mandate zurückzufordern haben und zwar je von ihrem Vertreter. Außerdem ist das Mandat zugleich ein Amt, ein Borsposten, den jeder dahin Gestellte bis zum letzten möglichen Augenblick zu halten, nicht zu verlassend hat. Nicht den Mehrortlichen und Mey'schen wird das Mandat vor die Füße gemorren, sondern den Wählern, die dann unvertreten sind. Wollen diese das, so geschieht ihnen wenigstens kein Unrecht mit einer Aufgabe des Mandates. Freuen aber werden sich über die sozialdemokratischen Bundesgenossen und Helfer zur schnelleren Sinausförderung der Arbeitervertreter aus der zweiten Kammer die Urheber des Attentats auf das sächsische Wahlrecht. Diese Freude gönnen ich und die mit mir gleich Gesonnenen ihnen nicht.

Wir wissen nicht, ob dieses Schreiben, auf dessen Inhalt wir nicht eingehen, in der „Leipziger Volkszeitung“ Aufnahme findet.

Im übrigen lehnen wir es ab, mit dem Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ in eine Polemik einzutreten und überlassen ihn der sächsischen Landesversammlung. —

Von einem schweren Grubenunglück wird aus Rattowitz gemeldet: In der letzten Nacht brach auf der Grube's Erben gehörigen Grube „Aeophas“ ein Brand aus. Bisher sind 21 Todte geborgen; das Schicksal der übrigen angefahrenen hundert Mann ist noch ungewiß.

Bis mittags 1 Uhr waren aus der Grube „Aeophas“ 31 Todte, darunter 2 Oberhauer, herausbefördert. Vermuthlich befinden sich weitere 30 Mann noch in der Grube; nach Lage der Sache ist kaum anzunehmen, daß dieselben sich noch am Leben befinden. Ueber das Unglück werden folgende Einzelheiten bekannt: Die Nachtschicht war gestern Abend auf dem Redeschacht 70 und auf dem Walterschacht 140 Mann stark eingefahren. Um die erste Stunde nachts machte sich ein brandiger Geruch bemerkbar. Im Frankenberg'schachte war die Holzjimmerng in Brand gerathen und zwar vermuthlich durch die Dampfrohre einer dort stehenden Wasserhaltungsmaschine. Durch den großen Qualm war der Weg zur Ausfahrt des Walterschachtes fast abgeschnitten. Die im Redeschacht eingefahrenen Mannschaften retteten sich fast sämmtlich. Von dem Walterschachte gelangten etwa 70 Mann, welche in der Nähe der Ausfahrt arbeiteten, an die Oberfläche, die übrigen flüchteten nach dem Holzgang'schacht Schwarzenfeld oder nach dem Cäsarschacht, die beide etwa 2000 Meter von den Hauptschächten entfernt sind und aus welchen eine Herausförderung von Personen nur durch an Seilen befestigte Kübcl möglich ist. Hier befinden sich fast sämmtliche um das Leben gekommenen Mannschaften. Die ersten Todten wurden heute früh 4 Uhr herausbefördert, später wurden 4 Mann lebend herausbefördert; dieselben hatten soviel Geistesgegenwart befeffen, sich gegen die heranziehenden Schwaden abzumämen. Der Brand wird durch Rettungsmannschaften abgedämmt. Hunderte umstehen die Schachtoffnungen, an denen sich herzerreißende Szenen abspielen. Das Unglück ist das größte Bergunglück, welches bisher in Oberschlesien vorgekommen ist. Der Betrieb der Aeophasgrube ist voraussichtlich auf Wochen gestört. —

Frankreich. Die „Ordnungs- und Panamisten-Parteien“ sind während über das gute Einvernehmen, das zwischen dem Präsidenten Faure und dem Ministerium Bourgeois besteht. Sie sädelten alle möglichen Intriguen ein, um den Präsidenten für sich zu gewinnen und gegen die neue Regierung aufzuhehen. Es ist ihnen aber nicht gelungen. Bei einem Banket, welches die Handelskammer von Lyon dem Präsidenten vorgestern gab, kam der ganze Groll gegen Bourgeois und Cavaignac zum Ausdruck und Faure wurde ganz offen aufgefordert, sich derselben zu entledigen. Er erklärte aber: er folge dem Beispiele Carnot's, der seine Persönlichkeit vollkommen zurücktreten ließ und sich genau in den Schranken seiner verfassungsmäßigen Befugnisse hielt. Da wären die Beschützer des biedereren Artion also zunächst abgebligt; sie werden darum aber nur um so eifriger gegen die Regierung wählen und hegen.

Einstweilen befindet sich dieselbe sehr wohl; und die Furcht vor einer Auflösung der Kammer wird den umstürzlerischen Eifer der parlamentarischen Theatleute einigermaßen zügeln. —

Die Niederlage der Italiener in Afrika war, wie sich erwarten ließ, weit gründlicher, als die ersten Regierungsberichte glauben machen wollten. Jeder folgende Bericht brachte Thatsachen, welche der Niederlage einen größeren Umfang und eine größere Tragweite gaben. Noch ist die volle Wahrheit nicht bekannt, aber schon wissen wir, daß die Armee Baratieri's nicht bloß geschlagen, sondern

vollständig zersprengt worden ist; daß sie schon am ersten Tage fast ihr ganzes Geschütz verloren hat und daß der Obergeneral über den Verbleib ganzer Heertheile noch gestern im Dunkeln war. Mit anderen Worten: das italienische Armeekorps, welches den unglücklichen Angriff auf die Stellungen der Abessinier machte, hat als Armeekorps aufgehört zu existiren und nur noch Trümmer können günstigstenfalls vor der Vernichtung gerettet werden. Fast das ganze Gebiet, welches die Italiener erobert zu haben glaubten, ist wieder im Besitz der Abessinier, und die wenigen festen Punkte, die sie noch halten, sind gefährdet. Die vielen Millionen, die seit Jahren für die afrikanische Kolonie ausgegeben worden sind, sind umsonst ausgegeben — alles muß von vorn angefangen werden und unter weit ungünstigeren Verhältnissen — vorausgesetzt, daß man auf die Fortsetzung des unfinnigen Unternehmens verharret.

Durch ein Dekret des Königs vom 22. Februar ist General Balbiffera zum Befehlshaber der italienischen Streitkräfte in Afrika ernannt worden mit allen Vollmachten in Zivil- und Militärangelegenheiten. Durch ein Dekret des Königs vom 8. d. M. wird General Baratieri von seinem Posten als Gouverneur von Erithraa entbunden.

Dem „Popolo Romano“ zufolge hat das Kabinet beschloffen, nicht zu demissioniren, sondern vor die Kammer zu treten und das Verhalten der Regierung in der afrikanischen Angelegenheit auseinanderzusetzen.

Wie die „Opinione“ meldet, sahen in der heutigen Versammlung der hervorragendsten Mitglieder der Opposition, in welcher Rudini den Vorschlag führte, die Ansicht vorzubeherrschen, alles zu bewilligen, aber einem anderen Ministerium. Der „Tribuna“ zufolge hätte dagegen die erwähnte Versammlung beschloffen, auf's neue zusammenzutreten, um mittels einer Adresse an den König im Falle der Nichtwiederzusammenberufung des Parlaments oder des Rücktrittes des Kabinet's Einspruch zu erheben.

Aus zahlreichen Orten Italiens werden Kundgebungen gegen das Ministerium gemeldet. —

Zur Haltung der Vereinigten Staaten in der kubanischen Frage wird noch aus Washington gemeldet: Der Senat hat den von dem Repräsentantenhause angenommenen Beschlusstrag betreffend die kubanische Frage an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verwiesen.

Den „Times“ wird aus New-York gemeldet: Nach Telegrammen aus Washington ist die Stimmung des Kabinet's und der diplomatischen Kreise dem Vorgehen des Kongresses bezüglich Kubas entschieden abgeneigt. Die Promptheit, mit der Canovas sein Bedauern über die Vorgänge in Barcelona zum Ausdruck gebracht hat, habe einen guten Eindruck gemacht.

Deutsches Reich.

— Pensions-Verhältnisse der Militär-Anwärter. Die „Reichsgerichts-Korrespondenz“ schreibt: Durch einen großen Theil der deutschen Presse ging in den letzten Tagen eine Notiz, wonach das Reichsgericht kürzlich ausgesprochen haben sollte, daß die von den halbinvaliden Feldwebern und Unteroffizieren, die aus der Armee ausgeschieden sind, geltend gemachten Ansprüche auf Zahlung der bisher bei definitiver Uebernahme der betreffenden Militärämter in den Reichs- oder Staatsdienst wegsfallenden Pensionen aus dem früheren Militärverhältnis berechtigt seien. Daran war die Bemerkung geknüpft, daß namentlich, da diese Pensionen für viele Jahre nachgezahlt werden müßten, eine große Anzahl von Personen zum theil ganz bedeutende Summen erhielten. — Diese Nachricht ist in dieser allgemeinen Fassung völlig unzutreffend und es ist sehr bedauerlich, daß durch die mißverständliche Auffassung eines Reichsgerichts-Urtheils und die Verbreitung dieser Auffassung bei einer großen Zahl von Beamten Hoffnungen erregt worden sind, die nicht erfüllt werden können. In Wirklichkeit handelt es sich in dem betr. Reichsgerichts-Urtheile nur um die Ansprüche einiger bei der Reichsbank angestellten Militärämter. Diesen, aber nur diesen, hat das Reichsgericht die ihnen bisher vorerhaltene Militärpension zugesprochen und zwar einfach aus dem Grunde, weil das ihnen von der Reichsbank gezahlte Gehalt nicht aus Reichs- oder Staatsmitteln besteht. Diese Entscheidung wurde gefällt mit Rücksicht auf die eigenartige Stellung der Reichsbank, die, obwohl das Reich die Aufsicht über sie führt, doch nicht als Reichsinstitut angesehen wird. —

— Raporra wieder an der Arbeit. Unsere Genossen werden sich nach dieses Mannes erinnern, welcher seinerzeit unter den Polen in Berlin große Verwirrung angerichtet hatte. Im Jahre 1886 wurden durch die Bismarck'sche Polenpolitik über 40 000 Polen aus ihrer Heimath ausgewiesen. In dieser Zeit machte sich ein Häuflein hiesiger Polen, hauptsächlich Sozialdemokraten, zu einem Unterstüthungsbunde vereinigt, um den umherirrenden Landknechten mit Rath und That zur Seite zu stehen. Es wurden unter ihnen Geldbeiträge gesammelt und unter die Verwaisten vertheilt. Wer damals das Elend und den Jammer der umherirrenden polnischen Familien mit ihren Kindern gesehen und ihnen keine Hilfe gebracht hätte, mußte ein Herz aus Stein befeffen haben. Unser Raporra trat damals unter der Maske eines Tischlergehilfen in diesen Unterstüthungsbund ein, er sammelte eigenhändig Gelder für die Unglücklichen. Als zu jener Zeit ein auswärtiger Genosse namens Elawinski ein Vadet sozialdemokratischer Broschüren, die heute in jeder Buchhandlung zu haben sind, doch damals verboten waren, nach Berlin gebracht hatte, übernahm Raporra in Gemeinschaft von Szulalski und Feliz Wittkowski die Vertheilung dieser Schriften. Raporra selbst schrieb auf die kleinen Sendungen die Adressen von bekannten polnischen Genossen. Tags darauf veranstaltete aber die Polizei überall Hausdurchsuchungen und nahm Verhaftungen vor. Raporra begleitete unseren Genossen Feliz Wittkowski auf den Bahnhof, als derselbe seine Mutter in Posen besuchen wollte; er schab ihm ein Päckchen der Broschüren in die Tasche mit der Bitte, daß er dieselben recht gut in Posen vertheilen soll und beim Abschied gab er ihm noch einen Kuß; Raporra hat alle, mit denen er in Beziehung stand, verrathen, er ruhte nicht eher, bis alle hinter Schloß und Riegel saßen. Als nach zwölfwöthmonatlicher Untersuchungshaft Wittkowski und Genossen endlich der Prozeß gemacht wurde, trauten die Eingekerkerten ihren Augen nicht, als Raporra mit kaltem Blute gegen sie Zeugnis ablegte. Genosse Wittkowski erklärte: „Wenn ein Gott existierte, würde er solche Ungerechtigkeit nicht dulden!“ Das Gericht verurtheilte die Angeklagten zu langjährigen Gefängnisstrafen.

Aber alle diese Opfer genügten Raporra nicht; er sucht jetzt nach neuen. Eine polnische Zeitung in Danzig, „Gazeta Gedanska“ schreibt:

Raporra verkehrt seit einiger Zeit unter derselben Maske wie in Berlin hier in dem polnischen Verein „Ognivo“. Erst bei der letzten Versammlung hatte der Vorsitzende des genannten Vereins in Erfahrung gebracht, wclch Geistes Kind Raporra ist, und forderte ihn auf, den Saal zu verlassen. Raporra berief sich auf die Bekanntschaft einiger Mitglieder, was aber den Vorsitzenden nicht abhülft, ihm trotzdem die Thüre zu weisen. Als Raporra sah, daß er erkannt worden sei, erhob er sich und, nachdem er eine Marke aus Metall vorgezeigt, löste er, ohne irgendwelchen Grund anzugeben, die Versammlung auf. Der Vorstand hat hierüber Beschwerde eingereicht.“

Soviet für heute über Raporta. Wir glauben, daß unsere Genossen in Danzig, sowohl die polnischen als auch die deutschen, den Genannten von jetzt ab meiden werden.

Der Steuertarif der geplanten braunschweigischen Landes-Einkommensteuer lautet:
Der Einheitsfuß der Einkommensteuer beträgt bei einem Einkommen

von mehr als	bis einschließlich	Markt:	Markt:
		900	1050
		1050	1200
		1200	1350
		1350	1500
		1500	1650
		1650	1800
		1800	2100
		2100	2400
		2400	2700
		2700	3000
		3000	3300
		3300	3600
		3600	3900
		3900	4200
		4200	4500
		4500	5000
		5000	5500
		5500	6000
		6000	6500
		6500	7000
		7000	7500
		7500	8000
		8000	8500
		8500	9000
		9000	9500
		9500	10000

Es steigt bei höherem Einkommen
von mehr als bis einschließlich in Stufen von um je
Markt: Markt: Markt: Markt:
10500 20500 1000 15
30500 32000 1500 30
32000 75000 2000 40
75000 100000 2000 50

Bei Einkommen von mehr als 100 000 M. bis einschließlich 105 000 M. beträgt der Steuereinsatz 2000 M. und steigt bei höherem Einkommen in Stufen von je 5000 M. um je 100 M.

Magdeburg, 3. März. („Volkstimme“) Von dem Verkauf des ertrunkenen Rehwiids aus dem Jagdrevier des Herrn Amstraths v. Warby ist jetzt die gesammte Tagespresse unterrichtet. Der „Volkstimme“ haben diese Blätter die Gerichtsverhandlung nachgedruckt. Die Unterdrückung des Prozesses seitens der gesammten Magdeburger Presse hat also nichts genützt.

Bonn, 4. März. Der Weihbischof Professor Weber ist zum Bischof der Altkatholiken gewählt worden.

Eine Sage. In Berliner und Dresdener Zeitungen wurde gestern am 2. März das Gerücht verbreitet, daß der sozialdemokratische Bäckermeyer Pehold aus Lößtau unter Hinterlassung einer großen Schuldenlast verstorben sei. Dem gegenüber wird uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß Pehold noch am 3. März, abends 1/8 Uhr, in Lößtau anwesend war und bei bekannten Parteigenossen verkehrte. Ferner wird uns versichert, daß man in Parteikreisen keine Kenntnis davon habe, daß P. verstorben sei.

Die mecklenburgische Rechtspartei theilt in ihrem Organ, dem „Meckl. Blättern“, mit, daß ihrem Vorstand das Gesuch um Genehmigung der Konstituierung der Rechtspartei als eines politischen Vereins von den beiden Regierungen in Schwerin und Stettin abschlägig beschieden ist. Das Schweriner Ministerium begründet seine Entscheidung mit folgendem Satz: „Die übertrieben „Güstrower Grundzüge“, welche die statutenmäßige Norm für die Wirksamkeit des zu begründenden Vereins abgeben sollen, bekunden nach diesseitigem Dafürhalten ungeachtet des ausdrücklichen Anerkenntnisses der Rechtsbeständigkeit der bestehenden Reichsverfassung und des den Reichsgesetzen geschuldeten Gehorsams eine in dem Maße ausgeprägte gegnerische Stellung zu den gegenwärtigen staatsrechtlichen Grundlagen des Reiches, daß es mit den Pflichten einer Bundesregierung nicht vereinbar erscheint, bei einer Entscheidung, die zu ihrem Ermessen steht, jenen Grundzügen gegenüber eine andere als abweichende Stellung einzunehmen.“

Hiernach wird also die politische Gefährlichkeit der mecklenburgischen Rechtspartei vom Schweriner Ministerium ebenso hoch eingeschätzt wie die der Sozialdemokratie.

Die „Mecklenburgische Volkszeitung“, der wir diese Notiz entnehmen, bemerkt treffend dazu:

Die Vorkämpfer der Reaktion in Mecklenburg waren die Junker und die Pfaffen, und unter den Junkern vornehmlich der Theil des Adels, welcher politisch ungefähr gerade so stand, wie heute die Rechtspartei stehen will. So erleben wir also das heitere Schauspiel, daß sich der eigentliche Kern unserer mecklenburgischen Junker, nämlich diejenigen, welche von einem „Verpreußen“ Mecklenburgs nichts wissen wollen, in die eigens vom Junkerthum gegen seine politischen Gegner aufgestellten Rehe des mecklenburgischen Vereinswesens verstrickt! Ob unsere Rechtsritter nach dieser neuesten Erfahrung in das Lob der „Erweislichkeit“, welche in unserer heimischen Gesetzgebung einen so hervorragenden Platz einnehmen soll, wohl ebenso begeistert einstimmen werden, wie gewisse konservative Mecklenburger im Reichstag? —

Sergeant Josef Zech, der Held der Münchner Splosterfeier, wurde zum Train-Bataillon nach Ingolstadt versetzt.

Soldatenselbstmorde sind in letzter Zeit wieder mehrfach vorgekommen. In Stuttgart erschoss sich eine Schildwache am Pulverturm mit ihrem Dienstmehrer. Motiv ist unbekannt. Am gleichen Tage erschoss sich in Ludwigsburg ein Unteroffizier des Infanterieregiments Nr. 121, Motiv ebenfalls unbekannt. — Aus Ulm wird folgender haarsträubende Fall gemeldet: Vor einiger Zeit mußten einige Mann der 9. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 123 wegen schlechten Schießens nachgezogen, wobei der Vizefeldwebel, welcher dasselbe leitete, sich äußerte: Ich schlauche Euch, daß Ihr Euch wie der Wurm krümmt u. s. w. Als die Mannschaft abtreten konnte, legte sich ein Rekrut namens Baumann, welcher schon Tags vorher nachgezogen und „Gewehrpumpen“ mußte, sogleich vor Ueberanstrengung und Ermattung in voller Ausrüstung auf die Brüste, wurde ohnmächtig und starb nach einigen Stunden. Bei der Sezierung wurde Gehirnhaut-Entzündung konstatiert. Gerichtliche Untersuchung wurde eingeleitet. Wie ferner verlautet, soll der Gesundheitszustand der Garnison Ulm kein günstiger sein, es sollen Fälle von Typhus, Gemüthskrankheit, Hirnhaut-Entzündung u. v. vorgekommen sein, die Soldaten mühten die Zimmer und Inventarstücke mit Karbol reinigen; und theilweise Strohsäcke verbrennen, es wäre daher zu wünschen, daß hierüber bald Klarheit in der Öffentlichkeit geschaffen würde.

Strasbourg t. G., 3. März. In der heutigen Sitzung des Landesausschusses wurde die Frage der Einführung des Reichsgesetzes betreffend den Unterstützungswohnstätten in Elsaß-Lothringen eingehend erörtert. Von sämtlichen Rednern des Hauses wurde erklärt, es müßte der Einführung der obligatorischen Armenpflege mit aller Kraft entgegen gearbeitet werden. Das bestehende System

habe sich allgemein bewährt. Durch die Einführung des Unterstützungswohnstätten werde Elsaß-Lothringen gegenüber den anderen Bundesstaaten schwer belastet werden. 10 000 Elsaß-Lothringern, die im übrigen Deutschland sich befinden, ständen mehr wie 100 000 aus Württemberg in Elsaß-Lothringen eingewanderte gegenüber. Sämtliche Redner erkannten aber auch an, daß etwas geschehen müsse, um der im Jahre 1894 im Reichstage gefassten Resolution und den von den anderen deutschen Staaten geführten Klagen gerecht zu werden. Die Kommission hatte vorgeschlagen, es solle die Regierung ersucht werden, für die Beibehaltung der gegenwärtigen Armenpflege einzutreten. Um aber die Nachteile der Nichteingührung des Unterstützungswohnstätten auszugleichen, solle ein Kredit verlangt werden, welcher ausreiche, den Staatsangehörigen anderer Bundesstaaten die gebührende Unterstützung gewähren zu können. Der Staatssekretär v. Püttlamer betonte auf das bestimmteste die Dringlichkeit der Angelegenheit. Eine Reichstagsresolution läge vor. Von Preußen und den anderen Bundesstaaten werde auf Erledigung gedrängt. Der Vorschlag der Kommission weise den Weg, auf welchem vielleicht die Einführung des Unterstützungswohnstätten durch Reichsgesetz erreicht werden könne. Es müsse aber unbedingt auf Erledigung der Frage gehalten werden. Die Angelegenheit wurde darauf an die Kommission zurückverwiesen, welche bestimmte, neue Vorschläge machen soll.

Mech, 3. März. („Voll. Bzg.“) Der Hauptmann Fischer, der vor einiger Zeit den Premierlieutenant Kühne in Duell erschoss und zu zweijähriger Festungstrafe verurtheilt wurde, ist, nachdem er elf Wochen der Strafe verbüßt hatte, vom Kaiser begnadigt worden. Wie es heißt, haben die Verwandten des Getödteten sich für seine Begnadigung verwendet.

Freiherr von Stumm besitzt bekanntlich auch in Lothringen Eisen- und Bergwerke. Die lothringischen Zeitungen äußern sich sehr abfällig über ihn und zwar aus folgenden Ursachen: Vor einigen Monaten ersuchte die Schulinspektion die drei Eisen- und Bergwerke in Groß-Rogevore um Errichtung von zwei neuen Kleinkinderschulen auf den Straßen von Rogevore und Klein-Rogevore. Bei Herrn v. Stumm und der belgischen Gesellschaft fand die begründete Bitte kein Gehör. Nur die Firma de Wendel (lothringische Notabeln) folgte der gegebenen Anregung. Die lothringischen Zeitungen sind nun des Vorgesahen für die Familie de Wendel, die aus ihren protestantischen Gesinnungen nie Fehl gemacht hat. Die „Lothringische Presse“ schreibt: „Es wäre wahrlich an der Zeit, daß auch endlich die Stumm'schen und belgischen Verwaltungen etwas thäten für das öffentliche Wohl der Arbeiter. Bisher ließen sie sich von ihren großmächtigen Konkurrenten, den Herren de Wendel, im Schlepptau tragen. Oder werden Kirche, Schule, Wasserleitung, Kanal nicht ebenso gut benutzt von den Stumm'schen und belgischen Arbeitern?“

Italien.

Rom, 1. März. (Sig. Ber.) Die Versendung von Truppen nach Abyssynien wird in diesen Tagen mit allem Nachdruck ins Werk gesetzt, weil Herr Crispi das Parlament vor die vollendete Thatsache der Anwesenheit einer italienischen Truppenmacht von 60 000 Mann in Abyssynien stellen will. Er vermuht wohl nicht unrichtig, daß sich in den Kammern keine Majorität finden werde, welche die Energie besäße, diese Truppen, nachdem für ihre Beförderung und Ausrüstung so große Summen ausgegeben worden sind, einfach zurückzurufen und einen vertraglichen Frieden mit Abyssynien abzuschließen. Und doch würde es vom finanziellen Gesichtspunkte aus nur rathsam sein, jene Ausgaben einfach verloren gehen zu lassen, weil eine Fortsetzung des gegenwärtigen, völlig zwecklosen Krieges die Ausgaben nur ins Unendliche vermehren würde. Wenn aber das Parlament nicht die Kraft besitzt, die Crispi'sche Kriegsunternehmung einfach abzuschneiden, so ist auch die Stellung des Ministerpräsidenten bis auf weiteres gesichert; denn welchen Zweck hätte es, den Ministerpräsidenten zu besetzen, wenn man die von ihm in seinem persönlichen Interesse eingeleitete Unternehmung fortführen will? In der That scheint die Sache zur Zeit so zu liegen, daß keiner der Führer der Opposition geneigt ist, die verhängnisvolle Erbschaft Crispi's anzutreten. Man erzählt jetzt durch nachträgliche briefliche Mittheilungen vom Kriegsschauplatz, daß Menelli in die Freigabe der Besatzung von Massala deshalb eingewilligt hat, weil ihm die Räumung des abyssynischen Hochplateaus seitens der Italiener versprochen worden ist. Anstatt diese Bedingung zu erfüllen, jetzt man den Krieg mit verstärkten Mitteln fort. An Stelle Baratieri's, der den von ihm verlangten großen Sieg bisher noch nicht hat bewerkstelligen können, soll, wie Crispi ohne Befragung des Ministerraths angeordnet hat, der General Balbissara dort den Oberbefehl übernehmen; man erfährt die Abreise dieses Generals erst, als er bereits in Suaz angekommen war. Daß der völlig unzulängliche, auf vollständiger Unkenntnis der geographischen Verhältnisse beruhende Plan einer gleichzeitigen Unternehmung gegen Gharra ausgehen worden ist, verdammt man dem Widerspruch, den im Ministerrath der Minister Saracco erhob. Inzwischen weigert sich Crispi, die im Parlament abzugebende Erklärung über den afrikanischen Krieg vorher im Ministerrath zu beraten.

Spanien.

General Deyler hat aus Riba Telegraphirt, er brauche die ihm zugebachten 25 000 Mann Verstärkungen nicht. Stolz lieb ich den Spanier. Freilich, Herr Deyler ist ja kein Spanier. Recht hat er aber. Die 25 000 Mann würden ihm nichts nützen — und auch 100 000 nicht.

Serbien.

Der „Semliner Zeitung“ vom 1. März entnimmt die „Vossische Zeitung“ das folgende: In der serbischen Monopol-Hauptkassette wurde ein Fehlbetrag von einer halben Million Dinar entdeckt. Der Thäter, ein Bruder des ehemaligen Finanzministers Petrowitsch, ist flüchtig. Infolge der fortwährenden Unregelmäßigkeiten auf dem Belgrader Hauptpostamt und der Thatsache, daß die aus dem Ausland einlangenden Postanweisungen oft erst nach einigen Tagen eingezahlt werden, haben die ungarische und die österreichische Postdirektion beschlossen, bei dem nächsten Weltpostkongresse die Aufhebung oder Einschränkung des Geldanweisungsverkehrs mit Serbien zu beantragen.

Trotz der fortwährenden Geldklemme, in der sich Serbien befindet, wurden doch im vorigen Jahre 250 000 Dinars zu „Preßzwecken“ verwendet. Der größte Theil dieser Summe floß in die Taschen jener europäischen Zeitungen, welche die Welt durch lobhudele Berichte über Serbien belügen.

Ruba.

Savannah, 4. März. Die vereinigten Bewegungen der spanischen Kolonnen dauern fort. Naceo befindet sich noch immer in der Provinz Savannah, seine Absicht, sich nach Matanzas durchzuschlagen, um sich dort mit Gomez zu vereinigen, der die Provinz durch Feuer verwüstet, scheint augenblicklich unausführbar.

Die „El Imparcial“ aus Savannah meldet, mißt die Bevölkerung den Beschlüssen des Senats und des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten keine Bedeutung bei.

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. In Regis in Reuß j. L. tagte am 28. Februar eine stark besuchte Volksversammlung, wo Reichstags-Abgeordneter Wurm seinen Wählern Bericht gab über seine

Thätigkeit im Reichstage. Die namentlich von der Landbevölkerung stark besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, durch welche sie dem Abgeordneten, wie überhaupt der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags ihre vollste Zufriedenheit ausdrückte.

In Nordhausen sprach der Reichstags-Abgeordnete Genosse Brähne über „die Thätigkeit der Fabrikinspektion und die Arbeiter“.

In Uebel tagte eine imposante Versammlung, um Protest zu erheben gegen den Margarine-Gesetzentwurf. Referent war Genosse Schwarz.

Die Parteigenossen des 2. oldenburgischen Wahlkreises verbreiteten am vorigen Sonntag in mehreren tausend Exemplaren die Broschüre: „Thesen über den Sozialismus“. Die Verbreitung ging schnell und prompt von statten.

Partei финанzen. Der Vertrauensmann für Aitona konnte in einer Parteiversammlung folgenden erfreulichen Rapport bringen: Vom 24. Oktober 1895 bis zum 1. Februar 1896 betrug die Einnahme 5037,30 M., die Ausgabe 3440,45 M., sodas ein Restbestand von 2596,85 M. blieb. Hiervon wurden dem geschäftsführenden Ausschuss der Partei 1000 M. überwiesen.

Aus der Schweiz. Die Landesorganisation der deutschen Sozialisten hatte im Jahre 1895 von 14 Sektionen in 12 Orten eine Einnahme von 564,20 Fr., der eine Ausgabe von 251,30 Fr. gegenüber steht, wovon 111 Fr. auf Unterhaltungen und 88 Fr. auf Agitation kommen. Der Jahresüberschuss beträgt 902,90 Fr. In diesem Jahre wird wieder eine Konferenz stattfinden, die letzte wurde 1893 anlässlich des internationalen Sozialistenkongresses in Zürich abgehalten.

Die Lohnbewegung in der Konfektions-Industrie.

Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts. In der Herren- und Knabentkonfektion ist unter Mitwirkung und auf Wunsch der Unternehmervertretung bekanntlich vom Einigungsamt ein Vergleich abgeschlossen worden, der die Beilegung des Streiks ermöglichte. Durch Unterschrift hat die Kommission der Konfektionsarbeiter auch der Bestimmung zugestimmt, daß die erforderlichen Grundlagen zur Feststellung eines spezialisirten Minimal-Lohns durch umfangreiche Beweisaufnahme unter Zuziehung von Vertretern der drei betheiligten Kategorien, welche sich zum Erscheinen vor dem Einigungsamt verpflichten, beschafft werden.

Den Unternehmern scheint diese Verpflichtung indes schon etwas unangenehm zu werden. Die Knabentkonfektions-Firma Martin u. Flator, von der ein Inhaber sogar in der Unternehmerkommission vertreten ist, hatte den Wunsch ausgesprochen, bei der Vernehmung mehrerer ihrer Arbeiter mit anwesend zu sein. Zu der gestrigen Sitzung lag von dieser Firma folgendes Schreiben vor: „Im Besitze der Vorladung für heute, theilen wir dem Einigungsamt ergebenst mit, daß wir nicht gewillt sind, ein Verzeichnis der von uns beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie eine Lohnliste zu übergeben.“ Einige vorgeladene Zwischenmeister und Arbeiter dieser Firma waren nicht erschienen. Mehrere Unternehmer, die erschienen waren, machten nur unbestimmte und zurückhaltende Angaben. Es war unter ihnen die Meinung vorherrschend, wenn Arbeiter benannt würden, die über ihre Verhältnisse Angaben machen, die Gefahr nahe liegt, daß Konkurrenten diese Arbeiter wegknöpfen. Dieses mußte vermieden werden, um die Geschäfts- und Fabrikangelegenheiten zu wahren. Erwähnt wurde noch von den Unternehmern, daß in der Branche viele „verdorrene Genies“ thätig seien, welche sonst in keinem Fache zu gebrauchen wären. Die Konfektionsunternehmer haben beim Streik die Klarstellung der Arbeiterverhältnisse gewünscht. Wie schlecht muß es aber mit den sozialen Zuständen einer Branche stehen, wenn man anstatt eingehende Erhebungen zu fördern, dieselben nach Möglichkeit zu erschweren sucht!

Falsch ist die Nachricht der „Volkst-Zeitung“, die Fünfer-Kommission der Arbeiterinnen habe es abgelehnt, dem Regierungs- und Gewerbeamt Dr. Sprenger über den Verlauf des Streiks und der gegenwärtigen Lage zu berichten. Der Fünfer-Kommission ist von Herrn Dr. Sprenger ein Wunsch nach dieser Richtung hin überhaupt nicht mitgeteilt worden.

Deutscher Schneider- und Schneiderinnenverband. Eine zahlreich besuchte Versammlung tagte am Dienstag Abend in Joel's großem Saal. Timm referirte über die Ergründungen des Streiks in der Konfektions-Industrie und wie sichern wir dieselben.“ Redner giebt zunächst einen Rückblick über die Vorkämpfer der jetzigen Bewegung, schildert dann kurz die Ursachen des Ausbruches des Streiks und rechtfertigt die Haltung der Fünfer-Kommission bei den abgeschlossenen Vereinbarungen. Die Erfolge des Streiks dürften nicht von dem Gesichtspunkt beurtheilt werden, was hätte sein können, sondern die Frage stellt sich so: was war unter Berücksichtigung der Sachlage zu erreichen. Die gewählte Vertretung hätte unverantwortlich gehandelt, wenn sie dazu beigetragen hätte, daß die so bedeutungsvolle Bewegung ergebnislos verlaufen wäre. Jetzt gelte es, das Ergründene zu halten. Die dahingehenden detaillirten Vorschläge, welche der Versammlung unterbreitet werden, finden lebhaftest Zustimmung.

An der Diskussion theilnahmen sich mehrere Redner, welche sich theils zustimmend äußerten, theils in einigen Punkten die Haltung der Fünfer-Kommission kritisirten. Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution: Die heute am 3. März in Joel's Festsaal tagende Mitgliederversammlung des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes erklärt sich mit der Haltung der Fünfer-Kommission vollständig einverstanden und bringt ihr auch weiter das Vertrauen entgegen.

In Dresden steht der Sieg der streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen in naher Aussicht. Der feste Zusammenhang der streikenden Arbeiterschaft und der Druck des Publikums haben ihre Wirkung gethan: dieselben Unternehmer, die sich weigerten, mit der auf ihr Ersuchen hin gewählten Einigungs-Kommission zu verhandeln, suchten die Vermittelung des Gewerbegerichts nach. Entsprechend dem Verlangen des Gewerbegerichts wählte am Montag eine Versammlung der Streikenden eine Kommission zur Vertretung ihrer Forderungen vor dem Gewerbegericht. Von den 157 Streikenden waren nur drei abgefallen, ein um so schöneres Resultat, als es erreicht worden ist mit einer Arbeiterschaft, die vordem so viel wie gar nicht organisiert war. Die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht sind heute, Donnerstag, Mittelnweile hat übrigens eine weitere Anzahl Firmen bewilligt.

Dem Magistrat Würzburgs ging eine Ministerialentscheidung zu, wonach das Gesuch der Würzburger Gewerkschaften um Erlaubnis zu einer Geldsammlung für die streikenden Konfektionsarbeiter abgelehnt ist, da grundsätzlich jede Bewilligung zu einer Geldsammlung, welche Fortsetzung von Arbeitseinstellungen fördert, verweigert werde. Der Magistrat hatte das Gesuch bekanntlich bewilligt. In Bayern, so bemerkt hierzu die „Unterländische Volkszeitung“, darf zwar gesammelt werden für Kirchen, Klöster und ähnliche fromme Zwecke — nur dem Arbeiter ist es verboten, seinen Mitmenschen im Kampfe gegen das Unternehmertum zu unterstützen und das reichthümlich gewährleistete Koalitionsrecht steht nur auf dem Papier.

Die Vertreter der Gewerkschaften beschäftigten sich in ihrer Sitzung vom 1. März mit dem ablehnenden Bescheid des Ministeriums und beschloßen im Namen der vereinigten Gewerkschaften, mit „allen zu Gebote stehenden Mitteln die Bewegung unserer so schwer geknechteten Mitmenschen zu unterstützen und jede Gelegenheit wahrzunehmen, um die nach dieser und anderen

Richtungen den bayerischen Gesetzen anhaftenden, der heutigen Zeit nicht entsprechenden Klauseln zu beseitigen."

Die streikenden Schneider haben den in ihrer letzten Versammlung beschlossenen Lohnentwurf den Unternehmern gedruckt vorgelegt. Ferner wird er den städtischen Kollegien und der Presse mitgeteilt.

Auch an Württemberg ist die große Bewegung des deutschen Konfektionsproletariats nicht spurlos vorübergegangen. Wie uns aus Stuttgart geschrieben wird, wurden in allen württembergischen Orten mit Konfektionsindustrie Versammlungen abgehalten, wo den im Deutschen Reich im Kampfe stehenden Konfektionsarbeitern und Arbeiterinnen die wärmste Sympathie ausgesprochen und finanzielle und moralische Hilfe zugesichert wurde. Von einer Lohnbewegung in der Konfektionsindustrie Württembergs nahm man vorläufig Abstand, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen noch viel zu wenig organisiert sind, als daß eine Bewegung jetzt irgendwie Aussicht auf Erfolg hätte. Demgemäß agitierte man kräftig für den Anschluß an den Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen. Es ist wohl zu erwarten, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick die Agitation hierfür von besonderem Erfolg sein wird.

In Neuborf, einem Vororte Strassburgs, wurde eine Versammlung der Schneider und Schneiderinnen, in welcher der Lohnkampf der Konfektionsarbeiter besprochen werden sollte, polizeilich aufgelöst, weil der Referent angeblich vom Gegenstand der Tagesordnung abwich.

Für die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen gingen noch nachträglich folgende Beträge bei unserer Expedition ein: Geschenke 1.—, Gesehensfeier aus der Thierstraße 3.—, von Zielbewußten Genossen von Greiz und Umgegend 50.—, Arbeiter-Vereine Memmingen 9,95, M. Schongauer, Wern 19,95, Buchdrucker von Hörde 6,95, vom Vertrauensmann in Schönebeck 19,95, Kraus- und Artistenklub Vorwärts 2,95, Th. Latour, Berlin 6,75, durch die Exped. des „Proletariats“, Ober-Langenbielau 24,80, Gesangverein Vereine Sangesbrüder 19,95, H. 4.—, J. W., Strassburg i. Elz. (hier von 3.— M. bei der Avantgarde gesammelt) 23.—, Berlin W. F. G. 4,95, J. Sommer, Straubing 15,50, L. N., Italien 152,30, Organisierte Buchdrucker Hannover's durch Aue, 2. Rate 100.—.

Von der Berliner Gewerkschaftskommission durch Millang 662,20 M., darunter:

Aus bürgerlichen Kreisen IV. 130.—, Klempner-Berkstatt Stadt, Wilmsdorf 3.—, Dachdecker von Reumeister 7,70, Vetterverein Fortuna 1,40, Porzellanmaler Berlin 20.—, Verein der Wäsche- u. Krapattenbranche 20.—, Stanowsky 0,50, Arbeiter von Abramowitsch 5.—, Rauchklub Rabezahl 4,20, Werkzeugfabrik von Bachtel 2.—, Zigarrenarbeiter A. Hause 7.—, Ethische Gesellschaft, amerikanische Auktion durch Fräulein Milachky 15.—, Gesangverein Frohsinn, Stralau 10.—, Gesangverein Oberon, Herrenpartie 2. Rate 4,60, Alte Jakobstraße 118 1,80, Maschinenbau der Gold- und Silberarbeiter 2,70, Albert Benz 10,30, Student Berlin —, 50, Berliner Studenten 8,50, Typographie, Matinee, Friedrichshain 408.—, Summa 1127,20 M. Vereins quittiert sind: 33 591,67 M. Gesamtsumme der bei unserer Expedition eingegangenen Beträge 34 718,97 M.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Tischler von Steglitz und Umgegend hat sich folgendermaßen gestaltet: Bewilligt haben 16 Unternehmer mit einem Personal von 82 Tischlern. Im Ausnahmefalle befanden sich 65 Tischler bei 9 Arbeitgebern. Nicht bewilligt haben die Meister Stähr, Hinge, Stamm, Friedler, Schulze, Hartmann und Jeserich in Groß-Bichterfelde, Hartmann in Steglitz, Hoch und Stiefel in Friedenau. Der Obermeister der Innung hat bewilligt. Die Haltung der Streikenden ist gut. Also ausharren! J. A.: Fritz Kaspar.

Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute theilt über den Stand des Streiks folgendes mit:

Es kommen noch 176 Firmen in Betracht. In diesen gehört natürlich ein Teil derjenigen Unternehmer, welche der moderne Bauhandwerk tagtäglich zeitig und deren man zu Verhandlungen trotz eifrigem Suchens nicht habhaft werden kann.

Der geforderte Stundenlohn von 55 Pf. wird fast durchweg gezahlt, auch ist bis jetzt noch nicht vor 7 Uhr früh angefangen worden; doch ist anzunehmen, daß die in Frage kommenden Unternehmer dies über kurz oder lang versuchen werden.

Der Zugang von Arbeitskräften ist trotz der vielen Warnungen in der Arbeiterpresse ganz erheblich und sind auch hier wieder diejenigen Firmen beteiligt, die vor dem Einigungsamt ihre Quantität nicht genug rühmen konnten.

Die Berliner Zimmerleute aber werden hiermit noch einmal ermahnt, die gefassten Beschlüsse streng inne zu halten, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß alsdann die gestellten Forderungen vollständig durchgeführt werden.

Den noch ausstehenden Zimmerern geben wir hiermit diejenigen Firmen bekannt, die nach dem 1. März die Forderungen bewilligt haben, und welche nun auf den Listen der Firmen, die nicht bewilligten, zu streichen sind. Bewilligt haben nach dem 1. März: Diering, Kolbergerstr. 20, Engelhardt u. Bornschein, Prenzlauer Allee, Raasch, Willibald-Alexisstraße 12, Union-Baugesellschaft, Poststraße Nr. 27, Walter u. Co., Steinmeierstr. 48, Bieske, Ratiborstr. 8.

Zu den Firmen, die nicht bewilligten, kommen noch hinzu: Otto Dittmer, Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 147; A. Lehne, Lichtenberg, Dorffstr. 43; Hennig u. Deuer, Charlottenburg, Lauenburgerstr. 4; Schröder, Charlottenburg, Geisbergerstraße; Möbius, Charlottenburg, Goethestraße.

Wir ersuchen nun noch einmal, das hier angeführte strikte zu beachten.

Der Streik in der Badewannenfabrik von M. Grund, Berlin, ist, da sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt sind, nach zweitägiger Dauer beendet.

Die Polierer der Stuhlfabrik von Neumann in Dresden haben die Arbeit niedergelegt, weil drei ihrer Kollegen, die die Forderungen ihrer Mitarbeiter bei dem Fabrikanten vertreten hatten, gemahngelassen wurden.

Die Feilenhauer der Feilenfabrik von Hugo Berger in Herrnsdorf bei Dresden befinden sich im Ausnahmefalle. Ihre äußerst bescheidene Forderung, 15 M. Minimallohn pro Woche, je nach stündlicher Arbeitszeit und 10 pCt. Aufschlag für Überstunden wurde vom Fabrikanten rundweg abgeschlagen. Briefe und Anfragen sind zu richten an den Bevollmächtigten G. Gottschalk in Dresden, Großenhainerstr. 33.

Die Zwickauer Maurer beschlossen in einer Versammlung, vom 1. April an 33 Pf. Stundenlohn zu fordern. Falls die Meister diese bescheidene Forderung nicht bewilligen, soll in den Streik eingetreten werden.

Mit einem vollständigen Siege endete die Lohnbewegung der Erlanger Metallarbeiter. Die Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine Stunde unter Beibehaltung des alten Lohnes und Bezahlung von 20 pCt. Lohnzuschlag für Überstunden, wurden von den Meistern schriftlich anerkannt.

Die Zimmerer von Stuttgart und Heilbronn werden in nächster Zeit statt der seither eifständigen Arbeitszeit den 3 Stunden tag sowie Abschaffung der Akkordarbeit verlangen. Wie es scheint, wird in Stuttgart die Bewegung friedlich verlaufen, da die Meister geneigt sind, die Forderung zu bewilligen. — Die Mäler und Anstreicher Stuttgarts werden

aufser diesen Forderungen noch die nach wöchentlichem Lohnzahlung stellen.

Ueber den Bergarbeiterstreik in Mähriſch-Oſtrau wird berichtet, daß die Situation im ganzen unverändert ist. In einigen Gruben sind, bürgerlichen Blättern zufolge, die Belegschaften zum Theil angefahren. Dagegen hat sich die Zahl der Streikenden auf anderen Gruben vergrößert.

In Kopenhagen soll, nach einem uns zugegangenen Telegramm, der Schuhmacherstreik beendet sein. Zimmerhin ist es noch geraume Zeit nöthig, daß die deutschen Schuhmacher die dänische Hauptstadt links liegen lassen.

Aus Holland. Das Niederländische Arbeitersekretariat zählt jetzt 31 Organisationen mit 13 000 Mitgliedern, gegen 25 Organisationen mit 15 000 Mitgliedern im Vorjahre.

Geriſchts-Zeiſung.

In dem Kapitel „Behandlung der ländlichen Arbeiter durch Gutsvorstände“ gehört eine Privatklage, die gestern vor der 143. Abteilung des hiesigen Amtsgerichts gegen den Redakteur der „Volks-Zeitung“ Hermann Goldheim verhandelt wurde. In Nr. 380 der „Volks-Zeitung“ vom 15. August v. J. war eine Mittheilung aus Kallam in Pommern abgedruckt, die der „Volks-Zeitung“ von dem bekannten Pastor Quistorp in Schwerinsburg eingesandt worden war. Es wurde darin mitgeteilt, daß auf dem Gute Rehov der bejahrte Kuhhirte übel behandelt worden sei, weil er irrtümlich an einer Stelle gehütet habe, an der er nicht hüten sollte. Als der Administrator dies vom Hofe aus bemerkt, sei er auf den alten Mann zugesprenzt, habe ihn mit der Reitpeitsche vom Pferde herunter wiederholt auf Kopf und Rücken geschlagen und die Schläge mit den gemeinsten Schimpfwörtern begleitet. Alles Bitten des alten Mannes habe nichts gewollt, er habe sich vielmehr für ein geringes Versehen wie eine Bestie behandeln lassen müssen. Pastor Quistorp, der sich für die Wichtigkeit der Mittheilung verbürgte, hatte der letzteren eine Schlussbemerkung hinzugefügt, in welcher es u. a. hieß: „Es muß bekannt werden, welcher ungläublichen Behandlung die Leute auf dem Lande, besonders die alten und gebrechlichen, die nicht mehr weiter ziehen können, in unseren Tagen noch zuweilen ausgesetzt sind, nachdem sie in jüngeren Jahren gegen einen geringen Lohn ihren Herrschaften ihre besten Kräfte geopfert haben.“

Durch diesen Artikel fühlte sich der Verwalter des Gutes Rehov, Hauptmann d. R. Richard Krüger, beleidigt. — Die Beweisführung hat folgendes ergeben: Die Mittheilung von dem Vorfalle war dem Pastor Quistorp durch einen Augenzeugen, den Weber Neujahr, gemacht worden und dieser hat bei seiner kommissarischen Vernehmung die Angaben des Artikels bestätigt. Der Hauptmann Krüger habe vom Pferde wiederholt mit der Reitpeitsche auf den Kuhhirten herunter geschlagen und dabei gerufen: „Du verfluchter Hund, habe ich Dir nicht schon mal verboten, hier zu hüten? Du Lump!“ Der Kuhhirte habe bei den Schlägen wiederholt „Hu! au!“ geschrien. — Der vermuthete Kuhhirte Engel ist noch kein „bejahrter Mann“, sondern erst 25 Jahre alt. Er hat den Vorfalle im allgemeinen bestätigt, jedoch mit der Einschränkung, daß infolge der Unruhe des Pferdes des Hauptmanns Krüger von den Peitschenhieben ihn nur zwei getroffen haben. — Pastor Quistorp hat bei seiner kommissarischen Vernehmung noch erwähnt, daß nach einer dem Neujahr gemachten Mittheilung dieser Vorfalle in Rehov nicht vereinzelt dastehen, solche Dinge vielmehr öfter vorkommen. Er als Landpastor und Sohn eines Landpastors lenne aus eigener Anschauung die oft unerhörte Behandlung der älteren Arbeiter auf dem Lande und habe dieses Thema auch in einer Broschüre „Soziale Roth“ behandelt. — Redakteur Goldheim theilte noch mit, daß inzwischen der Privatkläger Krüger das Gericht in Greifswald verurtheilt worden sei, weil er unberechtigterweise eine Parforcejagd über die weder armer Leute veranstaltet habe. — Rechtsanwalt Reuthe beantragte namens des Privatklägers die Verurtheilung des Beklagten, da der Artikel den Vorfalle übertrieben darstelle und Beleidigungen enthalte. — R. M. Krüger erachtete den Wahrheitsbeweis — bis auf das Alter des Kuhhirten — für vollständig geführt und Beleidigungen nicht für vorliegend. Der Artikel habe absolut keine persönliche Spitze, sondern handle nur ein Symptom für die Unzufriedenheit der ländlichen Arbeiter. In dieser Zeit der Sozialpolitik habe es gerade ein Blatt wie die „Volks-Zig.“ für seine Pflicht erachten müssen, auf grund zuverlässiger Mittheilung einen derartigen Vorgang zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. — Der Gerichtshof war der Meinung, daß der Artikel allerdings Beleidigungen enthalte, unter den obwaltenden Umständen aber eine sehr geringe Strafbarkeit enthalte. Es wurde auf 5 Mark Geldstrafe erkannt.

Wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und Beleidigung von Schutzleuten standen gestern der Redakteur des Anarchistenblattes „Sozialist“ Johann Christian Sundat und der Tischler Richard Weiß vor der 8. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Den Vorfall führte Landgerichtsdirektor Leonhardt, die Anklage vertrat Staatsanwalt Stachow I, die Vertheidigung führte Rechtsanwält Bieher. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, den Vertretern der Presse aber der Zutritt gestattet. Es handelte sich um einen in Nr. 13 des „Sozialist“ enthaltenen Artikel „Zum 11. November“, in welchem zum Gedächtniß der 1887 in Chicago hingerichteten 5 Anarchisten diesen ein Vordereinsatz gewunden wurde. Im Anschluß hieran wurde der Sedanfeier in Deutschland gedacht und die Anklage richtete nun auf dem Standpunkte, daß der erste Angeklagte durch Kupferung und Verherrlichung der Thaten der in Chicago hingerichteten Anarchisten und durch die Aufforderung, ihnen nachzueifern, zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert habe. Der Angeklagte bestritt dies und behauptete, daß es ihm nur darauf angekommen sei, jene fünf Anarchisten, deren Unschuld an dem Bombenanschlag vom Mai 1886 erwiesen sei, als Märtyrer der anarchischen Sache zu feiern. Er verhehle unter Anarchismus keine Gewaltthätigkeit, sondern das Bestreben zur Befreiung des Menschengeschlechts vorwiegend auf wirtschaftlichem Gebiete. Er bestreite, daß die Anarchisten in Chicago zum Ungehorsam gegen amerikanische Gesetze aufgefordert haben, vielmehr habe die betr. Versammlung in Chicago den Zweck des achtstündigen Arbeitstages gedient. — Der zweite Angeklagte ist wegen eines von ihm dem „Sozialist“ eingesandten Artikels „Der Spindel geht um“ angeklagt. — Ueber die Frage, ob die Anarchisten in Chicago und speziell die fünf Hingerichteten zu Gewaltthätigkeiten aufgefordert haben, wurde Kriminalkommissarius Bösel vernommen. Der Zeuge bejahte diese Frage auf grund zahlreicher von ihm vorgetragener Anklagen aus amerikanischen Anarchistenorganen und aus den Vertheidigungsreden der Hingerichteten bei Gelegenheit der Gerichtsverhandlungen. Er meinte, daß diese Personen nicht verurtheilt worden seien, weil sie selbst die Bombe geworfen, sondern als intellektuelle Urheber des Bombenanschlages, durch welchen so viele Polizeibeamte getödtet bzw. verwundet wurden. Die deutschen Anarchisten seien sehr wohl davon unterrichtet, daß die amerikanischen Anarchisten Gewalt und Ungehorsam gegen die Gesetze zum Ziele hatten. Der Zeuge suchte aus Artikeln der Moskischen „Freiheit“, der Londoner „Autonomie“ und anderer Zeitungen und Zeitschriften den Nachweis zu führen, daß die amerikanischen Anarchisten im allgemeinen und die in Chicago verurtheilten insbesondere in Schrift die bestehende Ordnung angegriffen und die Anwendung von Gewalt ge-

predigt hätten. Die hiesigen Anarchisten sehen mit ihnen auf ganz gleichem Boden, wie sich aus der f. B. erschienenen „Arbeiter-Zeitung“ und aus den Reden in Berliner Anarchisten-Versammlungen ergebe; das hiesige Anarchistenblatt habe auch durchaus korrekt die hingerichteten Chicagoer Anarchisten als „Genossen“ von Ravachol und Pallas geschildert und die Rede eines deutschen Anarchisten erwähnt, der die Chicagoer Genossen als Vorbild dafür pries, wie der Geist des Volkes revolutionär bearbeitet werden müsse. — Rechtsanwalt Bieher suchte dagegen aus dem Programm-Artikel des neu erschienenen Anarchisten-Organes „Sozialist“ nachzuweisen, daß dieser sich nicht auf den Standpunkt der Reinsdorf, Ravachol und Genossen gestellt und keineswegs die Gewalt als letztes Ziel der Agitation im Auge habe. Der Staatsanwalt war dagegen der Ansicht, daß die Haltung des „Sozialist“ jener milden Programm-artikel keineswegs entspreche. — Der ferner unter Anklage stehende, von Weiß eingesandte Artikel: „Der Spindel geht um“ theilt mit, daß Weiß durch fortgesetzte Beobachtungen von Polizeispitzeln belästigt und auf Schritt und Tritt verfolgt werde. Die Vorgänge wurden in drastischer und die Schutzleute angeblich beleidigenderweise erzählt. Der Angeklagte Weiß erklärte, daß sein Artikel nur einen Protest gegen die geradezu unerträgliche, über mehrere Wochen sich ausbreitende Verhaftung seiner Person durch Beamte der Polizei darstellen sollte. Daß es sich um Beamte handele, habe er überhaupt nicht nachträglich erfahren. Aus der Beweisführung ergab sich, daß der Angeklagte wiederholt Zeugen für die ihn belästigende polizeiliche Observation herbeigerufen habe. Die betreffenden beiden Kriminalschutzleute behaupteten, daß ihre Beamteneigenschaft dem Angeklagten bekannt bzw. durch Vorgezigung der Medaille bekannt gegeben worden war. — Staatsanwalt Stachow I beantragte die Verurteilung beider Angeklagten. Der erste Artikel verherrliche die am 11. November auf dem Demarkte in Chicago begangenen Thaten und dies seien Thaten der Auflehnung gegen die Gesetze gewesen. Ueberhaupt sei es ganz ausgeschlossen, daß die Ziele des Anarchismus anders als auf dem Wege der Gewalt zu erreichen seien und aus diesem Gesichtspunkte heraus enthalte der erste Artikel mindestens die Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, wenn nicht sogar die Aufforderung zur Gewalt. Der zweite Artikel sei offenbar beleidigend und deshalb beantrage er gegen Sundat zehn Monate, gegen Weiß sechs Monate Gefängniß. — Rechtsanwalt Bieher gab bezüglich des zweiten Artikels die Entscheidung anheim, bestämpfte aber das Strafmaß und beantragte bezüglich des ersten Artikels die Freisprechung. In dem Artikel würden nicht die Thaten des 11. November, sondern die 5 Hingerichteten als Märtyrer verherrlicht, deren Unschuld nachträglich vom Gouverneur des Staates Illinois anerkannt worden sei. Der „Sozialist“ sei ausgesprochenemassen ein Gegner der „Propaganda der That“ und man dürfe den Artikel nur nach dem beurtheilen, was wirklich darin steht, nicht aber danach, daß einzelne Anarchisten das Verfertigen und Tragen von Bomben anempfohlen haben. Der Gerichtshof hielt beide Angeklagten an der Beleidigung, den Angeklagten Sundat dagegen nicht wegen des Artikels vom 11. November schuldig, da nicht anzunehmen sei, daß die „That“ der Anarchisten in Chicago verherrlicht werden solle, sondern nur ihr Verhalten gegenüber dem angeblich zu unrecht ergangenen Urtheil. Wegen der Beleidigung, die in dem vom Angeklagten Weiß verfassten und vom Angeklagten Sundat aufgenommene Artikel zu finden sei, seien die Angeklagten zu je sechs Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

Verſammlungen.

Eine imposante Buchdrucker-Versammlung, von 3000 bis 4000 Personen besucht, tagte gestern im Keller'schen Saale, um Stellung zu nehmen zu der Antwort des Vorstandes des Bundes Berliner Buchdrucker-Vereine auf die in der Sonntag-Versammlung gefasste Resolution. Nach eingehenden Referaten der Kollegen Massini und Döbkin, welche der Versammlung empfahlen, sich mit der Antwort der Innung einverstanden zu erklären, fand eine sehr rege Diskussion statt; die meisten Redner vertraten den Standpunkt des Referenten, dem auch die große Mehrheit der Versammlung lebhaft zustimmte. Folgende Resolution wurde nahezu einstimmig unter großem Beifall angenommen:

„Nachdem der Bund der Berliner Buchdruckereibesitzer erklärt hat, das Verlangen der deutschen Buchdruckereigesellen nach einer Tarifrevision unterstützen zu wollen, erklärt sich die am 4. März stattfindende allgemeine Versammlung Berliner Buchdrucker mit den zwischen dem Vorstande des Bundes deutscher Buchdrucker und der Leitung des Deutschen Buchdruckervereins getroffenen Vereinbarungen einverstanden und macht ihre weitere Stellungnahme von dem Ausgang der Verhandlungen abhängig.“

Depeschen und letzte Nachrichten.

Kottbus, 4. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Große Demonstration. Die streikenden Massen, vom Ausflug zurückkommend, zogen durch die Hauptstraßen der Stadt, am Rathhause vorbei. Die imposante Demonstration ist in größter Ordnung vor sich gegangen.

Kattowiz, 4. März. (M. Z. B.) Der Brand in der Neophasgrube dauert noch an. Um 7 Uhr abends waren 51 Tödt geborgen; vermißt werden noch etwa 20 Verunglückte, deren Rettung aussichtslos erscheint. Die Leiter und Belegschaften benachbarter Gruben sind zur Hilfeleistung gekommen, welche jetzt vornehmlich der Rettung der Grube gilt. Die Bauarbeiten jeder Lage sind vom Feuer nicht ergriffen. Der Betrieb der Grube ist voraussichtlich auf Monate hinaus gestört.

Thorn, 4. März. (M. Z. B.) Die Weichsel ist eisfrei, der Wasserstand ist normal, die Eröffnung der Schifffahrt steht bevor.

Rom, 4. März. (M. Z. B.) Alle Blätter beschäftigen die Demission des Cabinets, welche morgen den beiden Kammern mitgeteilt werden soll. Diese werden sich darauf vertagen, um die Entscheidung der Krone abzuwarten. Das Ministerium wird dem Parlamente alle auf Afrika bezüglichen Aktenstücke vorlegen. Der König beschied die Präsidenten beider Häuser zu sich, um ihre Ansicht zu hören; er wird morgen noch mit mehreren anderen politischen Persönlichkeiten Rücksprache nehmen.

Raffaah, 3. März. (Agenzia Stefani.) Von der Brigade Dabornia und den Generalen Arimondi und Albertoni fehlt jede Nachricht. Die widersprechendsten Gerüchte laufen um; es ist nicht möglich, sich über die Tragweite der Schlacht Rechenschaft zu geben.

Washington, 4. März. (M. Z. B.) Die Kommission des Senats für die auswärtigen Angelegenheiten empfiehlt dem Senat, die Resolution der Repräsentantenkammer betreffend Kuba nicht anzunehmen und fordert eine Konferenz der Komitees beider Kammern.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Ar. 55.

Donnerstag, den 5. März 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

51. Sitzung vom 4. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Graf Posadowsky, v. Hammerstein.

In Anwesenheit von 14 Mitgliedern, außer dem Bureau, eröffnet der Präsident die Sitzung.

Eingegangen ist die Denkschrift über die Tätigkeit des Patentamtes.

Die erste Beratung der Zuckersteuervorlage wird fortgesetzt.

Abg. Götz von Dönhoven (Welfe): Wir sind bereit, auf den Boden der Vorlage zu treten, damit die Zuckerfabriken, mit deren Bestand die Landwirthe rechnen müssen, erhalten werden. Wir betrachten die Vorlage als ein Kampfgeseh gegen einen unholdbaren Zustand. Das Steigen der Preise hängt zusammen nicht mit dem Rückgang des Rübenbaues, sondern nur mit dem Fehlen des kubanischen Zuckers. Wenn die Vorlage zu Fall kommen sollte, so werden die Preise wieder erheblich fallen. Die billigen Zuckerpreise sind entstanden durch die deutsche Zuckerindustrie, welche kräftig genug war, sich auszudehnen trotz der ausländischen Konkurrenz. Wenn die Zuckerindustrie Deutschlands einmal ruiniert sein wird, dann werden die Preise noch ganz anders steigen. Redner empfiehlt die Annahme der Vorlage als Landwirth, nicht als Mitglied des Bundes der Landwirthe, dessen Agitation ihm oft als gefährlich erschienen sei. Die Landwirthe in Braunschweig und Hannover stehen nicht auf dem Boden dieser Agitation, die nicht nach deutscher Art ist, trotzdem das Organ des Bundes die Devise an der Stirn trägt: Für Kaiser und Reich, für deutsche Art, für deutsche Arbeit in Stadt und Land. Trotz aller Artistenkunststücke kann ich die Agitation des Bundes nicht billigen, weil sie der Landwirtschaft nicht nützt. Ich hoffe, daß die Vorlage die Genehmigung des Hauses finden wird.

Abg. Paasche (natl.): Ich werde mich im allgemeinen an die schärfere Tonart halten, die durch Herrn Bod zum Ausdruck gekommen ist. Es ist nicht wahr, daß es sich nur um ein einziges Jahr des Rückganges handelt, sondern um einen dauernden Rückgang handelt es sich. (Widerspruch des Abg. Rösche.) Ich habe die Ergebnisse von einer ganzen Reihe von Zuckerfabriken, welche das beweisen. (Zuruf Richter's: Vorlegen!) Ich kann doch die mir direkt anvertrauten Zahlen nicht hier offen bekannt machen. (Lachen links.) Die Zuckerpreise sind erheblich zurückgegangen; Redner giebt die Zahlen bis 1894. (Zuruf Richter's: Weiter!) Ja, daß die Preise jetzt hoch sind, das weiß ich; das bestreite ich auch nicht. Der Minister hatte vollständig recht, wenn er Herrn Richter das Verhältniß für landwirthschaftliche Dinge bestritt. (Zuruf Richter's: Aber Sie haben es!) Ja, als gelernter Landwirth habe ich das Verhältniß. Die Prämien haben die Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufrecht erhalten; da kann man nicht sprechen von der Belastung des armen Mannes. Die Prämien haben die Ueberproduktion geschaffen und damit den Zucker verbilligt für den armen Mann. (Gelächter links, Zuruf: Professorenweisheit!) Die Prämien sind bis auf den letzten Pfennig den Konsumenten zu Gute gekommen. (Gelächter links.) Weshalb ängstigt man sich in Frankreich und Oesterreich um unsere Prämie? Doch nur, weil sie den Weltmarktpreis drücken wird. (Zuruf Richter's: Erhöhung der Verbrauchsabgabe um 6 M.!) Die kommt auf der anderen Seite. (Lachen links.) Sollten Sie mich denn für einen so schlechten Rechenmeister? (Zuruf Richter's: Jawohl!) Ich will Ihnen ja nur vorrechnen, daß Sie falsch gerechnet haben, daß Sie etwas abstreichen müssen von der berechneten Belastung. Derjenige, der den billigen Preis stellt, bestimmt die Höhe des Preises. (Widerspruch links.) Sie werden mir diese ökonomische Lehre nicht austreden. Daß wir niemals zu einer Befreiung der Prämien kommen werden, wenn wir allein unsere Prämien ausheben, darin stimme ich den Vertretern der Regierung zu. Man spricht von einer ungeheuren Ausdehnung der Industrie, aber nur bei der Zuckerindustrie; wenn die Eisenindustrie oder eine andere Industrie sich ausdehnt, trotzdem hin und wieder eine Krise eintritt, so spricht man von einem technischen Fortschritt. Dem Kapital fällt gar kein Gewinn zu. Man hat es gelegentlich, daß die Preise durch spekulative Thätigkeit gesteigert sind. Im Februar 1896 war ein Weltvorrath von Zucker vorhanden von 2 800 000 Tonnen, 1895 von nur 2 500 000 Tonnen, 1894 von nur 1 800 000 und 1893 von nur 1 600 000 Tonnen, also jetzt 1 Million Tonnen mehr als in normalen Jahren. Was will dagegen der Anfall in Kuba von 700 000 Tonnen bedeuten? Dieser Anfall kann auch noch verschwinden. Ob die Vorlage unverändert angenommen werden kann, ist allerdings zweifelhaft.

Abg. von Komierowski (Pole) erklärt sich gegen das Gesetz.

Abg. Meyer-Danzig (Rp.): Meine Freunde werden die Vorlage unterstützen, wie sie alles thun wollen, was für die Landwirtschaft und namentlich für die Zuckerindustrie Nutzen bringen kann. Die Belastung des Verbrauches wird als eine unerträgliche dargestellt. Aber gerade die geschädigte Industrie hat die billigen Preise erst zu Wege gebracht. Meine Freunde halten eine Kontingentbemessung auf 17 Millionen Doppelzentner mindestens für notwendig; ein Kontingent von nur 14 Millionen würde eine Zurückschraubung unserer Industrie sein. Die Preissteigerung begann mit dem Bekanntwerden der kubanischen Ernte und wurde beeinflusst durch die Vorlage, mit deren Zustandekommen die Spekulation natürlich rechnet. Aber für die Dauer der ganzen Kampagne wird der höhere Preis nicht gelten. Kommt die Prämie zum Ausdruck im Weltmarktpreise, so haben wir einen höheren Preis; geschieht das nicht, so werden die Konkurrenz beeinträchtigt und schränken ihre Produktion ein. Ohne Kontingent können wir die Prämie nicht erhöhen, ohne eine ungemessene Ausdehnung der Industrie herbeizuführen. Wir wünschen ferner, daß wir zur Abschaffung der Prämien kommen mögen, natürlich pari passu (in gleichem Schritt) mit anderen Staaten. Wir wünschen ferner, daß bei Ermäßigung der Prämien auch die Konsumabgabe ermäßigt wird. In anderen Punkten gehen unsere Anschauungen auseinander. Wir hoffen aber zu einer annehmbaren Vereinigung zu kommen. Eine Prämie von 4 M. halten wir als unbedingt notwendig für die Möglichkeit des internationalen Wettbewerbs. Wir werden eifrig in der Kommission arbeiten, um die Vorlage zu Stande zu bringen.

Minister v. Hammerstein: Ich habe gestern mitgeteilt, daß eine Fabrik für 600 000 M. erbaut war, für 75 000 M. verkauft worden ist. Ich kann heute hinzufügen, daß eine Fabrik, die 1 400 000 M. gekostet hat, für 300 000 M., also mit einem Verluste von 1 100 000 M. verkauft worden ist. An die Herren von der polnischen Fraktion möchte ich die Bitte richten, an den Verhandlungen in der Kommission möglichst objektiv theilzunehmen und zu prüfen, ob nicht doch die Anschauung die richtige ist, daß die Interessen der östlichen Industrie mit denen der westlichen und mitteldeutschen identisch sind. Ich warne davor, auf diesem Gebiete eine Interessentheilung herbeizuführen. Ich möchte dabei erinnern an die Geschichte von den beiden Löwen, die sich aufgestreift haben und von denen nur die beiden Bedel übrig geblieben sind. Ich möchte davor warnen, daß der günstiger Stehende glaubt es länger aushalten zu können und deshalb zweckmäßige Maßregeln zurückweist. Bei objektiver Beratung wird es gelingen, alle Inter-

essen möglichst zu berücksichtigen. Die Reichsregierung wird gern bereit sein, ihre Hand zur Verständigung zu bieten.

Abg. Barth (fr. Pp.): Als der Staatssekretär die Verhandlungen eröffnete mit der Bemerkung, er werde sich anatomischer Ruhe befleißigen, sah ich darin ein günstiges Omen. Da Anatomien sich nur mit Leichen beschäftigen, so sah ich die Vorlage als eine Leiche an. (Heiterkeit.) Gestern hielt er aber die Vorlage wieder für sehr lebendig, er gab sogar seine Ruhe auf und wandte sich gegen die schlechten Menschen, die von dem Schutze der nationalen Arbeit nichts wissen wollen. Von dem Schutze der nationalen Arbeit haben namentlich die Agrarier profitirt, aber niemals ist so viel gekammert worden, wie gerade jetzt, wo das Schutzoll-System herrscht. (Sehr richtig! links!) In England klagt man nicht so viel als bei uns; es sind dort wie hier hauptsächlich die Großgrundbesitzer, welche auf die Pachtrente angewiesen sind. Das sind einflußreiche Leute, die der jetzigen englischen Regierung sehr nahe stehen. Da ist denn eine Deputation empfangen worden und Lord Salisbury hat ihnen einige freundliche Worte gesagt, aber er hat bedauert, daß er ihnen nicht helfen könne. Das möchte ich unsern Ministern auch empfehlen. (Heiterkeit.) Unsere Minister erklären aber immer: Wir wollen euch helfen, soweit es in unseren Kräften steht. Im Parlament hat Lord Salisbury jede Protektion für die Landwirtschaft aber weit von sich gewiesen. Es steht mit der Landwirtschaft in England gar nicht so schlecht, die landwirthschaftliche Produktion steht der deutschen ziemlich gleich.

Ein Preisrückgang in Zucker hat stattgefunden; aber die jetzigen Preise entsprechen schon wieder den Preisen vor der Krise. Die Behauptung des Staatssekretärs, daß die Spekulation die Preise beeinflusst habe, hat nicht an sich unsere Heiterkeit hervorgerufen, sondern nur in dem Zusammenhang, daß die Spekulation die Preistreiberien veranlassen hat, um die Vorlage zu Falle zu bringen. Glaubt der Staatssekretär wirklich, daß die Spekulation mit Absicht Geld verlieren wollen? Das würde doch aber der Fall sein, wenn sie das Fallen des Gesetzes herbeiführen wollen und trotzdem höhere Preise machen. Die Vorgänge in Kuba sind ein wahres Glück für die deutschen Rübenproduzenten, weil dadurch gegenüber der Ueberproduktion wieder normale Zustände geschaffen wurden. Die Kontingentirung hat den Zweck, das Angebot auf dem Weltmarkt zu beschränken. Aber wenn das deutsche Angebot beschränkt wird, dann werden die anderen Konkurrenten erst recht vorgehen, es wird die Produktion erweitert werden, in Frankreich, U. S., und die Preise werden erst recht gedrückt auf dem Weltmarkt, während durch die Steigerung der Verbrauchsabgabe der inländische Konsum Deutschlands vermindert wird. Die perniciose Wirkung der Vorlage wird für die Konsumenten lange nicht so groß sein, wie für die Zuckerindustrie selbst. Die Stellungnahme des Zentrums entspricht durchaus dem, was der Abg. Orterer im bayerischen Landtag bereits im Dezember 1894 ausführte, als er von der Mittellinie sprach, die man suchen müsse. Will man einer kleinen Prämienhöhe wegen die Gefahr der Kontingentirung auf sich nehmen? Lohnt es sich deshalb, die Zuckerproduzenten und die ganze Bevölkerung zu belästigen? Es ist nicht richtig, daß derjenige, der am billigsten produziert, die Preise bestimmt, sondern jeder nimmt, so viel er bekommen kann. Die Nachfrage entscheidet den Preis auf dem Weltmarkt wie auf dem offenen Markt. Das sind die Anfangsgründe der Volkswirtschaft. (Widerspruch des Abg. Paasche.) Bei dieser zweifelhaften Wirkung der Vorlage muß der Reichstag prüfen, ob er dem Volke eine Belastung mit 50 Millionen Mark auferlegen kann. Ich lehne die Verantwortung für einen solchen Zweck durchweg ab.

Abg. Jimmermann (Reform-P.): Durch die Unterzeichnung des Antrages Paasche haben wir uns nicht gerade für diese Vorlage gebunden, denn sie enthält manche bedenkliche Punkte. Ich verlasse die Bedeutung der Ausfuhr und der Industrie überhaupt nicht, aber die Opposition aus landwirthschaftlichen Kreisen scheint mir doch einer Beachtung werth zu sein. Für unsere gesammte Landwirtschaft scheint mir nicht die Rübenzucker-Industrie, sondern der Körnerbau das wichtigste zu sein. Es ist eigentlich wunderbar, daß diese Vorlage vom Regierungstische verteidigt wird, während der Antrag Kanitz belächelt wurde, trotzdem doch beide eine Einwirkung auf den Preis beabsichtigen. Wir wollen den Rübenbauern helfen, aber es wird sich fragen, ob wir diese Vorlage nicht begrenzen wollen, und zwar für die Zeit, während welcher die Handelsverträge gelten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie haben allerdings unter den Handelsverträgen Ihre Seite gesponnen und hoffen das weiter zu thun. (Sehr richtig! rechts.) Die Kontingentirung wird ja manche Härten mit sich bringen; aber es muß der Versuch gemacht werden, den Rübenbau zu kontingentiren, nicht die Zuckerproduktion, damit die kleinen und mittleren Landwirthe ihren Rübenbau aufrecht erhalten können. Unsere gesammte Zuckerproduktion werden wir wohl niemals im Inlande verzehren können. Wenn Herr Richter das auf ihn fallende Quantum genießen würde, dann würden seine Heden wahrscheinlich nicht so bitter sein. (Lachen.) Die Arbeiter der Zuckerfabriken haben unter manchen Uebelfänden zu leiden; aber Herr Bod hat keinen Vorschlag gemacht, wie diesen Uebelfänden entgegengehandelt werden könne. Wir wollen den Arbeitern wenigstens ihr Brot erhalten. Wenn die Regierung jetzt die Prämie als Kampfmittel betrachtet, so frage ich, warum war man nicht bei den Handelsverträgen ebenso klug, dann hätten wir etwas besser gestanden. Mit Freunden begrüßen wir es, daß bei der Betriebssteuer die Staffelter gewährt ist; noch erfreulicher wäre es, wenn man dieses Prinzip bei der Besteuerung überall durchführen wollte, namentlich bezüglich der großen Bierbrauereien. Eine Strafe auf den technischen Fortschritt liegt in der Staffeltersteuer nicht, denn wer mehr leistet, der wird dadurch auch leistungsfähiger für die Gesamtheit. Wenn aus der Vorlage etwas werden soll, dann müssen namentlich die Interessen der kleineren und mittleren Landwirthe berücksichtigt werden. Wie die Vorlage jetzt beschaffen ist, würde sie für mich und einen Theil meiner Freunde unannehmbar sein. Wir hoffen aber auf eine brauchbare, durch allseitige Vereinbarung zu Stande zu bringende Vorlage.

Abg. v. Staudy (L.): Herr v. Puttlamer hat schon angedeutet, daß nicht alle Mitglieder meiner Partei mit ihm übereinstimmen. Eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit kann natürlich nicht vorliegen, denn wir alle stehen auf dem Standpunkt des Schutzes der nationalen Arbeit, wir wünschen den Schutze der Zuckerindustrie und ihre Unterstützung durch Prämien. Es ist keine angenehme Sache, gegenüber seinen bewährten Freunden einen Dissens auszusprechen. Herr Götz von Dönhoven hat sich gegen den Bund der Landwirthe gewendet. Im Namen aller meiner Freunde kann ich bemerken, daß der Bund der Landwirthe zum Zuckersteuergesetz keine Stellung genommen hat, weil die Landwirthe verschiedener Meinung sind. Wir haben uns aber gewundert, daß Sie, Herr Götz von Dönhoven sich für besetzt gehalten haben, dem Bund der Landwirthe vorzubalten, daß er seiner Devise nicht treu geblieben sei. Daß der Rübenbau das Rückgrat der Landwirtschaft sei, diese Ansicht des Ministers theilen wir nicht. (Sehr wahr! rechts.) Wir meinen, daß der Getreidebau die Hauptsache ist. (Sehr wahr! rechts.) Das Gesetz, wie

es vorgelegt ist, wird unter den Konservativen ja im ganzen Reichstag nicht eine einzige Stimme finden. (Hört! links.) Unsere Bedenken konzentriren sich hauptsächlich auf zwei Punkte: Wir misbilligen unbedingt die Kontingentirung. Das Eintreten der Krise habe ich vorausgesehen, deshalb bin ich gegen das Gesetz von 1891 aufgetreten, welches ja überhaupt nur mit drei Stimmen Mehrheit angenommen ist. Die Ausführungen des Grafen Bismarck, die vermöge ihrer staatsmännischen Diction und ihrer sachlichen Auffassung einen Eindruck auf uns gemacht haben, gehen davon aus, daß wir dieses Experiment machen müssen. Wirthschaftliche Experimente zu machen, sollte man sich unter allen Umständen hüten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir unsere Produktion einschränken und anderen Ländern die Möglichkeit geben, ihre Produktion zu erhöhen, wird dadurch nicht unsere Stellung gefährdet? (Sehr richtig! links.) Wir sind auch zu diesem Experimente garnicht gezwungen. Die Preise waren exträglich mit Ausnahme eines Jahres, in welchem die Ueberproduktion eine zu große war, nicht bloß in Deutschland, sondern auf der ganzen Erde. Jetzt sind die Preise schon wieder solche, daß die Zuckerproduktion bestehen kann. Ueberall ist 1895 weniger geerntet worden als 1894, also haben wir ein Sinken der Zuckerpreise in nächster Zeit nicht zu befürchten. Durch den Rückgang des Rübenbaues um 25 Millionen Zentner ist die Gefahr der Ueberproduktion beseitigt, namentlich da der Anfall der kubanischen Ernte noch hinzutritt. Den Prämienkampf mit den anderen Produktionsländern kann ich nicht auf mich nehmen um den Preis der Kontingentirung. Was hat es denn auch auf sich, wenn wir uns den Anbau von einigen Millionen Zentnern Rüben versagen; Rußland und Frankreich würden den Anfall sofort wieder decken. Das Gesetz soll nur für kurze Zeit gemacht werden; wir müssen aber wünschen, daß die deutsche Zuckerindustrie endlich zur Ruhe kommt, nachdem sie Jahre lang hintereinander gefeigerberisch demüthigt worden ist. Es handelt sich darum, die kleinen Fabriken zu erhalten und die größeren zurückzuschrauben. Das richtet sich hauptsächlich gegen die Fabriken des Ostens zu gunsten der gut gestellten Fabriken von Mitteldeutschland. Der Kartoffelbau im Osten ist durch die Branntwein-Kontingentirung erheblich eingeschränkt worden. Kartoffeln und Rüben sollen wir nicht bauen; der Rübenbau lohnt nicht. Will man Getreide bauen, so wird man beinahe ausgelacht. Was sollen also die Landwirthe machen? Wir wünschen, daß die Staatssekretäre energischer gegen Amerika auftreten, wo unser Zucker schikanirt wird, während wir hier die volle Rücksicht haben. Im Westen und in Mitteldeutschland befinden sich Zuckerfabriken meist in den Händen von reichen Leuten. Wenn wir im Osten mit dem Westen kämpfen müßten, so würden wir unterliegen. Wir haben die großen Fabriken geschaffen aus unserer Armut heraus, weil die Kraft des einzelnen nicht ausreicht dazu; wir müßten zu großen Gruppen zusammenzutreten. Landwirthe aller Klassen sind zusammengetreten, wir haben nur Rübenaktien. Wir müssen auf zehn Meilen Entfernung die Rüben zur Fabrik fahren. Wie viel theurer die Frucht nach Hamburg von uns aus ist als von Sachsen aus, ist schon früher berührt worden.

Die Kontingentirung hat den Nachtheil, daß sie eine große Beunruhigung in die Zuckerindustrie hineinträgt; in jedem Jahr soll neu kontingentirt werden. Die Beschränkung auf 14 Millionen Doppelzentner wäre namentlich für den Osten bedenklich; die Fabriken würden bis 25 pCt. weniger produziren dürfen. Natürlich werden die Aktionäre möglichst viel für sich behalten und die Kaufkräften werden ausfallen. Das Rückgrat meiner Landwirtschaft ist der Rübenbau; ich könnte 30 pCt. mehr bauen, als ich baue; ich habe das nicht gethan, weil mir die Sache nicht sicher schien. Wenn die Fabrik, an der ich theilhaftig bin mit 100 Aktienären und über 300 Rübenbauern, das will, dann würden nach Annahme des Gesetzes sicherlich 200 Rübenbauern in Wegfall kommen können, welche die Aktionäre mehr übernehmen. Wenn das Kontingent auf 17 Millionen Doppelzentner erhöht würde, dann würde der gegenwärtige Rübenbau aufrecht erhalten bleiben; aber es würde niemand mehr zum Rübenbau übergehen können. Diesen Leuten, welche bloß auf den Anstoß an eine Eisenbahn z. warten, um zum Rübenbau überzugehen, das zu verschränken, das kann ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Unter diesem Gesetz könnte gar keine neue Zuckerfabrik mehr entstehen. Wir würden dann drei Klassen von Landwirthen haben; die in Mittel- und Westdeutschland, wir Rübenbauern im Osten und diejenigen, welche keine Rüben bauen dürfen. Jeder Direktor einer Zuckerfabrik ist natürlich für die Kontingentirung, denn er wird dadurch zum mächtigen Mann; er kann die Rübenlieferung für die Fabrik vertheilen, deshalb sind die Rübenbauern vielfach durch die Direktoren beeinflusst. Der Gesetzentwurf ist doch recht sehr fiskalisch. Graf Posadowsky berechnet als Einnahme des Reichs von der Zuckersteuer das, was 1897 eingehten würde nach Wegfall der Prämien. Aber das Gesetz ist doch als ein erbärmliches bezeichnet worden von allen Seiten, und nun soll es bestehen bleiben in bezug auf die Prämien, deren Betrag soll zukünftig ohne weiteres in die Reichskasse fließen und die Einnahmen des Reichs vermehren. Die landwirthschaftliche Opposition ist doch keine so kleine, wie Graf Posadowsky gemeint hat; zahlreiche Landwirthe haben sich der Opposition angeschlossen, welche ausgegangen ist von einem bekannten Grundbesitzer, dem Herrn v. Liedemann-Seeheim.

Nachdem die Rede über eine Stunde gedauert, wird die Ungebild des Hauses eine so große, daß sich überall Gruppen bilden, welche sich laut unterhalten, so daß der Redner immer schwerer verständlich wird. Redner tritt für die Materialsteuer ein und vertheidigt dieselbe im Gegenfah zum Staatssekretär Grafen Posadowsky. Wenn man die Materialsteuer nicht wieder einführen will, dann sollte man die jetzt bestehende Prämie gesehlich auf die Dauer festlegen. Bei meiner agrarischen Anschauung, zu der ich mich offen bekenne, werde ich alles thun, um der Zuckerindustrie zu helfen, aber wir verlangen Gleichgiltigkeit für die Kommissionsberatung trete ich auch ein. (Beifall rechts.)

Am 5 Uhr 7 Minuten wird die vom Abg. Richter beantragte Vertagung abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen.

Minister v. Hammerstein: Ich habe den Rübenbau als Rückgrat für die Landwirtschaft bezeichnet insofern, als derselbe den Ausgangspunkt für jeden Fortschritt der Landwirtschaft bildet.

Am 5 Uhr 10 Minuten wird der Antrag des Abg. Richter auf Vertagung wiederholt und zugleich die Beschlußfähigkeit bezweifelt. Da das Bureau zweifelhaft ist, so wird zum Namensaufruf geschritten, welcher die Anwesenheit von 165 Mitgliedern ergab, während 199 zur Beschlußfähigkeit erforderlich sind. Die Verhandlung muß deshalb abgebrochen werden.

Schluß nach 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der ersten Beratung des Zuckersteuergesetzes und zweite Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung.)

In der Kommission für Abänderung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, in welche für unsere Partei an Stelle...

Auf die durch das Gesetz oder durch die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen sowie auf die Vorberathungen von Mitgliedern dieser Versammlungen während der Dauer ihrer Sitzungen...

Aus der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch. In der Sitzung am Mittwoch wurden zunächst die Vorschläge über das Privatrecht der juristischen Personen beendet.

Aus der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch. In der Sitzung am Mittwoch wurden zunächst die Vorschläge über das Privatrecht der juristischen Personen beendet. Artikel 86 des Einführungsgesetzes will die landesgesetzlichen Vorschriften aufrecht erhalten...

Aus der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch. In der Sitzung am Mittwoch wurden zunächst die Vorschläge über das Privatrecht der juristischen Personen beendet. Artikel 86 des Einführungsgesetzes will die landesgesetzlichen Vorschriften aufrecht erhalten...

Aus der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch. In der Sitzung am Mittwoch wurden zunächst die Vorschläge über das Privatrecht der juristischen Personen beendet. Artikel 86 des Einführungsgesetzes will die landesgesetzlichen Vorschriften aufrecht erhalten...

Die Verathung wendet sich nunmehr den Bestimmungen über Kauf (§§ 427-509), Tausch (510) und Schenkungen (§§ 511-527) zu. Beim Kauf ruft der in der zweiten Lesung der Kommission zur Ausarbeitung des Gesetzes gestrichene, vom Bundesrath wieder eingefügte § 448 eine längere Debatte hervor.

Die Verathung wendet sich nunmehr den Bestimmungen über Kauf (§§ 427-509), Tausch (510) und Schenkungen (§§ 511-527) zu. Beim Kauf ruft der in der zweiten Lesung der Kommission zur Ausarbeitung des Gesetzes gestrichene, vom Bundesrath wieder eingefügte § 448 eine längere Debatte hervor.

Spezial-Trunkfuchtsgef. Der Antrag Gröber wird darauf gegen 7 Stimmen abgelehnt. Auf Anregung des Abg. Dr. v. Buchta (L.) wird die Verathung über die §§ 476-488 und demzufolge auch die folgenden Materien bis zur Schenkung ausgesetzt.

Zu der VII. Kommission des Reichstages wurde am Mittwoch der von dem Abg. Dr. Dige verfaßte Bericht über die Verathungen der Novelle zum Genossenschaftsgesetz verlesen und genehmigt.

Die konservative Fraktion des Reichstages hat beschlossen, in die §§ 1900 u. f. w., Beschließung vor einem Standesbeamten, die Bestimmung der kirchlichen Trauung mit Ausnahme zu lassen, also die salutarische Zivilheirath einzuführen.

Die Handelskammer-Gesetzvorlage, die demnächst an den Landtag gelangen soll, verleiht den Handelskammern zum Zweck der Vermögensverwaltung und Verwaltungskorporationen Zweck. Ferner werden die Handelskammern, wie die „Frankfurter Zeitung“ mittheilt, obligatorisch für den ganzen Staat gemacht.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ können diesen Mittheilungen noch hinzufügen, daß die Heranziehung der Industrie zu den Handelskammern in ausgedehnterem Maße als bisher geschehen ist, beabsichtigt wird.

Der Abgeordnetenhause sind die Gesetzentwürfe, betr. das Anwartsrecht bei Renten- und Ansiedelungs-gütern und betr. die Errichtung einer General-Kommission für die Provinz Ostpreußen, in der vom Herrenhause beschlossenen Fassung zugegangen.

Der Landtags-Abgeordnete Dr. Kruse-Nordeney hat mit Unterstützung der national-liberalen Fraktion folgenden Antrag zu der zweiten Verathung des Kultusetats eingebracht: Die Staatsregierung zu erfuchen, in kürzester Frist den seit langer Zeit in Aussicht gestellten Gesetzentwurf über die Redaktionsreform vorzulegen, welcher insbesondere das Verhältniß der Kreisphysiker dahin regelt, daß dieselben unter Befreiung ihrer Privatpraxis und entsprechender Erhöhung ihres als pensionirbar festzusetzenden Gehalts in höherem Maße als bisher den Aufgaben der gerichtlichen Medizin und der öffentlichen Gesundheitspflege sich widmen können.

Locales.

In die in unserer gestrigen Nummer (1. Beilage an erster Stelle) enthaltene Todesanzeige hat sich bedauerlicherweise ein Drucksfehler eingeschlichen. Anstatt Gimppe muß es dort heißen Grimpe. Es ist das der Bruder unseres bekannten Parteigenossen Grimpe, Redakteur der Eiberfelder „Freien Presse“.

Der „Verein gegen Verarmung“ hat auch 1895 die Rückwärtsbewegung, in der er sich seit langer Zeit befindet, nicht aufzuhalten vermocht. Das er eine weitere Verminderung der Mitgliedszahl (von 9551 auf 9671) sowie der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und besonderen Spenden gehabt hat, ist nicht das Wichtigste. In der Generalversammlung am Sonnabend wurde das wieder mit der Ueberproduktion „wohlthätiger“ und „gemeinnütziger“ Vereine begründet, während andererseits der Rückgang der Unterstühtungen und Darlehen in der Zahl der Fälle wie in der Summe der Beträge nicht aus einer nothgedrungenen Einschränkung wegen Mangel an Mitteln, sondern daraus erklärt wurde, daß die Hilfe des Vereins auch seltener verlangt worden sei (1894: gegen 17,000, 1895: 14,600 Gesuche). Dagegen wurde mit keinem Worte darüber gesprochen, daß und warum der Verein seine statuten-gemäße Hauptaufgabe, Schutz gegen Verarmung durch Aushilfe, immer mehr aus den Augen verloren und sich immer mehr auf seine Nebenaufgabe, nothdürftige Unterstützung bereits Verarmter, denen nicht mehr abzuhelfen ist, beschränkt hat. Gerade darin besteht aber die Rückwärtsbewegung, die wie gesagt auch 1895 andauert hat. Der Verein giebt Darlehen oder Nähmaschinen mit Verpflichtung zur Rückzahlung, wo noch Aushilfe möglicher scheint, und Geldgeschenke, wo nicht mehr aufgeholfen, sondern höchstens die Noth gelindert werden kann. Nun wurden unterstüht mit:

Table with columns: Darlehen, Nähmaschinen, Geschenke, Anzahl der Unterstühten. Rows for years 1895, 1894, 1893.

aber im ersten Jahre der Thätigkeit des Vereins: 1870 1156 128 982 51,0 5,6 43,3

Heute werden, wie man sieht, fast nur noch Geschenke gegeben. Das Geschenk sollte aber ursprünglich die Ausnahme bilden — umsomehr, da ja der Verein die Beförderung gewerbemäßiger Betriebe zu unterdrücken wünscht. Er hat aber, infolge der fortschreitenden Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse, immer seltener die Möglichkeit einer Aushilfe gefunden und sich, vor der immer weiter um sich greifenden Verarmung zurückweichend, immer mehr auf die bloße Linderung der Noth beschränken müssen. Gegenüber dieser traurigen Thatsache will es wenig befagen, wenn aus der Verminderung der Zahl der Gesuche, die man bekanntlich auch durch immer strengere Prüfung bewirken kann, in der Generalversammlung der Schluf gezogen wurde, daß der Nothstand eher abzuwenden ist als angenommen haben müsse. Der Ausspruch aber, daß dank der Thätigkeit des Vereins in Berlin „niemand zu betteln braucht und niemand hungern darf“, wird für jeden, der sehen will, durch die Thatsachen widerlegt.

Stadtsstatistik. In städtischen Obdach befanden sich am 1. Februar cr. 17 Familien mit 56 Personen — darunter fünf Säuglinge — und 63 Einzelpersonen. Am 1. März war der Bestand 19 Familien mit 67 Personen — darunter 9 Säuglinge — und 44 Einzelpersonen. Das Asyl für nächtliche Obdachlose dafelbst benutzten im Laufe des Monats Februar 46 288 Personen und zwar 45 354 Männer und 914 Frauen. Von diesen Personen wurden 16 dem Krankenhaus Friedrichshain, 96 dem Krankenhaus Moabit, 2 der Charite überwiefen, 644 (632 Männer, 12 Frauen) der Polizei vorgeführt. Der Krankenstation des Obdach wurden 24 Männer überwiefen. Gebadet haben während des Monats Februar 22 622 Personen.

Heber die christliche „Herberge zur Heimath“ in der Oranienstraße, die von Zeit zu Zeit in unangenehmer Weise von sich reden macht, findet man eine erbauliche Schilderung in dem

Buche „Obdachlos“ (Berlin, 1894) von C. Liebig, dem gottesfürchtigen Vorsitzenden des Vereins Dienst an Arbeitslosen. Wir bemerken vorweg, daß das in Form einer Erzählung geschriebene Buch, theils auf übereinstimmenden Aussagen von Obdachlosen, theils auf Mittheilungen von Anhalten und Vereinen, zum theil wohl auch auf persönlicher Beobachtung beruhend, nach Herrn Liebig's Ansicht und Versicherung Wahres schildert und niemanden beleidigen will. Der Held der Erzählung, ein Württembergischer Wilhelm Rindtsch, kommt auf seiner Wanderung auch in die Herberge in der Oranienstraße. Er wandte sich (heißt es S. 79) an den Gehilfen mit der Frage: „Sind Arbeitsstellen angemeldet?“ — „Soll ich Ihnen denn an der Nase anfehn, was Sie sind?“ fuhr ihn der Gehilfe an, und Wilhelm, im Bewußtsein des Besizes der großen Summe von noch drei Mark, . . . antwortete: „Ich bin Würtcher, aber deshalb brauchen Sie mich nicht so anzuschauen!“ — Wenn Sie sich nicht gleich ruhig verhalten, fliegen Sie raus! Mit solchen Radaubrüdern, die bloß herkommen, um zu lärmen, machen wir kurzen Prozeß!“ — Da traxen Sie sich. Ich bin kein Radaubruder, sondern ein ehrlicher Reisender, der gern arbeiten möchte.“ — „Na, da verhalten Sie sich ruhig. Für Würtcher ist nichts angemeldet.“ — Nachher kommt ein wirklicher „Radaubruder“ und geräth in Streit mit dem Hausdiener. S. 81: „Du aber raus!“ Mit diesen Worten drängte der Hausdiener den Mann nach der Thür. Dieser wehrte sich; jener wandte Gewalt an und warf den Mann hinaus, ihn zugleich mit einem biegsamen Gegenstande bearbeitend. . . . Was hatte denn der Hausdiener in der Hand?“ fragte Wilhelm seinen Nachbar. „Einen Sammschlauch!“ erwiderte dieser. „So was kommt hier öfter vor. Die Angestellten können hier nicht feine sind. Es geht nicht anders“ etc. — Auch in der Provinz scheinen die Angestellten christlicher Herbergen manchmal „nicht feine“ zu sein.

S. 74 wird aus einer solchen, in einer Provinzialstadt gelegenen Anstalt, deren Flur der Spruch: „Der Herr segne Deinen Ausgang und Eingang von nun an bis in Ewigkeit“ steht, ein Betrunkener rausgeschmissen. „Ein kräftiger Griff des Hausvaters in den Nacken des Strolches — und durch die geöffnete Thür geht es im Geschwindschritt auf die Straße, wo die Polizeibeamten den Mann in Empfang nehmen.“ Drinnen beruhigt man sich rasch; „Kunden“ wie Hausvater „sind an der-gleichen gemöhnt“. Nach einer Weile ist Abendanbruch. Der Hausvater spricht das Lied vor: „Jesus, geh' voran, auf der Lebensbahn, auch den 2. Vers: „Soll's uns hart ergeh'n, laß' uns feste steh'n!“ Ein Bibelabschnitt, Gebet u. s. w. folgen. — Man kann eben zu gleicher Zeit „nicht feine“ und doch sehr fromm sein. Wer's nicht glaubt, der erkundige sich bei dem Hausknecht der christlichen „Herberge zur Heimath“ in der Oranienstraße, welcher prompt Auskunft giebt.

Sterbefälle in Berlin und Vororten 1895. Nach den vorläufigen Monatsberichten des „Kaiserlichen Gesundheitsamts“, deren Angaben sich durch Nachmeldungen nur noch ganz wenig erhöhen können, starben (ohne Todtgeborene) 1895 in Berlin 85 624 Personen (darunter 11 733 Säuglinge, d. h. Kinder bis 1 Jahr.) Für 1894 ergaben die Monatsberichte 80 957 Gestorbene (darunter 10 641 Säuglinge.) In den näheren Vororten starben (ohne Todtgeborene) 1895: in Charlottenburg 2255 Personen (838 Säuglinge), Schöneberg 878 (426), Ritzdorf 1562 (821), Pichtenberg 877 (412), Weißensee 748 (472), in den übrigen Orten 2387 (1043), in allen näheren Vororten zusammen 8717 Personen (4112 Säuglinge), während für 1894 die Vorortberichte 7454 Gestorbene (8490 Säuglinge) ergaben. In Berlin mit Vororten starben demnach 1895: 42 941 Personen (15 845 Säuglinge), 1894: 38 391 Personen (14 131 Säuglinge). Die Zunahme der Sterbefälle von 1894 zu 95 ist, in den Vororten wie in Berlin, bei den Säuglingen stärker als bei der Gesamtbevölkerung. Daß die Säuglingssterblichkeit überhaupt zugenommen hat, ist um so bemerkenswerther, da (wie in Nr. 47 gezeigt wurde) die Zahl der Geburten 1895 in Berlin wieder niedriger war als 1894 und sich selbst in Berlin sammt Vororten nur etwa auf derselben Höhe wie 1894 gehalten hat. Aus einem Nebenzug von Säuglingen läßt sich das nur theilweise erklären. Von größter Bedeutung ist der Umstand, daß 1895 die akuten Darmkrankheiten, besonders Brechdurchfall, mehr Opfer gefordert haben als 1894.

Die Treptower Vogelwiese 1896. In Nr. 105 des „Lokal-Anzeigers“, 4. Beiblatt, findet sich folgende Anzeige: Dicker Kinder. Für eine große Ausstellung von Kolossalkindern in der Berliner Gewerbe-Ausstellung werden noch ein Knabe von 6 und zwei Mädchen von ungefähr 8 und 12 Jahren bei hoher Vergütung sofort gesucht. Adressen mit Angabe von Alter und Gewicht unter U. 1375 Hauptpostb. d. Bl. — Das reicht ja beinahe an das „Wetteffen“ in der Kochkunst-Ausstellung heran. Hat denn kein einziger der liberalen Ausstellungsmacher kein Muth, solchen rohen Trödel offen entgegenzutreten? Wenn die Ausstellung der biden Kinder Wahrheit wird, dann verdient auch schon das scherzweise kolportirte Gerücht Glauben, daß ein bekannter Hauptinteressent der Ausstellung seine „berühmten“ Sichelketten auf der Treptower Vogelwiese mit entsprechender Kellame zum Verschleiß bringen werde.

Kommerzienrath Kühnemann und die Gewerbe-Ausstellung. Die „Ausstellungs-Zeitung“ giebt heute ein Extra-Blatt aus, welches wie folgt lautet: Der Kampf der „Berliner Ausstellungs-Zeitung“ gegen die Interessenwirtschaft in Sachen der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896, den wir seit über einem Jahre führen, scheint endlich den gewünschten Erfolg herbeizuführen. In der Ausstellungsleitung ist eine Krisis ausgebrochen, die, so wie die Dinge jetzt liegen, zum Rücktritt des ersten Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, Herrn Kommerzienrath Fritz Kühnemann, führen muß. Das, was die „Woffische Zeitung“ den Mitgliedern des Arbeitsausschusses zum Vorwurf machte, ist eine Thatfache, die seit langem die Spahen von den Dächern pfeifen; kein Gerücht mehr. Über der Vorwurf trifft nicht, wie wir hier erklären können, die Gesamtheit der Zeitung; denn die Herren Baumeister Jellisch und Geheimrer Kommerzienrath Goldberger wissen sich von dem Verdachte der Selbstsucht frei; sie sind mit keiner Fieserung betraut, noch irgendwie materiell bei dem Ausstellungs-Unternehmen interessiert. Der unmittelbare Grund zur Krise liegt auch nicht in der etwaigen Begründetheit jenes Verdachtes, sondern in der durch nichts zu rechtfertigenden Eigenmächtigkeit, mit welcher sich Herr Kühnemann über die Ansichten seiner Kollegen im Arbeitsausschusse und über die Beschlüsse der anderen zur Vertung mitberufenen Organe hinweggesetzt hat. So ist beispielsweise der lächerliche Ulas, der Damen den Eintritt auf das Arbeitsfeld verbieten sollte, von Herrn Kühnemann über die Köpfe der Herren Jellisch und Goldberger erlassen worden. Ferner liegt uns ein Protest der „Verkehrs-Kommission“ vor, der folgenden Wortlaut hat: Die „Verkehrs-Kommission“ legt energischen Protest dagegen ein, daß Herr Kommerzienrath Kühnemann in voller Kenntnis des Beschlusses der Kommission, welcher dahin geht, daß eine Abordnung der Kommission den Herrn Eisenbahnminister um eine Audienz erfuchen soll, seinerseits allein zu dem Herrn Eisenbahnminister gegangen und es nicht einmal der Mühe für werth gehalten hat, der Verkehrs-Kommission von dem Inhalt und dem Ergebnisse der Unterredung mit dem Herrn Minister Kenntniss zu geben.“ — Dieser Protest wurde von der „Verkehrs-Kommission“, dessen Vorsitzender der zweite Vorsitzende des „Arbeitsausschusses“, Herr Baumeister Jellisch ist, einstimmig beschlossen.

Die arme Deutsche Gasglühlicht-Gesellschaft. Die Dividende der Gesellschaft betrug bekanntlich im vorigen Jahre 130 vGl. Ist aber angefehcht der Konkurrenz, die dem Kerlicht droht, beim nächsten Jahresabschluf darauf zu rechnen, daß den Aktionären ein ähnlicher Entbehrungslohn zu theil wird? Es steht das Schlimmfte zu befürchten; wer weiß, ob die Aktien-

Inhaber sich fortan nicht gar mit 120 pCt. oder noch weniger begnügen müssen.

Solchen Verlusten muß bezogen vorgebeugt werden und daher hat die Direktion der Auer-Gesellschaft ihren Arbeitern angekündigt, daß die Arbeitszeit, die jetzt bis sechs Uhr abends währt, fortan nur bis vier Uhr dauern solle, und daß diese Verringerung der Arbeitszeit mit dem Zufall eines Tagelohns in der Woche zu büßen sei. Die Monteure, die gegenwärtig noch ein wöchentliches Einkommen von 21 M. bis höchstens 27 M. haben, werden fortan etwa 17 M. bis 24 M. verdienen. Aber das Schönste kommt noch. Es ist den Arbeitern zu gleicher Zeit verkündet worden, daß sie bei der um zwei Stunden verminderten Arbeitszeit dasselbe Pensum wie bisher leisten müssen. So sorgt die Deutsche Gasglühlicht-Gesellschaft sorgfältig für das Wohl ihrer — Aktionäre.

Postalische Beaufsichtigung von Hausdienern. In der „Post. Ztg.“ lesen wir: „Seit Jahren ist von hiesigen Kaufleuten, die sich ihre Pakete selbst von der Post abholen lassen, Klage geführt worden, daß die Beauftragten weit über die Zeit ausbleiben. Häufig kommt es auch vor, daß Pakete fehlen. Die Beschwerden richten sich dann gegen die Post, weil man annimmt, daß die Abfertigung dort zu lange verzögert worden sei. Die Paket-Postämter haben in Folge dieser Klagen, um ihre Grundlosigkeit zu erweisen, ein nachsames Auge auf Hausdiener und andere Boten, die Pakete von der Post holen. Dadurch ist festgestellt worden, daß mehrfach die Boten längere Zeit in nahen Wirtschaften sich aufhalten und während dieser Zeit die mit Paketen vollbeladenen Wagen ohne Aufsicht stehen lassen. In allen solchen Fällen werden die betreffenden Firmen durch die Postbehörde von der Fahrtauglichkeit ihrer Beauftragten in Kenntnis gesetzt.“ Diese eigenartige Beaufsichtigung erscheint uns wenigstens im Interesse der Post zwecklos, da in jedem Falle doch festzustellen ist, ob ein Paket durch die Schuld der Postverwaltung oder erst später, wenn es sich schon unter Verwahrung des Hausdieners befindet, verloren gegangen ist. Selten fällt es auch einem Hausdiener bei, seinen Wagen unbeaufsichtigt zu lassen, wenn er sich wirklich durch einen Trunk Bier stärkt. Für genügende Schadloshaltung weiß in solchem Falle von Unachtsamkeit der Prinzipal wenigstens selber schon in ausreichender Weise Sorge zu tragen.

Die Frömmigkeit in der Armee. Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: „Die Kölnische Volkszeitung“ bezeichnet es in ihrer Nr. 130 vom 25. Februar 1896 als eine Ungehörigkeit, wenn katholische Soldaten veranlaßt würden, die von Eische Bibelausgabe sich anzuschaffen, wie dies aus einer reichsständischen Garnison berichtet wurde. In dieser Mitteilung ist zu bemerken, daß das Anerbieten und die Vermittlung des Anlaufes der Bibeln und Neuen Testamente in der Armee auf die evangelischen Soldaten beschränkt ist.“ — In der Armee Bibelverleiher, Gebetsstunden und Förderung des Kirchenspruchs. In diversen Kriegervereinen Herrenabende mit Sauprogrammen. Wie reimen sich diese Gegensätze zusammen?

Verein der freigestellten Rassenärzte. In der letzten Generalversammlung berichtete Dr. Mugdan namens des Vorstandes über den Stand der Rechtsstreitigkeiten, die der Verein gegenwärtig zu führen hat. Den Anlaß zu diesen Prozessen gab die Auffassung des Handelsministers, daß die Orts-Krankenkassen nicht befugt seien, mit einem Vereine von Ärzten Verträge abzuschließen. Der Arztverein ist jetzt wegen der durch den Handelsminister veranlaßten, s. g. mitgetheilten Verfügung des Magistratskommissars (Verbot der Innehaltung des Vertrages mit dem Vereine der freigestellten Rassenärzte und Verbot des Abschlusses neuer Verträge) beim Ober-Präsidenten vorstellig geworden. In Aussicht genommen sei, außer auf dem gemeingerechtlichen Wege, noch im Verwaltungsgerichtshof-Verfahren die Sache der freien Arztwahl zur Entscheidung zu bringen. Voraussichtlich werde die Angelegenheit auch das Parlament beschäftigen. — Für die Vorstandswahlen wurde von denjenigen Mitgliedern des Vereins der Berliner Rassenärzte, die zugleich Mitglieder des Vereins der freigestellten Rassenärzte sind, zwei der Führer ihrer Bewegung vorgeschlagen. Der Gegenorschlag lautete auf Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Für die Entscheidung sich die überwiegende Mehrheit der Versammlung. Gewählt wurden Sanitätsrat Dr. S. Marcuse (1. Vorsitzender), Dr. Saak (2. Vorsitzender), Dr. Gräfe und Dr. Gohy (Schriftführer), Dr. Wechselmann und Dr. Mugdan (Kassanten).

Die Charlottenburger Kredit- und Sparbank. Drei Bank-Direktoren sind Dienstag in Charlottenburg festgenommen worden. Im Dezember vorigen Jahres gründeten die Herren Polaczek, Danziger und Jierbarth die Charlottenburger Kredit- und Sparbank, Genossenschaftsbank mit beschränkter Haftung, am Stuttgarter Platz 13. Nach der Gründung machten die Geschäftsinhaber und Direktoren in den Zeitungen bekannt, daß sie Geld zu verleihen hätten. Kam nun jemand, der Geld brauchte, so erhielt er den Bescheid, er müsse zunächst Mitglied der Genossenschaft werden, erst dann gebe es Geld. Als Eintrittsgeld mußten 20 M. und als Guthaben 10 M. sofort eingezahlt werden. Als Gegenleistung wurde in Aussicht gestellt, daß jedes Mitglied je nach seinen Verhältnissen bis zu 300 M. Darlehen erhalten könne. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, gewann die Bank bisher 161 Mitglieder, die zusammen 5430 M. einzahlten. Mit der Gegenleistung aber blieb es beim Versprechen. Ein Darlehen bekamen nur zwei Mitglieder. Die Folge davon war, daß bei der Charlottenburger Kriminalpolizei mehrere Anzeigen wegen Betrugs etc. gegen die Bankdirektoren einliefen. Polaczek wurde vorgeladen und seine Vernehmung förderte so viel Belastungsmaterial zu tage, daß Kriminalkommissarius Krause, Kriminalwachmeister Kummert und zwei andere Beamte auch die beiden anderen Direktoren gleich aus dem Komptoir abholten und hinter Schloß und Riegel brachten. Alle drei Direktoren haben bisher von den Einzahlungen der Mitglieder gelebt; viel ist dabei nicht übrig geblieben, man fand in der Kasse zunächst 4 Pf. und später noch 236 M. vor. Einer der Direktoren will 10 000 M. eingelegt haben und beruft sich dafür auf die Bücher. Diese weisen aber nicht aus, wo das Geld geblieben ist. Hat er es wirklich eingelegt, so hat er es wohl bald wieder herausgenommen. Wahrscheinlich aber ist die Einlage überhaupt nur fingirt. Zahlreiche Mitglieder haben sich bereits als geschädigt bei der Kriminalpolizei gemeldet.

Das Wetteffen betreffend, welches das Komitee für die Kochkunst-Ausstellung in einer Reklamemotiv ankündigte, erhalten wir folgende Zuschrift:

Mit Bezug auf eine verschiedenen Zeitungen zugegangene Notiz über ein angebliches Wetteffen bei Gelegenheit der Berliner Kochkunst-Ausstellung im alten Reichstagsgebäude erklären die unterzeichneten Mitglieder des Ausstellungs-Komitees, daß sie weder mit dieser Notiz in irgend einer Verbindung stehen, noch die ihnen durch dieselbe untergeschobene Absicht jemals gehabt haben. Wie wir feststellen, ist die Notiz von u. n. b. e. r. u. e. r. Hand unter Mißbrauch eines Geschäftsformulars des Registrationsbüros für die Ausstellung in die Presse lanciert. Es liegt doch wohl auf der Hand, daß ein derartiger unehrerlicher Vorschlag von Ärzten, speziell auch von den Ärzten des Komitees, welche von der Ausstellung eine Förderung der Volksgeundheit zu erwarten, niemals gemacht werden konnte. Freiherr von Broich, Vorsitzender. Dr. med. Philippi, Arzt. Professor Dr. med. Dührsen. Dr. med. Cron. Assessor a. D. Cohen. Franz Wagner. V. Grieben jun., Verlagsbuchhändler. Hädel, Igl. Landbau-Inspektor. August Schwarz, Kaufmann. Schöff, Direktor. Weber, Rechtsanwält. J. Müller, Buchhändler. O. Klein, General-Sekretär des Nationalvereins zur Hebung der Volksgeundheit. O. Kronberg, Restaurateur. Fachschriftsteller Max Koppe.

Es müssen sonderbare Zustände sein, die es möglich machten,

daß eine Reklamemotiv des gerügten Inhalts von unbedenklicher Hand verfaßt und versendet werden konnte.

Ein Opfer der sozialen Noth ihrer armen Mutter wurden am Dienstag Abend die beiden Kinder der in der Brügelstraße 11 wohnhaften Wäschfrau Puhlmann, Anna und Louise P. Die Mutter hatte die kleinen, drei und fünf Jahre alten Mädchen, wie schon öfters in ihrer Wohnung, einer Küche im Parterregeschoss, allein gelassen, weil sie ihrer Beschäftigung nachgehen mußte. Die Kinder mußten nun mit Strohballen gespielt und hierdurch einen Brand verursacht haben. Hausbewohner, die das Feuer zuerst bemerkten, riefen die Feuerwehr herbei und schlugen die Thür ein. Die Kinder waren indes bereits erstickt. Alle Wiederbelebungsversuche von seiten der hinzugeholten Ärzte waren vergeblich. Das Feuer, welches einen Korb mit Wäsche, den Fußboden und einen Haufen Lumpen ergriffen hatte, konnte schnell gelöscht werden. Der Schmerz der Mutter, die bei ihrer Rückkehr ihre Pieflinge todt vorfand, war grenzenlos. Die kleinen Leichen wurden noch in der Nacht nach dem Schaubause geschafft.

Tausende Mütter in der glänzenden Reichshauptstadt sind in ähnlicher sozialer Lage, wie die unglückliche Frau Puhlmann. Um Brot zu schaffen, müssen sie ihr Liebste Tag für Tag unbeaufsichtigt allen Gefahren ausgesetzt allein lassen: Keine fromme Seele kümmert sich um solches Elend. Wenn dann eine Katastrophe hereinbricht, wird pharisäisch der Leichnam der Mutter getodet; unter Umständen fühlt sich wohl gar noch ein Staatsanwalt berufen, diese vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen.

Von dem Mörder der Klara Gasse fehlt bisher leider jede Spur und es haben sich alle bisherigen Verdachtsmomente gegen einzelne Personen als nichtig erwiesen. Die Kriminalpolizei ist Tag und Nacht auf den Beinen, ohne auch nur die geringsten Anhaltspunkte finden zu können, welche zur Entdeckung des Mörders zu führen geeignet sind. Gestern hat ein Rixdorfer Gendarm einen Kastenwagen aufgefunden, welcher in die am Wiefengraben entdeckte Wagenspur paßt und man hofft, dadurch auf die Fährte des Mörders zu kommen; doch da es noch zweifelhaft ist, ob man in der That den richtigen Wagen gefunden, ist auch diese Hoffnung eine sehr schwache.

Die Verdachtsgründe gegen den Arbeiter Corduan haben sich glücklicherweise nicht bestätigt. Es ist Corduan, der übrigens nur polizeilich inhaftiert wurde, völlig gelungen, sein Alibi nachzuweisen; auch hat sich ergeben, daß die Mittheilungen über den unsoliden Lebenswandel, dessen er geziehen wurde, nicht zutreffen. Wir bedauern, daß wir gestern von einer unrichtigen Meldung in dieser Beziehung Notiz genommen haben.

Kommisbrot. In vierzehn Tagen strengen Arrestes kam in der vergangenen Woche der Spielmann Waller von der 6. Kompagnie des 8. Garderegiments zu Fuß auf folgende Art. Waller kam mit einigen Kommisbroten unter dem Arme aus der Kaserne, vor der zur Zeit der Poliausgabe in der Regel einige Jungen warten, die von dem einen oder dem anderen Soldaten ein Brot zu erwerben suchen. Einer dieser Jungen nahm Waller mit der Hand ohne weiteres ein Brot unter dem Arme weg, während er mit der anderen den üblichen Kaufpreis anbot. Um keine Weiterungen zu haben, beließ der Spielmann dem Jungen das Brot und nahm das Geld. Nun griff der Posten, ein Einjährig-Freiwilliger, ein. Er bemerkte Waller, es müsse ihm doch bekannt sein, daß er kein Brot verkaufen dürfe. Der Spielmann aber erwiderte: „Das geht Sie gar nichts an,“ und als der Posten ihn nun für arreirt erklärte, lief er davon. Kameraden jedoch, die ihm begegneten, hielten ihn fest und brachten ihn zurück. Mit „14 Tagen stramm“ büßt nun der Spielmann seine Frechheit.

Der Prozeß Hammerstein droht sich, wie die „Mil.-Pol. Korresp.“ abweichend von anderen Mittheilungen meldet, nach Ansicht der Staatsanwaltschaft außerordentlich in die Länge zu ziehen, da der Angeklagte immer neue Zeugen in seine Angelegenheit zu verwickeln strebt.

Übermals ein tödtlicher Unfall im Anstaltsterrain. Der 23jährige Zimmermann August Seger, welcher, auf hoher Leiter stehend, am Schuppen der elektrischen Bahn in Alt-Berlin arbeitete, stürzte, wie die „B. N. N.“ berichten, so unglücklich herab, daß er sich tödtliche Verletzungen zuzog und auf dem Transport zur Klinik verstarb.

Unbekannt gestorben ist ein junger Mann, der sich am Freitag vergangener Woche gegen 5 Uhr abends auf dem Belle-Alliance-Platz eine Revolververletzung in den Kopf jagte und schwer verletzt in das städtische Krankenhaus am Urban gebracht wurde. Es ist nicht gelungen, die Persönlichkeit des etwa 20 Jahre alten bartlosen Mannes festzustellen.

Die Leiche eines jungen Mädchens von etwa 18 bis 19 Jahren wurde vorgestern, Dienstag, Vormittag am Holsteiner Ufer in der Spree gefunden und gelandet. Die Persönlichkeit ließ sich bisher nicht feststellen.

Bestimmungslos aufgefunden wurde in der letzten Nacht ein unbekannter Mann durch einen Schutzwagen des 7. Polizeireviers vor dem Hause Invalldenstr. 113. Der Beamte brachte den Hüllosen mit einer Droschke in ein Krankenhaus. Was ihm fehlt und wer er ist, hat der Kranke noch nicht mittheilen können.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen ist der Arbeiter Blakewicz, der in der Antonienstraße zu Reinickendorf wohnte, verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Fabrikbrand. In der Nacht zum Mittwoch hatte die Feuerwehr auf dem Grundstück Sophienstraße 21 einen Brand zu bekämpfen, dessen Herd sich in dem Kesselhause der Neblischen Fabrik für Nähmaschinen-Stahlgarten befand. Ueber die Entstehungsart des kurz vor Witternacht gemeldeten Brandes hat sich ein sicherer Anhalt nicht ergeben. Von der Zerführung ist hauptsächlich die Bedachung betroffen worden, welche jedenfalls vollständig wieder erneuert werden müssen. Das eigentliche Fabrikgebäude ist dagegen nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Fehlarbeiten wurden mit zwei Rohren von großen Handdrucksprizen ausgeführt.

Zahlreiche Fahdiebstähle sind in letzter Zeit in Rixdorf und Umgegend ausgeführt worden, ohne daß es bisher gelungen wäre, die Diebe zu ermitteln. Gestern Vormittag wurden nun die in Rixdorf wohnhaften Ruffcher Wilhelm Hans und Otto Stein dabei abgefaßt, als sie in der Mühlenstraße von Hofe eines Kaufmanns ein großes Faß entwendeten. Stein ist in einer Haftlosgeldhandlung in der Schinkelstraße beschäftigt und es wird polizeilichereits angenommen, daß er dort die gestohlenen Fässer untergebracht hat. Aus diesem Grunde ist auch der Besitzer der Faßhandlung unter dem Verdacht der Fehlerlei in Haft genommen worden. Ob man endlich die Fahdiebe in den verhafteten Personen gefaßt hat, muß die Untersuchung lehren, da Stein und Hans weitere Diebstähle energisch bestritten.

Leffentlichen Betrug verübte ein Handelsmann im Norden, welcher saure und Pfeffergurken durch Andrusen in den Häusern feilbot. Die Käufer mußten die Entdeckung machen, daß die Waare ungenießbar sei; sie befand sich im höchsten Stadium der Verwesung. In der kurzen Zeit, welche die Käufer zum Erreichen ihrer Wohnung gebrauchten, war der Betrüger verschwunden.

Kunst und Wissenschaft.

In der Nationalgalerie wird in einigen Tagen eine Sonderausstellung von Werken des verstorbenen Bildnis- und Historienmalers Gustav Bäß eröffnet werden.

Frühhof Nansen. Aus Petersburg meldet ein Telegramm: In einem vom 3. März datirten Telegramm aus Irkutsk meldet der Gouverneur von Irkutsk, er habe auf seine Anfrage per Ekspresse folgende Antwort aus Irkutsk erhalten: „Peter Jwanowitsch Kuchnarew, welcher in Ustjansk Handel treibt, theilte unter dem 10. November dem Kaufmann Kuchnarew in Irkutsk brieflich folgendes mit: „Wir erfahren, daß der Forschungsfreiende Dr. Nansen den Nordpol und unbekanntes Land entdeckt hat und zurückkehrt. Der arktische Ozean wird somit erschöpft werden.“ Nachrichten, welche diese Mittheilungen Kuchnarews bestätigen könnten, hat sonst niemand in Irkutsk empfangen. Zur Begründung der Wahrheit dieser Nachricht über Nansen und für den Fall, daß es nothwendig ist, der Expedition zu Hilfe zu kommen, hat der Gouverneur von Irkutsk ein Mitglied der Distriktsverwaltung von Verchjansk beauftragt, sich nach Ustjansk zu begeben.“

In Paris ist der Schnürboden des Theaters „Ambigu“ in der Nacht zum Mittwoch niedergebrannt; der Schaden beträgt 800 000 Franks.

Nenes vom Planeten Mars. Der Astronom Lowell hat auf einer 2200 Meter hoch auf dem Mount Aequipa in Arizona gelegenen Sternwarte sehr zahlreiche Beobachtungen gemacht und über deren Ergebnisse der Pariser Astronomischen Gesellschaft eingehenden Bericht erstattet. Lowell hatte mit gutem Bedacht diesen hochgelegenen Punkt zu seinen Untersuchungen gewählt, da die sonst große Schwierigkeit bietende Erdringung der irdischen Atmosphäre in solcher Höhe geringer ist. Zunächst wandte er sich dem Studium der bekannten Schneemassen, die an den Polen des Mars aufgehäuft sind, zu und beobachtete die Abnahme derselben im Mars-Sommer, d. h. ihr Abschmelzen. Diese weißen Polargebiete schienen deutlich von langen und breiten Spalten durchsetzt. In den Rändern waren diese Regionen von einer tief azurblauen Borte umäumt, welche durchaus auf eine Flüssigkeitsschicht schließen ließ. Andere, dunkle Flecken, die man bisher für Meere gehalten hat, haben nach Lowells Beobachtungen eine mehr grüne als blaue Farbe, und noch merkwürdiger ist die Wahrnehmung, daß die Färbung dieser Flecken mit der Jahreszeit wechselt; danach hält Lowell dieselben nicht für Meere, sondern vielmehr für Vegetationsflächen. Die vielberühmten Kanäle erschienen dem Beobachter von einer gleichmäßig grünen Farbe, und er hält dieselben danach gleichfalls für Vegetationsstreifen. Uebrigens entdeckte Lowell deren noch eine ganze Anzahl neue. Ihre Geradlinigkeit, ihre sich mit geometrischer Genauigkeit kreuzenden Systeme und die runden Flecken an den Schnittpunkten, welche Lowell als „Oasen“ bezeichnet, verrathen die Richtung gebende Absicht vernunftbegabter Wesen, die zwar von den Erdenmenschen sicher verschieden, aber auch ebenso sicher von höherem Intellekt sein müssen als unsere Thierwelt.

Witterungsübersicht vom 4. März 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (100 F.)
Ewinemünde	741	S	5	wollig	5
Hamburg	737	SEB	4	bedeckt	4
Berlin	742	S	4	wollig	7
Biesbaden	740	SB	2	bedeckt	6
München	748	SEB	3	bedeckt	5
Wien	751	ED	2	bedeckt	1
Japarcanda	753	S	2	bedeckt	-0
Petersburg	—	—	—	—	—
Cort	735	WNB	6	Regen	6
Aberdeen	727	SEB	1	heiter	-2
Paris	741	SB	4	halb bedeckt	4

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. März 1896. Etwas kühleres, zeitweise heiteres, jedoch unbedeutendes Wetter mit Regen- oder Hagelschauern und starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Vermischtes.

Die Bevölkerung Preußens hat, wie wir schon in der gestrigen Nummer meldeten, nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 2. Dezember, welches durch das im November zu erwartende endgültige Resultat nur noch unwesentlich geändert werden dürfte, in den verfloßenen 5 Jahren um 6,31 pCt., also jährlich um 1,23 pCt. zugenommen. In dieser Zunahme sind, wie ja zu erwarten war, besonders die industriellen Bezirke beteiligt, während die ländlichen eine viel schwächere Zunahme, zum theil sogar eine Abnahme aufweisen.

Die größte Zunahme in dem fünfjährigen Zeitraum zeigen die Provinzen Ostpreußen und Brandenburg mit 11,18 und 11 pCt., dann folgt Rheinland mit 8,40, Hannover mit 6,31 und der Stadtkreis Berlin mit 6,24 pCt.

Den geringsten Zuwachs zeigt natürlich Ostpreußen. In Ostpreußen betrug er in den fünf Jahren von 1890 bis 1895 nur 2,38 pCt., in Pommern 3,49 und in Westpreußen 4,20 pCt. Dann folgen Posen mit 4,87 und Schlesien mit 4,43 pCt.

Noch deutlicher tritt der Gegensatz der industriellen und ländlichen Gegenden hervor, wenn man die einzelnen Kreise betrachtet. So ist in 76 Kreisen, sowie in dem kleinen zu Preußen gehörigen Besitzthum Hohenzollern-Sigmaringen eine Abnahme der Bevölkerung zu bemerken, welche bis zu 4,48 pCt. (in Nieddingen im Regierungsbezirk Stade, Provinz Hannover) geht.

Wegen Ende dieses Monats wird das vorläufige Ergebnis der Volkszählung für jede Stadt und jede Landgemeinde bezw. Ortsbezirk von mehr als 2000 Bewohnern erscheinen und werden wir dann noch einmal ausführlicher darauf zurückkommen.

Ein Edeister und Bester und die Heiligkeit der Ehe. Aus Budapest wird der „Frantk. Ztg.“ vom 27. v. M. gemeldet: Eine peinliche Geschichte macht hier von sich reden. Verschiedene Persönlichkeiten in höheren Stellungen haben heute Photographien eines Provisionsbriefes erhalten, welchen ein sehr angesehenes und in den politischen Kämpfen der letzten Jahre stark hervorgetretener ungarischer Graf aufgestellt und welchen sein Sohn mitunterschieden hat. In diesem Provisionsbriefe wird einem Advokaten die Summe von 600 000 fl. für den Fall versprochen, daß es ihm gelingt, dem jungen Grafen eine amerikanische Erbin mit einer Mitgift von mindestens drei Millionen Dollars zu verschaffen. In einem zweiten Briefe wird erklärt, daß die beiden Grafen auf ihr größtes Ehrenwort darauf verzichten, von dem Einwande der turpis causa im Falle einer gerichtlichen Klage Gebrauch zu machen. In einem gedruckten Begleitschreiben wird erzählt, daß die Partie beinahe zu stande gekommen wäre, da hätten Vater und Sohn den Versuch gemacht, sich mit der amerikanischen Familie auseinanderzusetzen, um den Vermittler um die Provision zu pressen. Daran scheiterte die Partie, sodas die beiden Grafen ohne Braut heimführen und insolge dessen auch der Advokat um die Provision kam, zu deren Erreichung er schon manches Opfer gebracht hatte. Ein Facsimile dieser Korrespondenz ist auch an das Nationalkassino gelangt und man ist nun neugierig, ob dasselbe den Anlaß für wichtig genug halten wird, eine Untersuchung einzuleiten.

Briefkasten der Redaktion.

B. Merkel. Nächste Nummer. Volkswille. Germania, Berlin C., Etrauerstr. 25.

C. T. 100, Nirdorf 31. Rein. - Scheller. Ist steuerpflichtig. - **C. W. 13.** Wenn nichts anderes vereinbart ist, besteht 6 wöchentliche Kündigung; es hätte also spätestens am 14. Februar die Kündigung ausgesprochen werden müssen. - **10.** Wenden Sie sich an die Polizeibehörde des Orts, an dem Ihr Bruder sich zuhielt aufgehalten hat. - **S. G. 6. 1. Rein.** 2. Ja. - **A. G. Rein.** Sie mußten Klage erheben. - **C. L. 45.** Es kommt auf die Art Ihrer Forderung an. - **A. D. W. 1. und 2. Ja.** 3. Etwa 20 Mark. - **Stalgerstr. 5. Glücks-** spiele sind alle Spiele, deren Erfolg nach Ansicht des Richters wesentlich vom Zufall abhängt. - **Stenograph 41.** Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. - **Ein-** jähriger **24.** Wenden Sie sich an die Ober-Erbschaft-Kommission. - **Dienstbote.** Innerhalb eines Jahres kann die Dienstherrenschaft Weihnachtsgeschenke zurückfordern, wenn durch Schuld des Dienstboten der Dienst gelöst ist. - **W. L. Rein,** nur zum 1. - **Carl Schw.** Beides ist bis zum vollendeten 42. Lebensjahre möglich. - **J. W.** Unverständlich: Sprechen Sie gelegentlich in der

juristischen Sprechstunde vor. - **Stenograph 41.** Ihre An- frage ist eingetroffen, auch sofort beantwortet. Es ist aber wegen Andranges, wie wiederholt betont unmöglich insbesondere während der Parlamentszeit, die Antworten stets so- fort zum Abdruck zu bringen. Deshalb kann nur immer wieder darauf verwiesen werden, in dringenden Fällen lieber die allerdings sehr überfüllte Sprechstunde zu be- suchen, deren Besuch jedem Abonnenten freisteht. - **G. 1. Rein.** - **F. E. Ja.** - **Früh Richter.** 1. Siemens. 2. Das hängt von der getroffenen Vereinbarung über die Höhe des Kostgeldes ab; ist keine Vereinbarung getroffen, so entscheidet über die Höhe Orts- und Branchengebrauch. - **Nathenow.** 1. Die Anschauung, daß falls die Werkstätte abbrannt, Lohn innerhalb der Kündigungs- frist nicht zu zahlen sei, ist völlig verkehrt und entbehrt geschlicher Grundlage. 2. Auf die 200 Mark hätten Sie keinen Anspruch, können jedoch unbeschadet Ihrer sonstigen Ansprüche auf Zahlung des rückständigen Lohnes auch während der Dauer des Arbeitsvertrages klagen. - **A. R. Ja.**

- **N. V. 12, F. O., C. S. 100.** Rein. - **E. Schmidt,** Dr. E. Ja. - **C. P. 22.** Zur Berechtigung ist Beibringung des Geburtscheines und des Einwilligungsheines erforderlich. - **R. E., Lausig.** Ohne nähere Angabe, ob Eltern, Geschwister, Geschwisterkinder vorhanden sind und ob ein Testa- ment gemacht ist, ist Ihre Frage nicht zu beantworten. Wieder- holen Sie dieselbe unter Berücksichtigung dieses Umstandes. - **G. S., Markgrafentrasse.** 1. Ja, aber nicht Anwaltsmeister. 2. Rein. 3. In Charlottenburg. - **J. St. 26.** Erbrechtsfragen sind ohne genaue Angaben - es fehlt in Ihrer Anfrage 3. B. die Mitteilung, wo der letzte Wohnort war - nicht zu beant- worten. Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor. - **D. P. 100.** Sie haften; Ihr Ehemann nicht. - **D. W.** Sie können sich sowohl an die Polizei wie an das Gericht wenden. - **L. R. 15.** Im allgemeinen: nein. - **Emil Felix.** Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. - **G. W. 33.** Rein - **Junger Parieigenosse.** Der Ehemann kann als Beistand seiner Ehefrau in Strafsachen auftreten. - **Kreis Versenbrück. Ja.**

Für den Inhalt der Inserate über- nimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 3. März.
Opernhaus. Die Nürnberger Puppe.
Schauspielhaus. Die kranke Zeit.
Deutsches Theater. Hamlet.
Festung-Theater. Comtesse Gunderl.
Servierer Theater. König Heinrich.
Neues Theater. Der Richter von Salamea.
Residenz-Theater. Hotel zum Frei-
 haben.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Der Hungerleider.
Schiller-Theater. Der Graf v. Hammer-
 stein.
Theater Inter den Linden. Die
 schöne Helena.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
 Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Selle - Alliance - Theater. Böse
 Buben.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen
 Kämmen. Vorher: Pitts.
National-Theater. König Heinrich.
American-Theater. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Jpollo-Theater. Spezialitäten-Vor-
 stellung.
Sausmann's Variété. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
 Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Der
 Graf v. Hammerstein.
 Freitag, abends 8 Uhr: Ein
 toller Einfall.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 132.
 Direktion: Max Samst.
 Volksvorstellung zu bedeutend
 ermäßigten Preisen.
König Heinrich
 Tragödie in 5 Akten und einem Vor-
 spiel von Friedrich Hebbel.
 Regie: Max Samst.
 Morgen: Dasselbe Vorstellung.

Central-Theater.
 Alte Jakobstr. 30.
 Donnerstag, d. 4. März 1896:
Emil Thomas als Gast.
 Zum 180. Male:
Eine tolle Nacht.
 Große Posse mit Gesang und Tanz
 in 5 Akten, von Jul. Freund und
 Wilh. Mannstädt.
 Musik von Jul. Bindshofer.
 Anfang 7/8 Uhr.
 Morgen Freitag und folgende Tage:
Eine tolle Nacht.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
 Schwank in 3 Akten von Brandon
 Thomas. Repertoirestück des Globe-
 Theaters in London. In Szene gesetzt
 von Adolph Ernst.
 Vorher: **Die Bajazzi.**
 Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz
 in 1 Akt von Ed. Jacobson und
 Benno Jacobson. Musik von
 F. Roth.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Urania
 Anstalt für volksthümliche
 Naturkunde.
 Am Landes-Ausstellungspark
 (Lehrter Bahnhof).
 Geöffnet von 5-10 Uhr.
 Täglich Vorstellung im wissenschaft-
 lichen Theater.
 Näheres die Anschlagzettel.

Castan's Panopticum.
 Neu!! Neu!! Neu!!
 Die **3** getigerten
Grazien!!
 aus Central-Afrika,
 die neuesten Weltwunder!

Passage - Panopticum.
 Letzte Woche!
**Affentheater
 und Circus.**
 Ohne
 Extra-Entree.
 Soldaten und Kinder
 25 Pf.
 Vorst. 5/6 und 8, Sonntag 3, 4, 6, 8 Uhr

Alexanderplatz-Theater.
 Heute 8 Uhr: Zum 137. Male:
Die kleinen Kämmen.
 Von der gesamten hiesigen
 Presse als die beste Novität der
 Saison anerkannt.
 Vorher: **Pitts.**
 Operette von Löwenfeld.

Concerthaus Sanssouci
 4a. Kottbuserstr. 4a.
 Heute Donnerstag:
**Stettiner
 Sänger**
 (Meysel,
 Pietro,
 Britton,
 Steidl,
 Krona,
 Köhl
 und
 Schrader)
 Neu! Neu!

**Cavalleria
 schufficana.**
 (Die Ehre des Schubbejacks.)
 Romantisch diabolisch infernalische
 Oper von Ferd. Meysellino.
 Anf. präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Vorverkauf 40 Pf. (f. Plakate).
 Freitag: Victoria-Brauerei.

Neuer Circus.
**Circus Busch (Bahnhof
 Börse).**
 Donnerstag, 3. März, abds. 7 1/2 Uhr:
Große Elite-Vorstellung.
Sensationeller Erfolg.
Die Jagd nach d. Glück.
 Zum Schluss:
Ein wirklicher Schiffsuntergang
 in 20 Fass Wasser.
 Außerdem: Ein hippolog. Potpourri
 u. ein equest. Arrangement v. 100
 Hengsten, dress. u. vorgef. v. Direktor
 Busch. **Elite-Dressur** u. m. d.
 Circus Busch. **Die Troika**, dress.
 u. ger. v. Herrn Foottitt-Burghard. Der
 phänomenale Drahtseilkünstler Mr.
 Lloyd. **The Rudolph's**, die besten
 Reckturner d. Welt. Kupfer, d. be-
 liebtesten Clowns.
 Freitag: **Die Jagd nach dem
 Glück.**
 Sonntag, Nachm. 4 Uhr: **Auf
 allem. Wunsch:** Zscheus, das Wald-
 mädchen.
 Abends 7 1/2 Uhr: **Die Jagd nach
 dem Glück.**

Codes-Anzeige.
 Allen Freunden und Genossen die
 traurige Nachricht, daß mein lieber
 Sohn, unser guter Bruder, Schwager
 und Onkel, der Tischler 101b
Heinrich Grimpe
 nach langwieriger Krankheit gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Donner-
 stag, vormittags 11 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Thomas-Kirchhofes aus statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß
 unser lieber Sohn und guter Vater, der
 Metallschleifer
Wilhelm Voelmy
 am 2. März, nachmittags 5 Uhr, nach
 schweren Leiden sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet am Sonntag,
 den 8. März, nachm. 3 Uhr, von der
 Halle des Louise-Kirchhofes, Hermann-
 straße, aus statt. 104b
 Die trauernden Eltern, Geschwister
 und Kinder.
August Voelmy und Fran,
 Holzmarktstr. 60.

**I. Rennen
 in Carlsborst**
 Jeden Abend das urkomische
Burzelbaum-Zoden-Rennen
**Kaufmann's
 Variété-Theater**
Königsstraße, Colonnaden.
**Das neue Programm hat
 gelacht.**
Der singende Hahn C. C.
XX-Strahlen
 von Stephanio & Bokrons.
Hokus, Pokus von Joe Marro.
Charley's Tante u. Max Menzel.
Das Unikum Schindler.
1000 Köpfe hat Räusche.

Eden-Theater.
Vogler's Welt-Restaurant
 97. Dresdenerstr. 97.
 Im vorderen Saal täglich:
 Weltberühmte
 Tyroler - Sänger - Gesellschaft
Almenrausch u. Edelweiss.
 Direktion: Alois Ebner.
 Entree vollständig frei!
 Im Theater-Saal:
Sensationelles März-Programm!
Berliner mang die Wilden!
 Große Posse mit Gesang.
 Auftreten sämtlicher neu
 engagierter Spezialitäten.
 Nur hochkomische Nummern!
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

Parodie-Theater.
 Oranienstrasse No. 52 am Moritzplatz.
Donnerstag, den 3. März:
 1. **König Heinrich.** Wildromant.
 Schauspiel von Ernst v. Saubert.
 2. **Gräfin Hee,** Was wisse oder
 der Trompeter von Wisse. Nach Dr.
 Fröh Friedmann's Kriminalroman.
 3. **Zscheus,** das Waldmädchen.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Apollo-Theater
 Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
**Eugenie
 FOUGÈRE,**
 die unerreichte franz. Excentrique.
Fritzi Ferry,
 die pikante Wiener Excentrique.
Eugenie Laugé,
 Phänomenale Instrumentalistin
 und
30 Künstler I. Ranges.
 Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
 Piano Dietrich, gut erhaltenes, bis
 9 abends fort zu verkaufen.
 Dietrich, Französischstr. 9. Fernspr.

**Bekanntmachung
 der Schweine-Engros-Schlächterei**
 Holzmarktstr. 19, nahe Zannowbrücke.
 Von Donnerstag, den 3. dieses ab sind die Verkaufspreise
 im Detail für Prima-Waare folgende:
Schweinefleisch von allen Stücken a Pfd. 50 Pf.
Carbonade, Kaffeler, Pökelhahn a Pfd. 60 .
Bauch, Rücken- u. Fischen a Pfd. 45 .
Rind-, Kalb- und Hammelfleisch a Pfd. 50 .
Keule a Pfd. 60 .
 Alle Sorten Wurst im Detail zu Engrospreisen!
 Spezialität: Schladwurst und Salami a Pfd. 80 Pf.

Brockhaus', Meyer's
 Lexikon, Vrehm's Tierleben, Welt-
 geschichten, Bücher, ganze Bibliotheken
 laufs Antiquariat Kochstr. 56, I. (30/1)

Wer Geld
 will sparen, dem biete ich die günstigste
 Gelegenheit. Durch Einkauf größerer
 Posten von Konsummassen und Au-
 tionen bin ich in der Lage, jedes Stück
 billiger zu verkaufen, als alle anderen
 Geschäfte. Ich verkaufe daher:
 Hochelegante Einlegungs-Anzüge v.
 9,50 M. an. Herren-Sommer-Paletots
 von 9,75 an. Damen-Mäntel, -Jackets
 u. Capes v. 3,50 an. Einzelne Damen-
 Röcke in allen Farben v. 4,75 an. Hochf.
 Rock- und Jacket-Anzüge von 12,50 an.
 Herren-Josen v. 2,75 an. Kellner-Josen.
 Westen u. Jackets v. 4,75 an. Leder- u.
 Arbeitshosen zu 2,35. Herren-Jackets,
 -Westen, -Röcke in all. Größen, Knaben-
 und Burchen-Anzüge, Hüte, Schirme,
 Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Opera-
 gläser, Kessel, Revolver, Leschings-
 Stockfinten, Harmonikas, Beigen, Trom-
 meln, Flöten, Betten, Uhren, Ketten,
 Ringe etc. zu enorm billigen Preisen.

Gustav Lucke, Waarenhandl.,
 Berlin, 131. Oranienstr. 131.
Unerreicht billig!!!
Portièren,
 zirka 200 Paar, gute
 molene, mit Bordüre und
 Querstreifen, in allen Farben,
1,80 Mark
 empfiehlt d. älteste Toppich-
 Gardinen-, Möbelstoff- und
 Portièren-Geschäft Berlins.
Otto Büchler, Berlin C.,
 32/1 Ecke Klosterstraße.
Bersandabtheilung D.

Zu kaufen gesucht
 zu guten Preisen: Veltene sozia-
 listische Bücher, Broschüren und
 Zeitschriften (Vorboten, Zukunft,
 Neue Zeit etc.), komp. u. einzeln.
Calvari & Co., Buchhandlung
 Berlin NW., Luisenstr. 31.

Photographisches Atelier
 Holzmarktstraße 71. 44782
 1 Dugend Bistis v. 3,50 M. an.
 1/2 " Kabinetts " 7,50 " "
 Fortzugs halber verk. meine Muschel-
 wirtschaft spottbillig. Invalidenstraße
 Nr. 157, II. links, Bildhauer. 102b

Kleiderjvind, Wäschepind, Schlaf-
 sofa, Bettst. u. Mat-
 trafen, Küchensachen sofort billig (59b
 Reichenbergerstr. 160, v. I. Behring.
Hirschfleisch - nur noch 8 Tage -
 a Pfd. 90 u. 40, Blatt
 50, Keule 70 u. 80 Pf. 44682
Wild- u. Geflügel-Keller
A. Ritschl, 87. Dresdenerstr. 87.

Auf Theilzahlung Goldwaaren,
 Uhren, silberne Herren-Remontoir-Uhr
 15 Mark, 5jähr. Garantie. Auswahl-
 sendung bereitwilligst. 103b
Schneider, Bernauerstr. 85.
Rechtsbureau.
 Aufertigung von Klagen, Gesuchen,
 Reklamationen etc. Rapid unentgeltlich.
 103b
Sebastianstr. 9, I.

Georg Wagner
 Uhrmacher
 jetzt
**Reichenberger-
 Straße 23,**
 nahe Kottbuser Thor,
Uhren, Goldwaaren etc., sowie
 alle Reparaturen. 48b

Ein geselliger Arbeiter-Verein sucht
 für Sonnabends ein größeres Vereins-
 zimmer (30-40 Personen fassend) im
 Südosten der Stadt. Offerten resp.
 Meldungen sind an **P. Wätche,**
 Falkensteinstr. 13, zu richten. 264/6

Frankfurter Allee 16/16a am
 Ring b a h n h o f: Vorderwohnungen,
 2-4 Zimmer, Bad etc., Hinter-Boh-
 nungen, 1 und 2 Stuben etc. äußerst
 billig. Elegante Stallungen u. Remisen,
 große Lagerkeller. 98b
 Mittenwalderstr. 53 Stube u. Küche
 240 und 195 M. 272/5

Arbeitsmarkt.
Achtung!
Klavier-Arbeiter!
 Die Kollegen der Pianofabrik von
H. Hansen, Neuenburgerstraße 26,
 haben wegen Lohnifferenzen die Arbeit
 niedergelegt. 146/13
 Zugung bitte fernhalten.
Der Vertrauensmann.

Achtung!
Stellmacher!
 In der Sattelmachefabrik von
A. Zimmermann in Steglitz,
 Lindenstr. 40, 159/12
 sind Lohnifferenzen ausgebrochen.
 Zugung fernhalten.
Die Agitations-Kommission.

Lücht. Klempner u. Maler verl.
Kaufmann, Stralauer Brücke 8.
 Blumen-Arbeiterinnen für Mittel-
 gente werden verl. bei 26b u. Dertelt,
 Spandauerstr. 59/61.

Bergolder,
Farbilmacher u. Versilberer
 werden nach auswärts bei hohem Lohn
 und dauernder Beschäftigung gesucht.
 Meldungen bei **Boelcke,** Wochen-
 tags abends nach 7 Uhr, Sonntags von
 9-8, Schlesischstr. 88, I. Quergebäude
 rechts. 109b
Lüchtige Farbilmacher werd. verl.
Neumann, Hennig u. Co.,
 SO., Zeughostr. 21.
Babymäntel-Arbeiterinnen verlangt
 Breslauerstr. 29, 2 Tr. rechts. 15°
Tischler auf Garnituren und
 Sopha-Gestellen finden
 bei hohem Akord dauernde Be-
 schäftigung.
Ph. Friedländer, Güstrow I./M.
Schildermaler verlangt 107b
Matties, Wilhelmstr. 180.

Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung vom 4. März, 11 Uhr.

Am Ministerische Kultusminister Dr. Boffe und Kommissar.

Die Beratung des Kultusetats wird beim Ordinarium fortgesetzt.

Abg. Jansen (3.) führt Klage über die Handhabung der Fleischschau.

Minister Boffe: Ueber die Einführung einer allgemeinen obligatorischen Fleischschau schweben zur Zeit Verhandlungen.

Nach längerem Debatten über polnische Beschwerden erörtert Abg. Niderert (fr. Bg.) bei dem Kapitel „Evangelischer Oberkirchenrath“ den sozialpolitischen Erlass dieser Behörde an die Geistlichen.

Dieser Erlass habe schlimme Folgen gehabt. Weiter verlangt Niderert eine Genugthuung für den Pastor Witte, der ohne ärztliches Gutachten Jahre lang als geisteskrank erachtet wird. (Hört, hört!) Jetzt sei allerdings die Entmündigung aufgehoben und das von Witte selbst beantragte Disziplinar-Verfahren eingeleitet. Wenn der Mann wirklich einmal eine scharfe Redewendung gebraucht hat, so liegen Kompensationen sehr reichlich in dem Unrecht, das dem Manne zugefügt ist.

Minister Dr. Boffe: Zu Maßnahmen gegen den sozialpolitischen Erlass des Oberkirchenraths bin ich nicht kompetent. Ganz ähnlich liegt der Fall Witte.

Abg. Stöcker: Eine Kirchenbehörde, die einem Geistlichen die Theilnahme an der antisemitischen Bewegung verbieten wollte, würde ihre Pflicht gröblich verletzen. Sie sprechen immer von der antisemitischen Hege, warum sprechen Sie nicht von der semitischen Hege? Die der Sozialdemokratie verfallenen Kreise können durch die Seelsorge allein der Kirche nicht zurückgewonnen werden. Es bleibt nichts weiter übrig, als daß die Kirche mit ihren Geistlichen den sozialen Problemen näher tritt, denn der Gedanke, daß die Kirche mehr für die Reichen als für die Armen da ist, der ist für die Kirche tödlich. Das soziale Gebiet ist nicht anders in Ordnung zu bringen, als durch die Kräfte des Christenthums. Es ist nur auf diesem Wege möglich, die Leute für das Christenthum wieder zurückzugewinnen. In den Fall Witte wurde auch ich oft hineingezogen; aber meine persönlichen Beziehungen sind aus früherer Zeit und ich habe mit den Dingen, die Witte ins Unglück gebracht haben, nichts zu thun.

Abg. v. Henckell (L.): Die Zurückgewinnung der Massen für das Christenthum billigen wir; aber wir finden bedenklich, wenn bei diesen Bestrebungen eine Annäherung an die einseitige Bevorzugung des Arbeiterstandes stattfindet; das ist eine falsche, gefährliche Auffassung des Sozialismus, dieser muß alle Stände umfassen. Auch bei dem Vorredner klang die Annäherung an den vierten Stand bedenklich hervor. Das führt zu einem Interessenkampf und ein solcher Kampf kann nie christlich sein. Wir wollen gern jeden gangbaren Weg verfolgen, aber fest werden wir bleiben, wenn es sein muß, auch nach unten. (Bravo!)

Abg. Lütkehoff (fr.) dankt dem Abg. Niderert für die freundlichen Worte für Witte, dem er (Niderert) als Freund nahe stehe; hoffentlich werde das letzte Wort des Oberkirchenraths in dieser Sache billigt sein vom Geiste des Christenthums.

Abg. Niderert bedauert, daß Stöcker für seinen unglücklichen Amtbruder Witte kein Wort der Theilnahme hatte. Der sozialpolitische Erlass des Oberkirchenraths ist entschieden bedenklich.

Abg. Stöcker protestirt dagegen, daß das Haus sich zum Tribunal im Falle Witte aufwerfe, den es gar nicht kenne.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Wir haben ein Recht, uns mit dem Fall Witte zu beschäftigen, denn schon der Umstand, daß dieser Mann jahrelang zu unrecht als wahnsinnig galt, nöthigt uns hierzu. Der sozialpolitische Erlass des Oberkirchenraths ist bedenklich; die antisemitische Bewegung ist gefährlich, wie ihre letzten Auswüchse zeigen. Die Geistlichen sollten bedenken, daß sie auch den Besizenden ins Gewissen reden müssen und durch Aufhebung gegen das Kapital keinen Menschen sittlich besser machen. (Bravo!)

Abg. Dr. Irmer (L.): Wir geraten in eine sozialpolitische Debatte großen Stils. Die konservative Partei hält fest daran, daß die soziale Bewegung durch einseitige Förderung der Arbeiterinteressen gefährlich wird. Eine Judenhege wollen wir nicht; im Livoli-Programm haben wir ausgesprochen, was die Volksseele bewegte, die Nothwendigkeit, den übermäßigen jüdischen Einfluß zurückzudrängen. Des schämen wir uns nicht; wir halten fest daran! (Bravo!)

Abg. Stöcker: Es ist immer mißlich, über eine Disziplinar-Angelegenheit hier zu reden, bevor sie abgeschlossen ist. Die soziale Bewegung ist ohne Organisation der Arbeiter nicht denkbar. Auch in den alten Innungen hatten Meister und Gesellen gesonderte Organisationen.

Abg. v. Gynern (natl.): Herr Stöcker ist mit dem Fall Witte so eng persönlich verknüpft, daß er wohl nöthig hätte, seine Stellung klar zu legen.

Abg. Stöcker: Herr v. Gynern, Sie reden über Dinge, die Sie nicht wissen können und die noch nicht festgestellt sind; Sie können mir leid thun!

Abg. v. Gynern (natl.): Ich muß mir den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit entschieden verbitten, Herr Stöcker möge seine Wahrheitsliebe doch nur an dem bekannten Scheiterhaufen-Briefe erweisen.

Abg. Stöcker: In einer Broschüre des Herrn v. Liebmann-Jakobsdorf wird dargelegt, daß dieser Brief keine Intrigue, sondern nur eine Warnung enthält.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Dann muß der Mann sehr naiv sein.

Der Titel „Oberkirchenrath“ wird bewilligt.

Bei dem Kapitel „Bischöflicher“ wünscht

Abg. Dr. Zajdzewski (Pole) die Herausgabe des Vermögens einer aufgelösten Kongregation, die in Koschmin eine Niederlassung hatte.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Bartsch: An eine Wiederzulassung der Kongregation ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Es wird nichts weiter übrig bleiben, als es wegen Herausgabe des Vermögens auf einen Prozeß ankommen zu lassen.

Abg. v. Zajdzewski: Es wäre doch einfacher, die Kongregation, deren Mitglieder sich in Galizien aufhalten, zurückzuweisen, oder über das Vermögen ein Spezialgesetz zu erlassen.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Bartsch: Beide Wege sind nicht gangbar. Wir müssen aber verhindern, daß das Gut, das jetzt in deutschen Händen sich befindet, in polnische Hände übergeht.

Abg. Brandenburg (3.) bittet um Gestattung einer Franziskaner-Niederlassung in Osnaabrück.

Minister Boffe bedauert ablehnen zu müssen.

Die Abgg. Daugenberg und Imwalle (3.) sprechen für, die Abgg. v. Gynern und Dr. Sattler (natl.) gegen die Bewilligung der Niederlassung.

Das Kapitel „Bischöflicher“ wird bewilligt.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. Weiterberatung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Verpflegung bayerischer Truppentheile

wurde in der Schwurgerichtsverhandlung gegen die „Münchener Post“, über die in der letzten Dienstagnummer unser Münchener Korrespondent berichtet hatte, in einer Weise beleuchtet, daß wir es für nöthig halten, aus dem Zeugenvorhöre noch einiges nachzutragen. Die Aussagen sprechen so sehr für sich, daß jeder Kommentar nur abschwächend wirken würde.

Mehgermeister Paula war bei der Wittve Krämer bedienstet, die täglich nahezu 2 Zentner Fleisch für ein Bataillon des 1. Inf.-Regts. liefert. Zeuge hat im Auftrage seiner Dienstherrin den Köchen alle 14 Tage 50 Pfg. Trinkgeld gegeben.

Gendarm Abt hat von 1890—1893 beim 18. Infanterieregiment in Danau gebient. Er war Oefreiter und Mitglied der Menagelkommission. Auf dienstlichen Befehl des Lieutenants Hofmeister hat Zeuge wegen Verabreichung schlechter und unzureichender Kartoffeln eine schriftliche Beschwerde bei dem Vorstehenden der Menagelkommission, Hauptmann Hauptmann, eingelegt. Was derselbe auf die Beschwerde gesagt hat, weiß der Zeuge nicht mehr. (Hauptmann Hauptmann erklärt, von einer schriftlichen Beschwerde des Zeugen nichts zu wissen.) Die Konserven seien bei der Mannschaft nicht beliebt gewesen.

Auf eine Frage des Angeklagten, ob die Menagelkommission nie zusammengetreten sei, um die eingelaufenen Beschwerden zu besprechen, wie dies die Instruktion verlange, verneint der Zeuge dieses.

Schneidermeister Alois Zeh war im Jahre 1888 beim Infanterie-Regiment zu einer Reservierung einberufen. Damals war die Menage gut. Im Jahre 1889 mußte Zeuge abermals zu einer Reservierung beim 2. Infanterie-Regiment einrücken. Das Fleisch und die Suppe waren meist schlecht, das Kraut oft ungenießbar. Auf erhobene Beschwerden wegen ungenügender Menage wurden die Mannschaften von den Unteroffizieren und Köchen beschimpft. Ein Unteroffizier äußerte einmal: „Ihr Bauernkerl, was braucht denn Ihr was zu kressen?“

Mehger Ganzenmüller war 7 1/2 Jahre bei der Wittve Kröner, Schellingstraße hier, bedienstet, die für das 1. Infanterie-Regiment das Fleisch lieferte. Fettes Fleisch sei zurückgeschickt worden. Die Köche erhielten hie und da 50 Pfg. Trinkgeld.

Zeuge Karl Klein diente von 1890 bis 1893 im 1. Artillerieregiment, zuletzt als Unteroffizier. Die Menage war schlecht und ungenügend. Kanonier Niede hat dem Zeugen erzählt, daß er seinem Wachtmeister öfter Fleisch und Zucker aus der Mannschaftsküche hinuntertragen mußte. Der Küchen-Unteroffizier Breigg hat seine Freunde öfter in die Küche zu einem Frühstück eingeladen, wobei auch eine Wachtmeisters- und eine Unteroffiziersfrau mitgeessen haben. Dazu wurden vom Mannschaftsfleisch mehrere Pfund weggeschnitten. Die Unteroffiziers Breigg und Pommer haben von Frau Giltner Geld erhalten.

Zeuge Niede war im Jahre 1890/91 auf 3 Monate in die Küche des 1. Feldartillerie-Regiments kommandirt. Vom Mannschaftsfleisch ist häufig Fleisch weggenommen und in die Fleischsäcke der Wachtmeisters hineingeworfen worden. Das der Zeuge den Wachtmeistern auch Kaffee und Zucker zugebracht hat, wie er dies öfter, so auch dem Angeklagten gegenüber behauptet, wird jetzt von ihm in Abrede gestellt.

Zeuge Joseph Bald diente von 1885—1888 beim 1. Feldartillerie-Regiment. Zeuge hat dem Küchen-Unteroffizier täglich ein Frühstück gemacht und hierzu etwa ein halbes Pfund vom Mannschaftsfleisch weggenommen. Wie jeder erste Koch hat auch er seinem Feldwebel von dem Mannschaftsfleisch etwas hinzugegeben. Einen ganzen Monat lang ist kein Offizier in die Küche gekommen.

Zeuge Karas diente von 1897—1890 beim 8. Inf.-Reg. in Meh. Das Fleisch wurde öfter nachgewogen und war dann immer zu wenig; die Suppe war sehr dünn, meist verbrannt und oft ungenießbar. Gemüse hat der Zeuge nie erhalten. Zeuge hat sich einmal beim Hauptmann Mayer direkt beschwert, weil die halbe Kompagnie am Kaisers Geburtstag kein Kraut erhalten hat. Die Zwiebacksuppe konnte man nicht essen, weil es lauter harte Brocken waren. Major Liebig hat selbst vor versammelter Mannschaft erklärt, daß der Zwieback ungenießbar ist. Täglich wurde die Menage nicht visitirt. Die Kontrolle in den Forts war keine gute.

Zeuge Joseph Zechtmeyer diente von 1886 bis 1889 beim 8. Infanterie-Regiment in Meh. Er war mit der Menage nicht zufrieden, weil sie nicht richtig vertheilt war. Gemüse hat der Zeuge nie bekommen.

Zeuge Math. Kyrmeier war im Jahre 1891/92 erster Koch beim 1. Feldart.-Regt. Die Köche haben von den Wäckern, Mehgern und Gärtnern Geld erhalten. Frau Giltner spendete auf Weihnachten und Neujahr je 10 M. für die Köche. In der Küche mußten täglich 10 bis 20 Mark eingespart werden. Hauptmann Habersack war täglich in der Küche, nicht um die Menage zu versuchen, sondern im Küchenbuche nachzuschauen, wie viel erspart wurde. Das von Frau Giltner bezogene Fleisch war zwar nicht ganz nach Vorschrift, aber annehmbar. Der Hauptmann kam meist erst zwischen 12 und 1 Uhr in die Küche, wenn die Menage zum größten Theile schon ausgegeben war. Der Offizier vom Kasernen-Tagebienst ist überhaupt erst Nachmittags in die Küche gekommen, wenn die Menage schon draußen war. Herr Premierlieutenant Engler hat sich in der Küche häufig ein halbes Pfund Cornedbeef geben lassen, weil es seine Frau Gemahlin gerne aß, und dafür den Köchen ein Trinkgeld gegeben.

Mehgermeister Joh. Obermaier lieferte das Fleisch für das Inf.-Reg. Schlechtes Fleisch ist zurückgeschickt worden. Er hat anfangs den Köchen manchmal ein paar Mark Trinkgeld gegeben. Das kommt auch heute noch vor und wird immer vorkommen.

Zeuge Ludensaa: Die Kartoffeln waren einmal unter allem Hund. Für die Unteroffiziere wurden Rosenkartoßeln genommen, für die Mannschaften die schlechten und viel Essig hineingethan, damit man es nicht so merkt, daß sie stinken. Aus dem Mannschaftsfleisch wurde häufig Fleisch herausgenommen und in den Unteroffizierskessel gelegt, damit diese eine gute Suppe bekommen.

Zeuge Eggenhofer, Mehger, diente von 1893 bis 1895 beim 8. Inf.-Reg. in Meh und war in der Küche als Koch beschäftigt. Er bestätigt, daß schlechtes Fleisch, besonders Schweinefleisch, und schlechte, ausgewachsene Kartoffeln verabreicht wurden. Eine Revision der Menage durch die Offiziere fand nicht täglich statt.

Pferdenärter Guttman diente von 1890 bis 1893 im 19. Inf.-Reg. in Erlangen und bediente dort den Dampfapparat in der Küche. Klagen der Mannschaft über dünne

Suppe wurden öfters laut. Das Fett wurde von der Mannschaftsuppe für die Unteroffiziere abgeschöpft. Die Unteroffiziere haben von dem Mannschaftsfleisch Stücke abgeschneiden und als Frühstück verspeist.

Zeuge Scheurer diente von 1890 bis 1893 ebenfalls im 19. Infanterie-Regiment in Erlangen und wurde dort als Koch verwendet. Wenn die Unteroffiziere Braten hatten, wurden von der Mannschaftsuppe etwa 40 Portionen abgeschöpft und durch Aufgießen von Wasser ersetzt. Der Feldwebel hat sich selbst Fleisch aus der Küche holen lassen. Die Kartoffeln waren sehr oft schlecht und ausgewachsen. Wenn von den Kartoffeln ein Theil auf den anderen Tag aufgehoben wurde, dann wurden am anderen Tage weniger Kartoffeln geliefert, als aufgeschrieben wurden. Der Uberschuß wurde dann zu einem Verkauf besserer Gemüse, wie Salat und Spargel, für die Unteroffiziere verwendet. Wenn die Fleischportionen für die Unteroffiziere zu klein waren, dann wurden vom Mannschaftsfleisch 5—6 Portionen weggenommen und für die Unteroffiziere zugelegt. Die Knödel mußten für die Mannschaften kleiner gemacht werden, damit auch für die Unteroffiziere noch einige übrig blieben. Herr Hauptmann Gäh hat die Leberknödel auch gerne gegessen und sich jedesmal zwei bringen lassen, wofür er dann dem Koch 20 Pfg. gab. Es wurde häufig schlechtes Brot geliefert, das bereits von den Mäusen angefressen, schmutzig und von Mäusen bedeckt war. Die Köche machten den Küchenergeanten auf diesen Mißstand aufmerksam, dieser habe gesagt, sie (die Köche) sollen das Angefressene wegschneiden. Der Bäcker bezahlte öfters Bier, das in der Küche getrunken wurde; auch der Küchenergeant trank mit und gewoan an den Köchen den Einbruch, als könne der Bäckermeister aus diesem Grunde so mangelhaftes Brot liefern.

Auf die Frage des Vorstehenden, warum er denn keine Meldung gemacht habe, antwortet der Zeuge: „Ja, beschweren, das überlegt man sich!“

Schlosser Bail diente von 1893 bis 1895 beim 8. Infanterie-Regiment in Meh und war Mitglied der Menage-Kommission. Klagen über die schlechte Suppe wurden alle Woche geführt, doch hat der Zeuge nur die hauptsächlichsten zur Beschwerde gebracht. Einmal wurde so schlechtes Schweinefleisch verabreicht, daß die meisten es wegwarfen. Dasselbe schillerte in allen Farben und war nicht genießbar. Der Menagepräsident sagte dem Küchenergeanten, solches Fleisch solle er das nächste Mal nicht mehr annehmen. Die Menage-Kommission sollte jeden 1. und 15. jedes Monats zusammenzutreten, die Kommission kam aber in vier Monaten nur viermal zusammen. Zeuge hat den Einbruch gewonnen, als ob die Beschwerden etwas obenhin behandelt wurden. Auf eine Frage des Vorstehenden erklärt der Zeuge, daß eine Sitzung der Menage-Kommission höchstens zehn Minuten gedauert hat.

Zeuge Rich. Kern diente von 1888—1891 beim 8. Infanterie-Regiment in Meh. Die Mannschaften seiner Kompagnie haben sich häufig über die schlechte Menage aufgewacht. Die Kartoffeln waren meist ausgedorrt oder angefault. Auf erhobene Beschwerde wurde gesagt, man könnte keine bessere Menage schaffen, weil die Lebensmittel so theuer sind. Die Leute in der Küche haben gesagt, daß der Offizier nur sehr selten in die Küche gekommen ist; er hat die Menage nur wenig oder garnicht versucht und in das Buch einfach „gut“ eingeschrieben. — Zeuge hat gehört, daß Sergeanten Zucker und Kaffee in die Stadt hinausgetragen haben. Zeuge hat auch einmal das ihm gebührende Brot nicht erhalten.

Vorstehender: Warum haben Sie sich dann nicht beschwert? Zeuge: Es ist allbekannt, daß man mit einer Beschwerde nichts ausrichtet.

Vorstehender: Das machen Sie uns nicht weiß. Zeuge: Beschwerden haben eine gewisse indirekte Folge. Man hat nur Unannehmlichkeiten davon.

Major Mayer bestreitet, daß eine begründete Beschwerde unangenehme Folgen hat.

Verteidiger: Glauben der Herr Major, daß es möglich ist, zu verhindern, daß ein Unteroffizier einen Mann eine Beschwerde entgelten läßt? Major Mayer verneint dies.

Zeuge Kern (fortfahrend): Wenn an politischen Festtagen bessere Menage gegeben wird, so muß das an anderen Tagen wieder eingespart werden.

Major v. Nagel: Die Mitglieder der Menagelkommission werden doch von ihren Kameraden gewählt, zu diesen müssen sie also doch Vertrauen haben.

Zeuge: So lange ich beim Militär war, sind die Mitglieder der Menagelkommission nicht von uns gewählt, sondern vom Feldwebel ausgesucht worden.

Maschinist Ludwig Daas diente beim 8. Infanterieregiment in Meh. Es wurde in der Woche gleich zweimal Wächsenfleisch abgegeben. Zeuge hat einmal einen Wüschel Haare darin gefunden. Er hat sehr oft gesehen, wie Unteroffiziere sich vom Mannschaftsfleisch ein Frühstück bereitet haben. Er hat auch gesehen, wie der Lieutenant einmal um halb 12 Uhr in die Küche kam und dem Unteroffizier ein kleines Stück Fleisch vorzuwiegen befohl. Dieser aber nahm, ohne daß der Lieutenant es merkte, schnell ein anderes und zog es vor. Zeuge ist mit dem früheren Küchen-Unteroffizier Adelmann hier einmal zusammengelommen und hat zu ihm gesagt: „Gelt, damals in Meh wäre es Dir bald schlecht gegangen, wie Du das schlechte Schweinefleisch angenommen hast?“ Adelmann erwiderte: „Ja, damals habe ich aber schon aufgedreht bei dem Mehger Konrad, da hat er mich dann in ein Zimmer geführt, wo ich schön gegessen und Wein getrunken habe.“ Das andere weiß man so. Zeuge hat auch selbst gesehen, wie die Küchen-Unteroffiziere beim Mehger versammelt waren. Der Mehger hat die Schublade aufgemacht und ihnen dann etwas gegeben. Ein Mann seiner Kompagnie hat in der Menage einmal einen Rattenfang ausgefunden und ihm (dem Zeugen) als damaligen Menage-Kommissionsmitglied die Menage überbracht. Er sei mit der Menage sofort zum Menagepräsidenten Hauptmann Lindig gegangen, habe die Beschwerde vorgebracht und dem Hauptmann den Rattenfang gezeigt. Dieser habe ihn aber fortgeschickt, indem er meinte, daß in der Menage Vorgefundenes sei kein Rattenfang, sondern Suppenkrum. Er habe dies dem Mann gesagt, ob der es glaubte, müsse er bezweifeln, er selbst habe drei Tage nichts mehr essen können. Ein Geschworener stellt an den Zeugen die Frage, wie nach seiner Ansicht ein Rattenfang in die Menage kommen konnte, was von dem Zeugen in drastischer Art unter Deiterleit erklärt wird.

Zeuge Joseph Stör diente von 1885—1888 im 8. Inf.-Reg. in Meh. Die Menage war nicht so, wie sie hätte sein sollen. In der Griesuppe wurden Würmer gefunden. Das Wächsenfleisch war meist nicht gut. Die Erbsen waren nicht durchgekocht, sondern noch ganz roh.

Das obere Fett von der Suppe wurde für die Unteroffiziere genommen. Wenn ein Offizier die

Suppe versuchen will, so wird sie ihm von oben herab geschöpft und nur ein ganz kleines Schälchen voll. Zeuge hat nicht recht oft einen Dörrfleisch in der Küche gesehen. Zeuge hat auch einmal gesehen, wie ein Küchen-Untersoffizier, Sergeant Jaus, Fleisch in die Stadt hinaustrug.

Zeuge Jof. Schinabek diente von 1890—1893 beim Inf. Leib-Regiment. Er bezeichnet die Menage im allgemeinen als schlecht. Im Frühjahr 1893 war er in die Kantine kommandirt und kam zu Pfingsten wieder zur Kompagnie. Am Pfingstfesttag hat Zeuge zum ersten Mal Dörrgemüse gegessen, worauf er Leibschmerzen bekam, für die Zukunft kein Dörrgemüse mehr zu sich nahm und wohl darum auch nicht krank wurde. Er hat in der Menage einmal einen Zigarrenstummel, ein anderes Mal ein Waschel Haare gefunden.

Zahnärztlicher Ant. Appel: Meine Braut ist die Schwester des Hoflieferanten Rothaus und Leiterin des kaufmännischen Geschäftsbetriebes bei ihrem Bruder, der das Fleisch für das 3. Feld-Artillerie-Regiment liefert. Diese erzählte mir, daß der Küchenuntersoffizier, Sergeant Roth, verschiedene Monate hindurch je 20 M. erhalten und angenommen hat. Seinem Nachfolger, dem Sergeanten Oberwalner, wurden ebenfalls 20 M. angeboten, die er aber zurückgab. Es sind dann immer Klagen über das Fleisch eingelaufen, weshalb nach etwa zwei Monaten dem Sergeanten Oberwalner ein größerer Geldebetrag (40 bis 50 M.) angeboten wurde, den er auch annahm, worauf die Klagen über das Fleisch verstummten.

Photograph Friedrich Schweighardt diente beim 1. Feld-Artillerie-Regiment und war im Jahre 1891 auf 6 Wochen in die Küche kommandirt, wo er die Wahrnehmung machte, daß die verabreichte Kost auf keinen Fall für einen Mann genügend sein konnte. In Verabreichung der Kost hat eine Art und Manier geherrscht, daß jeder sich geekelt hat. Im Speisesaal selbst waren nach dem Essen schauerhafte Zustände. Konserven, Erbsen und Gemüse, die nicht gegessen wurden, lagen auf dem Boden herum. Es hatte nicht jeder Soldat sein eigenes Menagegeschirr, sondern diese Geschirre waren in der Küche aufgelegt. Die Reinigung der Menage-Geschirre war sehr mangelhaft, sie wurden nur an der Oberfläche etwas abgerieben. Der Speisesaal selbst wurde nur alle vier Wochen gereinigt. In die Küche wurden Leute kommandirt, die so unreinlich und schmutzig waren, daß ich ihnen im Zivilverhältnisse nicht einmal die Hand reichen würde. Abends gab es manchmal eine sogenannte Suppe mit Leberwürsten. Da ist gleich immer eine ganze Portion Würste auf die Seite gekommen. Das Fleisch war oft nicht durchgekocht. In der Küche herrschte große Unreinlichkeit. Es wurde nur selten und mangelhaft visitirt. Im Jahre 1893 während der Leibregiments-Epidemie war der Zeuge Lazarettgehilfe und hat als Wärter wahrgenommen, daß die Patienten von den Ärzten gestraft wurden, ob sie von den Konserven gegessen haben und ob sie glauben, daß die Krankheit auf den Genuß von Dörrgemüse zurückzuführen sei. Selbstredend sagt ein gemeiner Mann einem Offizier nie die Wahrheit, wenn es sich um etwas handelt, was nicht sein soll, weil er Unannehmlichkeiten fürchten muß. So sagten auch die Patienten den Ärzten nicht die Wahrheit. Wenn sie aber allein unter sich waren, so haben sie es einmüthig als lächerlich bezeichnet, wenn darauf hingewiesen wurde, daß das Wasser schmutzig sei. Einzelne erklärten, daß es gar nicht möglich sei, daß das Geschirr der Untersoffiziere mit anderem Wasser gereinigt wurde. Unter den Erkrankten befand sich fast kein Untersoffizier.

Urmacher Brigg diente von 1888—1891 im 1. Feld-Artillerie-Regiment. Zeuge gibt zu, daß er als Küchen-Untersoffizier mehrmals für befreundete Untersoffiziere vom Mannschaftsstelle ein Frühstück bereiten ließ, an dem auch einmal zwei Untersoffiziersfrauen theilnahmen. Er ist einmal mit dem Küchenuntersoffizier der 1. Abteilung, Untersoffizier Pomer, zu Frau Williger gegangen, wo sie ein Trinkgeld (1—2 M.) erhielten.

Der bestimmten Aussage des Zeugen Klein gegenüber muß Brigg auch zugeben, daß er einer Sergeantentrau aus Gefälligkeit Eier, Butter, Schmalz u. s. w. in einem Korb gegeben hat, sowie daß er mit dieser gemeinsam in seinem Zimmer Eier speisen gekocht und gegessen hat. Diese Viktualien stammten aus dem für die Mannschaft bestimmten Vorrathe. Brigg meint, daß deshalb nie etwas an der Menage gefehlt habe und nie darüber gellagt worden ist.

Zeuge Klein gibt noch an, daß der Fourier-Sergeant einen großen Theil Kommissbrot verkauft hat. So hat auch Zeuge die ersten 8 Tage kein Brot bekommen. Auf eine diesbezügliche Beschwerde sei er von dem Fourier gröblich beschimpft worden.

Zeuge Anton Pommer diente im 1. Feldartillerie-Regiment und war 1891 Küchen-Untersoffizier. Er ist mit Brigg einmal wegen Fleischbestellung zu Frau Williger gegangen, wo sie ein Trinkgeld (2—3 M.) erhielten.

Schneider Joseph Sched diente von 1890 bis 1893 beim Infanterie-Leib-Regiment als Oekonomie-Handwerker. Die Menage war meistens schlecht, namentlich auch die Suppe. Auf dem Bescherdenwege kommt man beim Militär nicht weit, höchstens in Arrest. Zeuge hat kein Dörrgemüse und keine Konserven gegessen und glaubt, aus diesem Grunde vom „Typhus“ verschont geblieben zu sein, während andere, die davon gegessen haben, erkrankt sind. Die Menagekessel wurden größtentheils mit kaltem Wasser gespült, innen wie außen hat sich an den Resseln eine feste Kruste angelegt, ebenso an den Fleischbrettern.

Vierbrauer Danhaner diente von 1890—1893 im 1. Inf. Regt. und war auch in der Küche als Koch beschäftigt. Die Küche erhielten alle Monat 7—8 M. Trinkgelder, die gemeinsam vertrunken wurden. Auch von den Gehilfen der Wittne Krönauer haben sie Trinkgelder erhalten. Es wurde von letzteren oft um 1 Kilo zu viel Knochen geliefert. Wegen der Menage gab es keinen Anstand. Auf den Zeugen machte es den Eindruck, daß Beschwerden an die Menagekommission wenig Erfolg haben.

Zeuge Landenack (1. Feldart.-Regt.) gibt noch an, daß, um die Ersparungen zu erhöhen, 3—4 mal im Monate mittags statt des Fleisches nur Boressen gekocht wurde, wodurch 25—30 M. eingespart wurden.

Zeuge Schuer (12. Inf.-Regt.) gibt noch an, daß verschiedene Leute, die Dörrgemüse gegessen haben, erkrankt sind. Auch er habe einmal davon gegessen und zwei Tage Diarrhoe darauf gehabt. Ein Sergeant (Rarpf) hat in der Küche täglich Suppe und hie und da auch Fleisch, natürlich vom Mannschaftsstelle, bekommen. Die 42 Untersoffiziere erhielten ebenfalls 20 M. Zuzug in den Kasse wie die 180 Soldaten zusammen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt Major v. Nagel: Es ist selbstverständlich, daß die Küche kein Trinkgeld annehmen dürfen, wenn auch hierüber keine eigene Vorschrift existirt. In einzelnen Regimentern besteht sogar ein direktes Verbot. Der Untersoffizier aber muß in erster Linie wissen, daß er nichts annehmen darf.

Soziale Ueberlicht.

In der Stadt Freiburg im schweizerischen Kanton Freiburg wird am 6. April eine staatliche Lehrwerkstätte für Kleinmechanik, Elektrotechnik, Wärfächer und Korbflechterei ins Leben treten, deren Besuch unentgeltlich ist.

Das Eisenbahnerpersonal in der Schweiz zählte nach einer Mittheilung der „Eisenbahn-Zeitung“ im Jahre 1888 17 600 männliche und 635 weibliche Mitglieder, die 66 830 Personen, zumeist Schweizerbürger, ernährten. Von der Gesamtbevölkerung der Schweiz machen die vom Eisenbahndienst Ernährten nahezu 2 pCt. aus, in einzelnen Kantonen sogar noch mehr. (Zürich: 2,8 pCt.; Uri: 6,7; Solothurn: 5,3; Baselsadt: 4,9; Baselsland: 3; Thurgau: 2,9 und Tessin: 2,6.)

19118 Handelreisende erhielten im verflohenen Jahre in der Schweiz amtliche Ausweisarten (1894: 18 638, 1895: 21 316). Davon vertraten 14 562 Reisende schweizerische, 4556 ausländische Häuser, worunter 3246 deutsche. Die Einnahmen von Patentarten beliefen sich auf 221 700 Fr. (1894: 208 200, 1895: 310 650 Fr.), welche an die Kantone vertheilt werden.

Arbeiterhotels in London. Ende Januar wurde in London, in Chalthorpe Street, nahe der Kings Cross Station, das zweite Rowtonhouse eröffnet. Das erste dieser modernen Arbeiterhotels war vor 3 Jahren nach Plänen Lord Rowton's errichtet worden, und der durchschlagende Erfolg führte zur Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 75,000 Pfd. Sterl., die sich mit dem Bau und der Leitung der Rowtonhäuser befaßt, und zwar mit gleich großem Erfolg für die Mieter, wie die Unternehmer. Die Arbeiter erhalten im Rowtonhouse für 6 Pence täglich einen separirten Schlafraum mit kompletter Einrichtung; es steht ihnen überdies der Komfort eines großen Hotels hierfür zur Disposition. Die Rowtonhäuser, deren erstes für 470 und deren zweites für 677 Mieter eingerichtet ist, stellen den Arbeitern große Speise-, Rauch- und Wäschezimmer, sowie auch ebensolche große Küchen und Waschräume. Von den im Haus befindlichen Lieferanten kann der Mieter billiger seinen Bedarf besorgen, so daß er auch selbstständige Wirtschaft und Küche führen kann. Das nächste Rowtonhaus wird in Weyington, einem südlichen Arbeiterviertel Londons, errichtet. Auch in New-York ist der Bau zweier solcher Arbeiterhotels geplant.

Gewerkschaftliches.

Buchdruckerbewegung. Dem Antrage Leipzigs auf Abänderung des allgemeinen deutschen Buchdruckerartikels ist in allen bedeutenderen Druckorten von zahlreich besuchten Gehilfenversammlungen unter großer Begeisterung zugestimmt worden. Gefordert werden überall der Neunstundentag und eine Erhöhung der Grundpositionen des Lohns um 10—15 pCt. Nachdem die Buchdruckerbesitzer Oesterreichs den Neunstundentag auf dem Vertragswege bewilligt haben, weihen sie diese kürzere Arbeitszeit auch in Deutschland bereits in einer Reihe von anderen Gewerben eingeführt ist, so werden die deutschen Buchdruckerbesitzer es hoffentlich diesmal nicht zum Kampfe kommen lassen, sondern die von den Gehilfen sowohl aus hygienischen wie aus sozialpolitischen Gründen geforderte Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen. Sie sind dazu übrigens viel leichter in der Lage, als die Unternehmer vieler anderer Gewerbe, weil der deutsche Buchdruck vom Weltmarkt und damit von der Konkurrenz anderer Länder nur in geringem Maße abhängig ist.

In Iserlohn ist der Streik der Former in der D a h l h a u s -schen Fabrik beendet.

Die Forderungen der Schuhmacher in Elmshorn sind von der dortigen Unternehmerorganisation abgelehnt worden; jeder einzelne Unternehmer hat sich bei einer Konventionalstrafe von 200 M. verpflichtet, die Forderungen nicht zu bewilligen. Der Ausstand scheint, wie von dort berichtet wird, demnach unvermeidlich und wird wahrscheinlich am 8. März beginnen.

Die Steinseher in Harburg stehen im Streik. Sie fordern folgendes: Die Arbeitszeit dauert von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr, einschließlich 2 1/2 Stunden Pause. Der Lohn für die Steinseher unserer Stadt beträgt pro Stunde 48 Pf. Lohn über Land pro Stunde 55 Pf. Sonntagsarbeit 60 Pf. Ueberstunden 60 Pf. Freie Fahrt von und nach der Arbeitsstätte. Die Arbeitsleistung beträgt pro Geselle in einer 10 stündigen Arbeitszeit in Reihenspalt 25 Quadratmeter, in Hoehenspalt 30 Quadratmeter. Für die Hilfsarbeiter beträgt der Stundenlohn 35 Pf., Sonntags 50 Pf. und außerhalb der Stadt 45 Pf.; Ueberstunden 50 Pf.

Der bisherige Lohnsatz der Steinseher Harburgs betrug 40 Pf. Die Meister sind geneigt, 45 Pf. zu bezahlen. Die Zahl der Ausständigen beträgt 14. Zwei unorganisirte Steinseher haben sich der Bewegung nicht angeschlossen.

Die Maurer der Stadt Bände in Westfalen waren an die Meister mit der Forderung der 10 stündigen Arbeitszeit herangetreten. Von den 5 Meistern bewilligten 4 unter der Bedingung, daß die Gesellen aus dem Verbands austräten. Darauf gingen selbstverständlich die Gesellen nicht ein; sie hoffen ihre Forderung durchzusetzen, ohne auf das Koalitionsrecht verzichten zu müssen.

Die Kupferschmiede der Kopenhagener Schiffswerft von Burmeister u. Wain befinden sich seit dem 20. Januar im Streik. Ihr Lohn betrug pro Stunde 82—88 Ore (etwa 84—40 Pf.). Die Arbeiter forderten in diesem Jahre 5 Ore Lohnhöhung pro Stunde, wurden aber abgewiesen. Die Unternehmer haben Agenten nach Deutschland geschickt, um hier Arbeiter anzuwerben; die Streikenden verlassen sich indes auf das Solidaritätsgefühl ihrer deutschen Kollegen und hoffen so den Sieg zu gewinnen. Sendungen, Briefe, Aufträge u. s. sind zu richten an H. Svendsen, Caisa Communen, Gothersgade Nr. 155, Kopenhagen K.

Die Vergleite in Ostricourt haben mit 428 gegen 92 Stimmen die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Der Sieg der Schweizerischen Eisenbahner.

Zürich, 2. März. Die Schweizerischen Eisenbahner haben auf neue in glänzender Weise bewiesen, was Organisation, Disziplin und Solidarität vermögen. Schritt für Schritt mußten die Bahnverwaltungen nachgeben und schließlich in der Hauptsache alles bewilligen, was die Arbeiter und Angestellten gefordert haben. Die Verwaltungen wollten von vornherein nichts wissen von Lohnskala und Dienstpragmatik, nachdem sie sich auch nur widerwillig zu Zugeständnissen in der Frage der Erhöhung der Löhne und Gehälter herbeigelassen hatten. Gegenüber dem die ganze Bewegung leitenden Zentralkomitee des Verbandes des Personals der Schweizerischen Transportanstalten verhielten sich die Bahnverwaltungen bis ins letzte Stadium der Bewegung völlig ablehnend; während aber die anderen Verwaltungen doch noch mit den Initiativkomitees (Lohnkommissionen) ihrer organisirten Angestellten verhandelten, ignorirte auch dieses der Nordostbahn-Lösung Super v. Zeller vollständig und versuchte sein Glück im Verkehr mit jedem einzelnen, um denselben leichter einschüchtern und terrorisiren zu können. Diese auch von einem anderen König, nämlich Ihrem König Stumm, gepriesene Taktik hat hier nämlich Fiasko gemacht. Von den Angestellten aller Kategorien hat nicht ein einziger die ihm vorgelegte Erklärung unterschrieben, „zufrieden zu sein“ und von den 400 Arbeitern der Reparaturwerkstätte haben nur 10 den Muth verloren und ihre Unterschrift hergegeben.

Im letzten Stadium sind nun die Herren von ihrem Volksthron herabgestiegen und haben mit dem verhassten Zentralkomitee unterhandelt. Die am Sonnabend im Bundesrathshaus in Bern stattgefundenen Verhandlungen scheinen aber recht schwierig gewesen zu sein; sie wurden dreimal unterbrochen und

schienen resultatlos zu endigen, was aber wohl durch den Einfluß des die Verhandlungen leitenden Bundesrates Dr. Jemp verhütet wurde. Ueber die Einzelheiten in der Lohnfrage und Lohnskala liegen bis zur Stunde noch keine Nachrichten vor; nur das wird aus den Verhandlungen bekannt, daß der Direktor der nicht sehr rentablen Löhthalbahn erklärte, daß die Verwaltung den ganzen Betriebsüberschuß den Angestellten zur Erhöhung der Gehälter überweisen wolle, da die Subventionsgemeinden zu deren Gunsten auf jeden Gewinntheil verzichteten. Mehr kann man in der That nicht verlangen. — Nach dem vereinbarten Normal- und Aufstellungsvertrag (Dienstpragmatik) können die Angestellten wegen großer Dienstfehler entlassen werden. Die Listen über ihre Aufführung können sie jederzeit einsehen. Wenn kein Gegenbescheid gefaßt wird, gelten die Angestellten auf je sechs weitere Jahre wiedergewählt. Die Frist für die sechsjährige Aufstellungsperiode beginnt für die Angestellten mit dem 1. Januar 1896. Die aus den Verhältnissen entfallenden Streitigkeiten kommen vor den ordentlichen Richter. Eine allgemeine Amnestie soll allen gewährt werden, welche an der Lohnbewegung theilgenommen haben, und ist über diesen Punkt eine besondere Vereinbarung getroffen, welche beide Parteien und Bundesrath Jemp unterzeichnet haben.

Seider gilt die Berner Vereinbarung nicht auch für die Jura- und Sionpionbahnen, deren Vertreter keine Vollmacht zu definitiven Vereinbarungen hatten. Es ist ihr eine Frist von acht Tagen bis zur endgiltigen Entscheidung zu Händen des Zentralkomitees gewährt. Schneller als mit dieser Bahn ist der Kampf mit der Nordostbahn erledigt worden, trotzdem sie auf der Berner Konferenz nicht vertreten war. Wenn auch der Bundesrath entschlossen war, in den Kampf der Eisenbahner mit den Verwaltungen nicht einzugreifen, so veranlaßte doch die nach der Konferenz von Dr. Sourbed dem Bundesrath Jemp gemachte Mittheilung, daß der Streik bei der Nordostbahn am Montag Morgen beginnen werde, daß der Bundesrath am Sonntag Vormittag Sitzung hielt und telegraphisch der Nordostbahnverwaltung sein Bedauern über ihr Fortbleiben von der Konferenz ausdrückte, sowie unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen bei Ausbruch des Streiks sie aufforderte, diesen zu verhindern. Diese gedachten Maßnahmen bestanden in der Fortführung des Nordostbahnbetriebes durch den Bund auf Rechnung der Gesellschaft, wofür sich nach der Erklärung Dr. Sourbeds das Personal dem Bunde zur Verfügung stellte.

In dieser Situation lenkte nun nach dem Beispiel der andern Bahnverwaltungen auch die der Nordostbahn ein und nach mehrstündiger Konferenz, die am Sonntag mit Dr. Sourbed in Zürich stattfand, kam der Friede auf der gleichen Grundlage, wie der in Bern vereinbarten, zu stande. Hoffentlich folgt nun auch die Jura-Simplonbahn mit der Annahme der vereinbarten Bedingungen nach, denn ein Entschluß aus diesem Zwange der Situation gibt es auch für die welschen Bahnaktionäre nicht. — Damit ist in der Hauptsache eine Bewegung beendet, wie sie von gleicher Ausdehnung und Bedeutung bisher in der Schweiz unbekannt war. Der Verlauf wie der Erfolg dieser Bewegung müssen für die ganze schweizerische Arbeiterschaft von den besten Folgen sein.

Eine heute eingetroffene Depesche aus Bern meldet: Das Komitee des Verwaltungsrathes der Jura- und Sionpionbahn ermächtigte in seiner heutigen Versammlung die Direktion, mit dem Zentralkomitee der Eisenbahn-Angestellten im Sinne der Konferenz vom 29. Februar weiter zu verhandeln. Sobald eine vollständige Einigung erzielt ist, wird der Verwaltungsrath zur Genehmigung der Uebereinkunft zusammentreten; dies dürfte voraussichtlich am Montag oder Dienstag erfolgen.

Basel, 3. März. Telegramme und Zeitungsartikel melden nach allen Enden, daß der schweizerische Eisenbahn-Streik abgewendet sei. Diese Nachrichten sind mit Mißtrauen aufzunehmen, denn die Lohnbewegung der Eisenbahner ist thatsächlich bis heute noch nicht beendet. Wohl hat ein Einverständnis mit den Angestellten der Bahnen erzielt werden können, aber die Paria der Eisenbahner, die Eisenbahn-Arbeiter, sind leer ausgegangen. Ihre Forderungen wurden rundweg abgelehnt mit dem nichtssagenden Troste, daß man sie nochmal einer „wohlwollenden“ Prüfung von Seiten der Verwaltungen unterziehen wolle. Und was verlangen denn die Arbeiter zu Ungehörlichem? Sie verlangen 3 Fr. 50 Cts. Minimal-, 5 Fr. Maximallohn. Der Maximallohn soll in 15 Dienstjahren erreicht sein; ferner fordern sie zehnstündige Arbeitszeit und Einschluß in die vom Verband des Personals schweizerischer Transportanstalten aufgestellte Dienstpragmatik. Und mit allen diesen Forderungen wurden sie schieds abgewiesen. Die Schweizerische Presse bringt spaltenlange Artikel über die Belassung des Streites der Eisenbahn-Angestellten mit den einzelnen Verwaltungen, aber erwähnt mit keiner Silbe die schroffe Ablehnung der Forderungen der Eisenbahn-Arbeiter. Nun aber wollen die Arbeiter allein vorgehen. In den am letzten Sonntag in Basel, Olten, Bern, Luzern von Eisenbahn-Arbeitern abgehaltenen Versammlungen wurde beschlossen, an den ausgefallenen Forderungen festzuhalten und wenn die Direktion der Schweiz-Zentralbahn — um die handelt es sich zunächst — auf ihrer ablehnenden Haltung beharrt, soll Mittwoch Abend der Streik der Eisenbahn-Arbeiter auf den Stationen Basel, Olten, Bahnhofs- und Perfrätten-Arbeiter) Bern und Luzern erklärt werden. Dieser Ausstand wird circa 3000 Arbeiter umfassen, dürfte aber jedenfalls auch nicht lange dauern; die Verwaltung der Schweiz-Zentralbahn wird nachgeben müssen, wenn sie keine Verkehrshinderung herbeiführen will. Ob sich die Angestellten ihrer in Karan versprochenen Solidarität erinnern werden und ihr gegebenes Wort einlösen? Nach obiger Schilderung dürfte es zweifelhaft sein.

Gerichts-Beitrag.

Hungerlöhne bei Berliner Rechtsanwälten. Dies schon recht häufig im „Vorwärts“ erörterte Thema wurde wieder einmal durch eine Verhandlung des Landgerichts Berlin I am 3. Dezember vorigen Jahres beleuchtet, in welcher der Bureauvorsteher Paul B. wegen wiederholter Untreue in drei Fällen zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurtheilt worden war. Der Angeklagte war Bureauvorsteher bei dem Rechtsanwalt Reitzbach und erhielt für diese immerhin verantwortliche Stellung ein monatliches Gehalt von — 60 Mark, postnumerando zu erheben! Als nun der Rechtsanwalt in den Ferien verreiste, erhob der Angeklagte aus der ihm überwiesenen Kasse Anfang September zweimal 60 M. und verbrauchte dieselben als Voranschuss auf die Monate September und Oktober. Endlich ergab sich ein Defizit von 29,90 M. in der Kasse. Das Gericht wies darauf hin, daß er nur Geld abbekam, wenn der Gehalt fällig war. Die Revision des Angeklagten, welche Nichtvorliegen des als Beweismaterial verwendeten Kassabuchs rügte, wurde am 3. März vom Reichsgericht verworfen.

Landesverrathesprozess Schoren und Genossen. Die Reichsgerichts-Korrespondenz meldet vom Donnerstag: Die heutige Verhandlung dauerte mit einer kurzen Unterbrechung zu Mittag von früh 9 Uhr bis zum späten Nachmittag. Wie wir hören, wurden hauptsächlich die Angeklagten einer weiteren Befragung unterzogen. Da noch eine Reihe von Zeugen zu vernehmen sind, so ist es wenig wahrscheinlich, daß der Prozess schon am Donnerstag sein Ende erreicht.

Der „Frankfurter“. Der Schriftsteller Moritz Baad von Berlin hatte sich wegen Verleumdung eines dortigen Verkäufers vor dem Schöffengericht zu Thron zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte gegen B. eine Geldstrafe von 60 Mark eventuell

Frauen! Männer!
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 5. März 1896, abends 8 Uhr, im Lokale
des Herrn Möhring (Märkischer Hof), Admiralstr. 18c:
Gr. Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
Die indirekten Steuern mit besonderer Beleuchtung der schwebenden
Zuckersteuerfrage.
Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Fritz Zubeil.
Um recht zahlreichen Besuch und speziell der Frauen ersucht
Der Einberufer.

Holzarbeiter!

Große öffentliche Versammlung.
am Sonntag, den 8. März,
vormittags 10¹/₂ Uhr
in der
Brauerei Friedrichshain
(am Königsthor.)
Tages-Ordnung:
Wie führen wir unseren Streit siegreich
zu Ende und wie erhalten wir uns das
Errungene? Ref.: Th. Glocke.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Ver-
sammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Folgende Werkstellen haben bis gestern, nachmittags
5 Uhr, nicht bewilligt:

- Astenmöbel und Büffels: Ahl, Schützenstr. 68. Stoppert, Prenzlauer-
straße 26. Dagenow, Waldemarstraße 23. Meier, Ballfadenstr. 47. Eckert,
Ruppinerstr. 9. Hilsebeck u. Kroll, Königsbergerstr. 8.
- Bauarbeit: Krehmann, Sebastianstr. 36. Herrgott, Wilhelmshafen-
straße 28. Wagenknecht, Hummelsburg.
- Schreibtische, Tische und Nähtische: Dreuse, Kullamerstr. 25. Einicke,
Manteuffelstr. 76. Trompler, Hädersdorferstr. 7.
- Ladeneinrichtung und ähnliche Arbeit: Meier, Eichtenbergerstr. 17.
Loth, Pappelallee 5. Keutel, Straauerstr. 35. Mühlbauer, Andreasplatz 3.
Dohle, Gräner Weg 2. Reimann, Feilnerstr. 5.
- Nähmaschinen: Frister u. Rohmann, Stalischerstr. 134/135.
Goldleisten: Methlow u. Co., Köpnickstr. 109. Stieghahn, Waldemar-
straße 14.
- Lugermöbel: Bab, Gitschinerstr. 75. Franz, Forsterstr. 7. Rose,
Manteuffelstr. 57.
- Möbel nach Zeichnung und gute Bauarbeit: Fahnlow, Wasser-
thorstr. 9. Ferd. Voigts, Alte Jakobstraße.
- Telephon: Trümper, Holzmärktstr. 48.
- Orgelfabrik: Gocki, Grossgagna u. Bacigalupo, Schönhauser Allee 78.
- Mühlenbau und Maschinenfabrik von Kappler, Prinzen Allee 75-76
und (Abth. Roabit), Alt-Roabit 86.
- Kleiderbügel etc.: Höpftner, Seydelstr. 29.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, den 8. März, vorm. 10 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderstraße 27c:
Branchenversammlung der Drechsler.
Tages-Ordnung:
Unsere Organisation und die bevorstehende Lohn-
bewegung. — Nichtmitglieder haben Zutritt. 91/16

Branchenversammlung der Bürsten- u. Pinselmacher
am Sonntag, den 8. d. Mts., vormittags 10 Uhr,
im Lokal des Herrn Jennerich, Bergstraße 12.
Tages-Ordnung:
1. Die Lohnbewegung unserer Kollegen in Neu-Ruppin. 2. Stellung-
nahme zu den stattgefundenen Abjagen der hiesigen Unternehmer seit dem
letzten Streit. 3. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Achtung! Brauerei-Arbeiter.

Donnerstag, den 5. März, abends 8 Uhr, in Gründel's
Festsälen, Brunnenstr. 188, nahe am Rosenthaler Thor:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das weitere Verhalten der Brauerei-Arbeiter zu dem Streit im
Münchener Brauhause. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
2. Diskussion. 42/10
Alle sich dafür Interessierenden werden zu dieser Versammlung
eingeladen.
Die Agitationskommission.

Achtung! Maurer! Achtung!

Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr,
im **Fernpalast**, Burgstr. 22 (Wolfgangstraßen-Ecke):
Große öffentliche Versammlung
aller Maurer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit inner-
halb der hiesigen Wirtschaftsordnung. Referent: Genosse Liffin.
2. Diskussion. 182/10

Der Vertrauensmann der Berliner Maurer:
Wilhelm Dams, Gerichtstr. 85.
NB. Kollegen! In anbetragt der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht
eines jeden Kollegen, soviel wie möglich für die Versammlung zu agitieren,
und zu erscheinen. (Siehe Freitag Säulenanschlag.)

Oranienstr. 51, Helfer's Oranienstr. 51,
am Moritzplatz. Oranien-Hallen. am Moritzplatz.

Säle für Hochzeiten, Versammlungen, Festlichkeiten.
Sonnabend, den 14. März noch frei.

Bildhauer Berlins u. Umgegend.

Donnerstag, den 5. März, abends 8 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Grosse öffentliche Versammlung

aller Bildhauer — Gehilfen und Meister —, zu welcher alle Tischler-
meister und Fabrikanten, welche Bildhauer beschäftigen, besonders dringlich
eingeladen werden.
Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige Lohnbewegung der Berliner
Holzbildhauer, und wie stellen sich die Prinzipale dazu? Referent: Kollege Dupont.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches, pünktliches Erscheinen liegt im Interesse aller Kollegen!
Der Einberufer: G. Winkler.

Orts-Krankenkasse
der
Messerschmiede u. s. w.
Die von der, am 9. November 1895
stattgehabten General-Versammlung be-
schlossene Erhöhung der Krankenkassen-
beiträge (§ 13) ist am 12. Febr. 1896
von dem Bezirksausschuss genehmigt
und seit diesem Tage in kraft. Die
sich hierauf beziehenden gedruckten
Aenderungen des Statuts werden den
Mitgliedern gelegentlich zugestellt.
Können aber auch in unserem Kassen-
lokal, Bergstr. 26 in den Geschäfts-
stunden in Empfang genommen werden.
106b Der Vorstand.
J. V. Horn.

Ein grosser Posten
Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Grösse 150 x 200, Stck. 7,50 M.
ca. 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschinensfloeken,
in reizenden Jacquard-Mustern,
Grösse 150 x 200 cm.
per Stück 4,50 M. feinfarbig
Preis 9 M.
Meine illustrierte Preisliste über
hochfeine Stepp- und Schlafdecken
gratis und franko.
Steppdecken-
Fabrik **Emil Lefèvre**,
Berlin S., Oranienstr. 158.

Die chemisch untersuchten garantirt reinen Weine
Natur-Weine
von **Oswald Nier**
Hauptgeschäft BERLIN
ungegypstet
eignen sich in dem nasakalten Klima
Deutschlands als
Nationalgetränk,
weil sie die billigsten (verhältnis-
smässig billiger als Bier) u. wie seit
150 Jahren allgemein und überall
auskommt, die besten Freunde
des Magens u. antiseptisch sind.
(Verbitt. Behaup-
tung, u. hosh. An-
griffe widerleg.)
Preiscurant
mit **Preisrebus**
(500 Liter gratis)
auf schriftlichen Wunsch, sowie für
meine Kunden in allen meinen Ge-
schäften gratis u. franco erhält.

Möbel-Kaufgelegenheit
Passendste Gelegenheit für Frantente.
In meinem größten Möbelpelzer, Neue
König-Strasse 59, I, sollen ca. 300 Wohnungs-
Einrichtungen, vertieft gewasche und neue
Möbel, zu jedem annehmbaren Preise verkauft
werden. Zehntelzahlung gestattet. Bedient ohne
Anzahlung. Kleiderständer 12 Stk., Kommoden
6 Stk., Küchenschrank 12 Stk., Stühle 2 Stk., Neue
Stuhlbaum-Kleiderständer und Vertikows 30 Stk.,
Wuschelständer und Vertikows 30 Stk., Bettstellen
mit Matratzen 18 Stk., Sophas 18 Stk., Säulen-
Kleiderständer 30 Stk., Truhen u. Sch. 60 Stk.,
Zylinderbureau, Herren-Schreibtische, Damen-
Schreibtische, Schreibstühle 30 Stk., Tisch-
garnituren 60 Stk., Pansenlohas 75 Stk., Stepp-
decken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Stk.
Gekaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei
lagern u. werden durch eigene Wagen transport.

Freitag: Restorverkauf.
44518*
Anzug- u. Paletotstoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse 57-59.
Jedes Maass zu Engrospreisen.
Möbel, gebrauchte, kauft Barow,
Rosenthalerstr. 18.

Freie Volksbühne.

Montag, den 9. März 1896, abends 8¹/₂ Uhr,
in **Louis Keller's** Saal, Koppenstraße 29:
Außerordentl. Generalversammlung.
Tages-Ordnung: 235/15
1. Verwaltungs- und Kassenbericht.
2. Antrag des Vorstandes auf Auflösung des Vereins.
Die Mitglieder, die ihre Beiträge bis Ende Oktober gezahlt
haben, sind berechtigt, der Versammlung beizuwohnen.
Mitgliedskarte legitimirt.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
J. N.: Julius Türk, O., Blumenstr. 21.

Achtung! Steinarbeiter!

Berlins und Umgegend.
Freitag, den 6. März, abends 7¹/₂ Uhr, Alexanderstr. 27c
(Englischer Garten):
Große Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über die Verhandlungen der streikenden Kollegen in
Bunzlau und den umliegenden Bräcken und Beschlusfassung. 2. Verschiedenes.
207/1 Der Vertrauensmann.

Belle-Alliance-Theater.

Sonntag, den 8. März, nachm. 2¹/₂ Uhr:
Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
Zum letzten Male: 235/14
Wilhelm Tell.
Eintrittskarten à 60 Pf. in den Geschäften, die am Sonnabend
an dieser Stelle veröffentlicht werden.

Reichelt's punktierte Zuschneide-Labelle für Damen.
D. R. G. M. No. 45 655.
Mittels der Labelle kann Jeder, auch solche, die das Zuschneiden nicht
erlernt haben, innerhalb 10 Minuten jede Größe einer Taille oder eines
Mantels gut sitzend selbst zuschneiden. Preis pro Stück 5,00 M. mit
Gebrauchsanweisung gegen baar oder Nachnahme. — Nur zu haben bei
F. Siegerist, Berlin, Lindenstr. 69, Generalvertreter.
Damen und Herren als Provisionsreisende gesucht. 4464L*

Dampfbäder, Packung in weichen Latex. Massage. Vereins-
bäder haben, innerhalb 10 Minuten jede Größe einer Taille oder eines
Mantels gut sitzend selbst zuschneiden. Preis pro Stück 5,00 M. mit
Gebrauchsanweisung gegen baar oder Nachnahme. — Nur zu haben bei
F. Siegerist, Berlin, Lindenstr. 69, Generalvertreter. 4464L*

Bannenbäder, 3 Bäder mit Seife und Handtüchern 1 Mark.
Sool-, Schwefel-, Sitzbäder.
Neu: Güsse, Wickel etc. System Kneipp.
ORANIEN-BAD, Oranienstrasse 44,
zwischen Moritz- und Oranienplatz.
Bäder-Lieferant für sämtliche Krankenkassen Berlins und Umgegend.

Hackescher Markt 4, **J. Brünn**, Am Stadtbahnhof „Börse“
Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Echt Staudorfer Likör,
à Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M., 10 Liter 10 M.
Echten alten Nordhäuser, à Liter 1,— M., 5 Liter 4,50 M.
Ingber, Getreidekümmer, Wachholder, à 2. 1 M., 5 L. 4,50 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M. 4185L*
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.,
6 a Bellealliance-Platz 6 a. 31 Neue Friedrichstrasse 31.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Altes Schützenhaus, Finienstraße 5,
empfiehlt seine
Säle für 500 Personen fassend.
Neu eröffnet: Naturgarten, Sitzplätze für 300 Personen fassend.
Sonnabende im April, Mai, Juni, Juli etc. noch frei. 66